

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

TERRORISMUS: ECHTE UND
FÄLSCHEN SPUREN

NEUE ZEIT



FÜR KRIEGE UND GEWALT IST UNSERE WELT
ZU KLEIN UND ZERBRECHLICH

Internationales Forum in Moskau

ISSN 0233—8335

UdSSR – CHINA.
ZUKUNFT DER ZUSAMMENARBEIT

MELINA MERCOURI:
„ICH GEHÖRE GRIECHENLAND“

1917-1987

Moskau. Im Sprechzimmer Michail Kalinins, Vorsitzenden des Gesamt-russischen Zentralexekutiv-komitees, drängen sich Bauern aus ganz Rußland. Sie wollen wissen, wie sie weiterleben sollen.

Die zurückgebliebene Industrie war den Anforderungen der Landwirtschaft nicht gewachsen, die Lage auf dem Lande verschlechterte sich rapide. Es kam zur Krise. Immer deutlicher zeigte es sich, daß das militärisch-politische Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft nach dem Bürgerkrieg seine Bedeutung eingebüßt hatte. Eine wirtschaftliche Basis für so ein Bündnis mußte gefunden werden.

Die ganze Wirtschaft mußte umgestellt werden und so, daß das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern für beide Seiten vorteilhaft war. Mit Naturalsteuer und dem Marktgesetz war das möglich.

Erkannte die Partei die Notwendigkeit der Naturalsteuer anstelle der Ablieferungspflicht sofort an, so begriffen viele Kommunisten die Wichtigkeit des Marktes als Form des Warenaustauschs nicht sofort und fragten, ob man den freien Handel auch für die Kleinbauern wieder einführen könnte, ohne dadurch die politische Macht des Proletariats zu untergraben. Lenin antwortete kategorisch: Ja-wohl, man könne es, doch



komme es auf das Maß dieser Neuerung und auf die Form ihrer staatlichen Regelung an.

Am 21. März 1921 wurde das Dekret über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer verabschiedet. Manche Parteimitglieder erklärten, sie seien mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) nicht einverstanden, und traten aus der KPR(B) aus. Da wurde eine Gesamt-russische Parteikonferenz einberufen, und auf dieser wurden die Probleme der NÖP noch einmal erörtert. Lenin erläuterte die Gründe für die Umstellung und ihre Bedeutung.

IN DIESEM HEFT:

2
Das internationale Forum
„Für eine kernwaffenfreie Welt,
für das Überleben der Menschheit“
Aus Michail Gorbatschows Ansprache
vor den Forumsteilnehmern

9
Panorama

11
Indien
L. Shegalow. GRÜNES LICHT
FÜR FRIEDLICHES ATOM

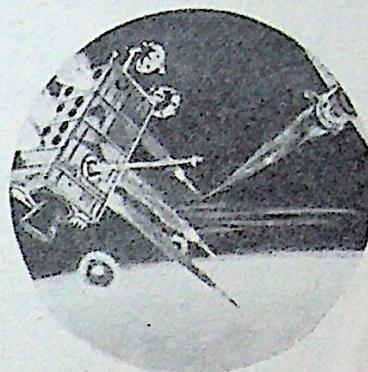
12
Exklusiv für NZ
J. Kaschlew. DAS BLOCKDENKEN
ÜBERWINDEN

14
Abrüstungsprobleme
A. Arbatow. SDI WERTLOS

16
Diskussion mit dem Leser
A. Wassiljew. NAHER OSTEN:
ES GIBT EINEN AUSWEG

18
Sowjetunion
A. Radow. EIN WERK WÄHLT
SEINEN DIREKTOR

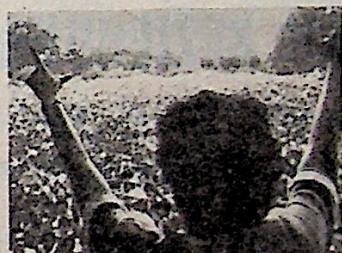
21
Marschall der Pioniertruppen
N. Schestopalow. SOLDATEN BAUEN
FÜR DEN FRIEDEN



Polemik um SDI



Wer wird Direktor?



Corazon Aquinos Sieg

22
Philippinen
A. Petrow. NACH DEM REFERENDUM

25
UdSSR--VR China
V. Senin. NEUER ABSCHNITT,
NEUE FORMEN

26
NZ-Recherche
B. Koslow. AUF DER
"BULGARISCHEN SPUR"!

29
J. Peters. Über den Komponisten
R. Pauls
MUSIK
IM FLUSS

31
Kultur und Politik
M. Sturua. MELINA MERCOURI:
GRIECHIN AUS
BERUFUNG

Titelbild:
Plakat von Laimon Schenberg (UdSSR)

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. ZOPPI



3

„FOR EINE KERNWAFFENFREIE WELT,
FOR DAS ÜBERLEBEN DER MENSCHHEIT“ Unter dieser Devise stand in Moskau das internationale Forum von Wissenschaftlern, Politologen, religiösen Würdenträgern, Geschäftsleuten und Kulturschaffenden. Unsere Sonderkorrespondenten berichten vom Forum, unterhalten sich mit seinen Teilnehmern.



DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN VERMENSCHLICHEN

Aus der Ansprache Michail Gorbatschows vor den Teilnehmern am internationalen Forum in Moskau

ZU KRIEG UND FRIEDEN IM NUKLEARZEITALTER

Produktion und Anhäufung von Kernwaffen und ihren Trägermitteln über jegliche vernünftige Grenzen hinaus haben den Menschen technisch in die Lage versetzt, seiner eigenen Existenz ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig machen die Anhäufung von sozialem Sprengstoff und die Versuche, die Probleme einer grundlegend veränderten Welt weiterhin mit Gewalt und Steinzeitmethoden zu lösen, die Katastrophe auch politisch überaus wahrscheinlich. Die Militarisierung der Denk- und Lebensweise schwächt oder beseitigt gar die moralischen Hemmungen auf dem Wege zum nuklearen Selbstmord.

ZU DEN UMGESTALTUNGEN IN DER UdSSR

Bei uns vollziehen sich ihrem Wesen nach revolutionäre Umgestaltungen. Sie haben sowohl für unsere Gesellschaft als auch für den Sozialismus insgesamt und für die ganze Welt eine gewaltige Bedeutung. Nur wenn man ihren Inhalt, ihren Sinn und ihre Ziele verstanden hat, kann man auch über unsere internationale Politik richtig urteilen.

Häufig spricht man — und das hören wir auch heute — von der Gefahr, die angeblich von der UdSSR ausgehe, von der "sowjetischen Bedrohung" für Frieden und Freiheit...

Die Umgestaltung, die wir in einem solchen Ausmaß begonnen haben und die unumkehrbar ist, zeigt allen, wohin wir unsere Ressourcen lenken, worauf unsere Vorhaben gerichtet sind,

worin unsere wirklichen Programme und Absichten bestehen, wofür wir das geistige Potential unserer Gesellschaft einsetzen wollen.

Notwendig ist eine umfassende Demokratisierung des gesamten Lebens der Gesellschaft. Sie ist auch die wichtigste Garantie für die Unumkehrbarkeit der begonnenen Prozesse. Wir wollen mehr Sozialismus und deshalb mehr Demokratie.

Davon, daß wir unser Land besser machen wollen, wird es keinem schlechter gehen, und die gesamte Welt kann davon nur profitieren.

Umgestaltung heißt: Der Sozialismus lädt ein beliebiges anderes Gesellschaftssystem zum friedlichen Wettbewerb ein.

Damit aber ein solcher Wettbewerb stattfindet und sich in zivilisierten Formen entwickelt, die der Menschheit des 21. Jahrhunderts würdig sind, ist eine neue Denkweise erforderlich, ist es notwendig, die Denkweise, die Vorstellungen und Dogmen zu überwinden, die von einer unwiderruflich der Geschichte angehörenden Vergangenheit geerbt wurden.

DAS NEUE DENKEN

Wir haben das Recht der Führung eines beliebigen Landes, sei es der UdSSR, der USA oder eines anderen, zurückgewiesen, ein Todesurteil über die Menschheit zu fällen. Wir sind keine Richter, und die Milliarden Menschen sind keine Verbrecher, die bestraft werden müssen. Gerade deshalb muß auch die nukleare

(Fortsetzung auf S. 4)

Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit

Unter dieser Devise wurde vom 14. bis zum 16. Februar ein repräsentatives internationales Forum in Moskau veranstaltet, in dessen Rahmen acht Einzelbegegnungen von Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden stattfanden...

Im Pressezentrum am Subowski Boulevard bemerkte einer der beim Forum akkreditierten Journalisten, als er die Listen der Forumsteilnehmer durchsah:

"Wohl noch nie sind so viele hervorragende Vertreter verschiedener Bereiche zusammengekommen. Wenn sie eine gemeinsame Sprache finden, wird das eine große Sache sein..."

Die Repräsentanten verschiedenster politischer, ideologischer und religiöser Ansichten waren nach Moskau gekommen. Man suchte nach Berührungspunkten, Kompromissen, Varianten und konkreten Rezepten für die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt.

Ökologen, Politologen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Firmenvertreter, die an gegenseitig vorteilhafter internationaler Zusammenarbeit interessiert sind, religiöse Würdenträger, Schriftsteller und Künstler, Ärzte und Naturwissenschaftler... Voneinander unabhängige, nach Interessengebieten zusammengestellte Rundtischgruppen tagten hinter verschlossenen Türen. Die Teilnehmer der Begegnungen brauchten keine Rücksicht auf die Gegenwart von Presse und Fernsehen zu nehmen, hatten die Möglichkeit, frei und offen ihre Auffassungen zu äußern.

NZ-Korrespondenten sprachen in den Sitzungspausen, im Foyer mit Teilnehmern.

Physiker und Lyriker

Das Moskauer Hotel "Kosmos". Hier fanden das Forum der Naturwissenschaftler sowie die Begegnung der Schriftsteller und Kulturschaffenden statt. Von dort berichten Irina Lagunina und Vladimir Galin:

Das Wissenschaftlerforum führte ca. 250 Naturwissenschaftler zusammen. In Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen erörterten sie Probleme des radikalen Abbaus der Nuklearwaffen als eines ersten Schritts zu deren vollständiger Beseitigung, Fragen der europäischen Sicherheit, SDI und die Situation um den ABM-Vertrag. Die Naturwissenschaftler taten nicht wenig, um mit Fakten und theoretischen Darlegungen der Menschheit die katastrophalen Folgen eines Kernwaffeneinsatzes zu erläutern. Die vereinte Vernunft der Wissenschaftler, das enorme Potential der Weltwissenschaft müssen, wie bei dem Rundtischgespräch betont wurde, zur

Lösung der wichtigsten Fragen der Zivilisation, nicht aber zu deren Zerstörung beitragen.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Naturwissenschaftler — vor allem der Nuklearphysiker — standen die beiden Hauptvorträge: von Prof. F. von Hippel (USA) und Prof. A. Kokoschin (UdSSR). Beide Wissenschaftlergruppen — aus der Sowjetunion und den USA — kamen unabhängig voneinander zu den gleichen Schlussfolgerungen: Ein nukleares Gleichgewicht ist ohne den geringsten Schaden für die Sicherheit einer Seite möglich, und zwar auf niedrigstem Stand — nach dem Abbau der Nukleararsenale um 75–95 Prozent.

Die Wissenschaftler erklärten, der ABM-Vertrag müsse als wichtige Voraussetzung der internationalen Stabilität bewahrt werden. Hier herrschte volle Einmütigkeit. Es wurde unterstrichen, daß dieser Vertrag die Raketenabwehrsysteme zu beschränken und so eine Beendigung des Wettrüstens zu fördern hat.

Der amerikanische Atomphysiker T. Taylor arbeitete vor gut 35 Jahren für das Pentagon, gehörte zur Gruppe jener, die berechneten, mit welcher Stärke und gegen welche Ziele in der Sowjetunion Nuklearschläge geführt werden könnten. Heute erörtert der amerikanische Wissenschaftler am runden Tisch, was zu tun ist, um ein nukleares Inferno zu verhindern.

"Ich hoffe", sagte uns Theodor Taylor, "das Forum wird das früher Begonnene fortführen: die Förderung eines gegenseitigen Verständnisses bei den Nukleartests, bei SDI, bei den Taten, die für die Vernichtung der Nuklearwaffen — für alle Zeiten — erforderlich sind. Wir versuchen — und uns scheint das zu gelingen — eine Lösung sowohl für die bestehenden Probleme zu finden als auch für jene, die uns möglicherweise noch bevorstehen. Doch bereits jetzt ist klar, daß das entsetzlichste Problem, die Nuklearriegsgefahr, unverzüglich unter internationale Kontrolle gestellt werden muß. Das kommende Jahrhundert muß ein Jahrhundert des allgemeinen Glücks, nicht aber eines globalen Holocaust sein."

In einem Saal des Hotels fand ein improvisiertes Treffen der Naturwissenschaftler Dr. J. Wiesner (USA), Prof. A. Kokoschin, Prof. J. Rotblat (Großbritannien), Akademiemitglied A. Sacharow mit Pressevertretern statt. Akademiemitglied Sacharow gab die Thesen seiner Rundtischreden bekannt.

In einer Sitzungspause trafen wir mit dem Mitglied der Initiativgruppe des Forums, dem Vizepräsidenten der AdW der UdSSR, Akademiemitglied J. Welichow, zusammen.

In letzter Zeit wird über den Frieden wohl mehr gesprochen als über alles andere in der gesamten Menschheitsgeschichte. Bei dem Forum sind noch Zehntausende Worte hinzugekommen. Welche internationale Wirkung erwarten Sie von dem Forum? Können die Wissenschaftler den Politikern neue Ideen bringen?

"Wir stellen uns nicht die Aufgabe, die Politiker zu ersetzen. Dafür sind sie ja Politiker, um zu wissen, wie der internationale Dialog und Verhandlungen zu führen sind. Wir haben das Forum auch nicht zu Propagandazwecken organisiert. Unsere Aufgabe ist es, zuerst



P. USTINOV, Regisseur, Schauspieler, Producer, Schriftsteller. Mehrfacher Oscar-Preisträger (Großbritannien):

"Die Gefährlichkeit der Waffen besteht auch darin, daß sie durch einen Fehler zum Einsatz kommen können. So, wenn sich ein Computer irrt, doch nicht nur das. Ist ja die menschliche Natur schwach, und es gibt keinerlei Technik, die im Ernstfall gegen die Natur ankämpft. Ich kann mich erinnern, wie zwei Schiffe, die "Andrea Doria" und die "Stockholm" auf See zusammenstießen. Einer der bedeutendsten amerikanischen Computerproduzenten sagte mir damals, beide Schiffe seien mit den modernsten Navigationsvorrichtungen und Radaranlagen ausgerüstet gewesen, die den gefährlichen Kollisionskurs des Schiffes klar gezeigt hätten. Und er läugte hinzu, daß selbst die vollkommenste Technik die Menschen nicht retten kann, wenn ein Idiot vor dem Radarschirm sitzt. Diese Worte sind, wie ich meine, heute besonders aktuell."

DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN VERMENSCHLICHEN

[Anfang s. S. 2]

Guillotine zerstört werden. Die Nuklearmächte müssen über ihren nuklearen Schatten in eine kernwaffenfreie Welt schreiten und so mit der **Lostrennung der Politik von allgemeinmenschlichen moralischen Normen** Schluß machen.

Der nukleare Tornado wird sowohl Sozialisten als auch Kapitalisten, sowohl Gerechte als auch Sünder treffen. Ist diese Situation moralisch? Wir Kommunisten sind der Meinung, daß dies nicht der Fall ist.

ZUR ABSCHRECKUNGSDOKTRIN

Es findet sich niemand, der Kernwaffen für eine harmlose Sache halten würde. Jedoch gibt es nicht wenige Menschen, die aufrichtig daran glauben, daß dieses Übel zur Abwendung eines noch größeren Übels — eines Krieges — notwendig ist. Eben diese These liegt der Doktrin der nuklearen Abschreckung zugrunde.

Selbst wenn man auf dem Boden dieser Doktrin bleibt, muß man zugeben, daß der "nukleare Schutzbrief" nicht einwandfrei und nicht fristlos ist. Er kann sich jederzeit als Todesurteil für die Menschheit erweisen. Je mehr Kernwaffen, desto geringer die Chancen ihrer Bezahlung.

Im Grunde genommen ist das eine Politik der Drohungen. Jedes Verhaltensmodell hat seine innere Logik. Wenn die Bedrohung ein Mittel der Politik ist, liegt der Wunsch nahe, daß diese Bedrohung auf jeden Fall von allen ernst genommen wird. Dafür ist es aber erforderlich, Bedrohungen hin und wieder durch Taten zu untermauern. In diesem Fall durch Anwendung militärischer Gewalt. Daraus kann nur die eine Schlußfolgerung gezogen werden: Die Abschreckungspolitik, in historischer Perspektive betrachtet, senkt die Möglichkeit militärischer Konflikte nicht, sondern erhöht sie.

In Abrüstungsdiskussionen kann man immer wieder folgende These hören: Dem Menschen sei angeblich eine Art "Aggressionstrieb", ein "kriegerischer Instinkt" angeboren, und dieser Instinkt sei angeblich unüberwindbar.

Es ist unmöglich, sich mit derartigen Ansichten abzufinden.

Der Mensch an der Schwelle des 21. Jahrhunderts weiß viel und kann viel leisten. Das verpflichtet ihn, die Notwendigkeit einer Entmilitarisierung der Welt zu erkennen. Wir glauben, daß eine solche Welt möglich ist, und werden alles tun, um den Erfolg dieser wohl größten sozialen Initiative zu gewährleisten.

ZU SDI UND NUKLEARTESTS

Das Dramatische der Situation wird durch die Gefahr unterstrichen, daß das Wettrüsten auf den Weltraum übergreifen kann. Wenn das geschieht, wird die Idee der Rüstungskontrolle ad absurdum geführt.

Wir bedauern, daß die Fortsetzung der Tests durch die USA unser Moratorium hinfällig werden läßt. Es war aber nicht vergeichlich.

Durch unser Moratorium zeigten wir, daß ein Verzicht auf Kernwaffentests real ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

Die Sowjetunion wird ihr Ziel nicht aufgegeben, den nuklearen Tests ein Ende zu setzen, eine einschneidende Reduzierung der angehäuften Kernwaffenarsenale und deren Vernichtung zu erwirken.

Warum maßen sich einige Länder das Recht an, neue Waffensysteme zu erfinden und zu entwickeln, Waffen, die andere Völker und Staaten schon bedrohen, bevor sie stationiert sind und eingesetzt werden? Dieses Problem sprengt den Rahmen der nationalen Souveränität. Es ist ein internationales Problem.

Heute dehnt sich die Souveränität eines jeweiligen Staates auf den Luftraum über dem nationalen Gebiet aus. Der Staat besitzt das unbestreitbare Recht, ihn gegen einen Übergriff zu verteidigen. Vom Weltraum aus, wo man nun Waffen stationieren

Für eine kernwaffenfreie Welt...

alle Fragen selbst zu erörtern. Wie die Welt, die Regierungen darauf reagieren werden, wird man sehen. Nach Abschluß des Forums werden die Materialien über den Verlauf der Diskussionen, über die gemeinsam gefundenen Berührungspunkte sowohl den Regierungen als auch den Massenmedien zur Verfügung stehen. Das wird, wie ich hoffe, erlauben, zumindest einige unrichtige Vorstellungen und politische Vorurteile zu beseitigen. Insgesamt luden wir 250 Vertreter zu unserem Rundfischgespräch ein. Selbst 2500 hätten sicherlich gern einer Einladung Folge geleistet, doch dann hätten die Forumsteilnehmer nicht genug Zeit gehabt, ihre Auffassungen darzulegen und anderen zuzuhören."

Bei der letzten Diskussion, zu der Journalisten zugelassen waren, erörterten Naturwissenschaftler die Frage offener Labors, an deren Arbeit Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen teilnehmen könnten. Natürlich werden derartige Labors nicht in Bereichen entstehen, die die Sicherheitsinteressen und die Souveränität der Staaten berühren, doch der

Gedanke, daß sie bis zum Ende unseres Jahrhunderts überall eingerichtet werden sollen, wurde von allen Diskussionsteilnehmern unterstützt. Ferner wurde beschlossen, einen internationalen Fonds für offene Labors einzurichten.

Das Rundfischgespräch der Schriftsteller und Kulturschaffenden, das in unmittelbarer Nachbarschaft mit dem Treffen der Naturwissenschaftler stattfand und solche weltbekannten Repräsentanten wie Graham Greene, Günter Wallraff, Friedrich Dürrenmatt, Peter Ustinov, Gregory Peck, Claudia Cardinale und viele andere zusammenführte, erfolgte in drei Sektionen: "Das neue Denken — Weg zur Rettung unseres Planeten und die Lösung globaler Probleme", "Die Rolle der Kultur bei der Verteidigung der Zivilisation und der Menschheitswerte" und "Schöpfertum und Bewahrung der Umwelt".

...Das Gesicht dieser kleinen Frau in einem strengen dunklen Kostüm und mit pechschwarzen Haaren ließ uns unwillkürlich an die jüngste Vergangenheit denken. Yoko Ono...

Frau Ono, was erwarten Sie von der Zukunft, wie stellen Sie sie sich vor? "Das Wichtigste für unsere Zukunft ist die Zusammenarbeit. Wohl deshalb



Claudia Cardinale: Wenn das von den Frauen abhängen würde, hätten sie die Entwicklung der Atombombe nicht zugeslassen.

glaube ich, daß es möglich ist, auf unserem Planeten in Frieden und ohne Nuklearwaffen zu leben. Ich gehöre zu den Millionen Menschen, die an den Frieden, an eine Zukunft ohne Kriege glauben, die glauben, daß uns in Zukunft Glück und Liebe erwarten. Und mir scheint, daß meine Gedanken gar nicht so originell sind."

will, wird eine viel größere Gefahr ausgehen. Derartige Absichten stellen den Versuch dar, ein neues Instrument der Erpressung gegenüber unabhängigen Staaten zu schaffen. Daher ist es wohl an der Zeit, die Frage auf der völkerrechtlichen Ebene zu stellen, ob es nicht verboten werden soll, Waffen im Weltraum über den Köpfen von Bürgern anderer Länder schweben zu lassen?

ZUR UMFASSENDEN SICHERHEIT

Unsere Konzeption der Schaffung eines Systems der allumfassenden internationalen Sicherheit und unsere anderen Initiativen widerspiegeln den klaren Wunsch und die Bereitschaft der Sowjetunion, auf ihren Status einer Kernwaffenmacht zu verzichten, alle anderen Rüstungen auf ein vernünftiges Mindestmaß zu reduzieren.

Die UdSSR verlangt für sich nichts, was sie anderen absprechen wollte. Sie beansprucht nicht mehr Sicherheit als zum Beispiel die USA. Die Sowjetunion wird jedoch auch keine Beeinträchtigung und keine Diskriminierung akzeptieren.

Die Sowjetunion wird das strengste System der nationalen und internationalen Kontrolle herbeizuführen suchen. Es muß volle Gewißheit darüber bestehen, daß Verpflichtungen von allen eingehalten werden. Kann man das sowjetisch-amerikanische Experiment in Semipalatinsk etwa nicht als Vorbild einer solchen Kontrolle betrachten?

Bekanntlich verfügen die USA über zahlreiche Militärstützpunkte in anderen Ländern. Wir möchten zuzähnen Zugang zum Zweck der Inspektion haben, um sicher zu sein, daß in diesen Stützpunkten nichts geschieht, was durch Abkommen untersagt wird.

Noch besser wäre es, zu der vor längerer Zeit vorgebrachten Idee einer Auflösung der ausländischen Basen zurückzukehren und die Truppen von dort abzuziehen. Das beziehen wir auch auf uns selbst. Wir haben bereits erste praktische Schritte unternommen. Wie Sie wissen, ziehen wir in Absprache mit unseren mongolischen Freunden einen Teil unserer Truppen aus

der Mongolischen Volksrepublik zurück. Wir haben sechs Regimenter aus Afghanistan abgezogen und werden in möglichst kurzer Frist unser ganzes Truppenkontingent aus Afghanistan abberufen. Zur Lösung dieses Problems sind aber Entgegenkommen seitens der Vereinigten Staaten und der Nachbarländer Afghanistans sowie internationale Anstrengungen erforderlich.

ZUM "FONDS FÜR DAS OBERLEBEN DER MENSCHHEIT"

Auf Ihrem Forum wurde eine perspektivreiche und erhabene Idee geäußert — einen "Fonds für das Überleben der Menschheit" zu gründen. Im Rahmen dieser Institution könnte man offen Fragen der Verhinderung eines Nuklearkrieges diskutieren. Der Fonds könnte Studien über brennende Probleme des internationalen Lebens fördern und Projekte zu globalen Menschheitsproblemen, einschließlich der Bekämpfung neuer Epidemien, unterstützen.

Wir werden unsererseits die aktive, sowohl materielle als auch geistige Teilnahme der sowjetischen Öffentlichkeit an der Tätigkeit dieses Fonds begrüßen.

ZUR POSTNUKLEAREN ÄRA

Die Kernwaffe hat in vieler Hinsicht die Zeit, in der wir leben, geprägt. Ihre Vernichtung bedeutet selbstverständlich nicht die Rückkehr zum vorigen Zustand.

Die Menschheit muß erstarkt in die postnukleare Ära eintreten und ihre nuklearen Gebrechen überwinden. Sie wird Immunität gegen Gewalt und jeden Versuch erwerben müssen, anderen den eigenen Willen zu diktieren. Heute sind die internationalen Beziehungen durch den Kult der Stärke, durch die Militarisierung des Bewußtseins ihres inneren Gehalts beraubt. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die internationalen Beziehungen zu vermenschlichen.

Man hat begriffen, daß ein nuklearer Krieg nicht führbar ist. Machen wir für den Anfang den ersten großen Schritt, reduzieren wir die nuklearen Arsenale, verlegen wir den Waffen den Weg in den Weltraum. Machen wir uns das in Reykjavík Erreichte zunutze und gehen dann weiter.

Tschingis Aitmatow, den Präsidenten des Issyk-Kul-Forums und Initiator des jetzigen Forums, trafen wir am Tisch des Vorsitzenden einer Sektion.

Was gibt uns dieses Forum, was lehrt es uns?

"Vor allem erreicht unser Bewußtsein ein höheres Stadium. Wir wiederholen nicht einfach alte Weisheiten, sondern nähern uns einer neuen, höheren Ebene. Mir scheint, unser Forum ist nur der Anfang, der Anfang einer großen Arbeit."

Wir kamen mit dem palästinensischen Dichter Mahmoud Derwish, Träger vieler Preise, darunter des Internationalen Leninpreises "Für Festigung des Friedens zwischen den Völkern", ins Gespräch.

"Mein Volk ist ein Opfer der Aggression und ein kämpfendes Volk", sagt er. "Für uns ist Frieden keine abstrakte Konzeption. Und wenn hier vom Weltfrieden die Rede ist, dann tritt man auch für eine Lösung der Palästinenserfrage ein..."

Ein weiterer Gesprächspartner — der italienische Pianist und Dirigent Maurizio Pollini — unterstreicht, daß er nicht an eine kernwaffenfreie Zukunft glaubt. Auf die Frage, warum, antwortet Pollini, er

kenne die Natur des Menschen, seine Neigung zum Abenteuerlust, zu gut. "Doch gerade deshalb", sagt er, "müssen wir alles tun, um den drohenden nuklearen Selbstmord zu verhindern. Mit Fug und Recht kann man sagen: Die Idee des Forums ist großartig!" Eine ähnliche Einschätzung des Forums gab auch der bekannte Dichter und Prosaiker Tibor Cseres, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes der Ungarischen VR. Er sagte, Aufgabe der Schriftsteller sei es, in den Massen ein Antinuklearbewußtsein herauszubilden.

Gore Vidal, Schriftsteller aus den USA, spricht auch über ernste Dinge mit dem ihm eigenen Humor:

"SDI ist einer der besten Scherze seit vielen Jahren. Erstens kann das nicht funktionieren: SDI hat keinerlei wissenschaftliche Basis. Zweitens haben die USA zwei Billionen Dollar Schulden, folglich können wir das nicht bezahlen. Sie müssen verstehen, daß das US-Verteidigungsministerium nicht für einen Krieg gegen die UdSSR oder sonst jemanden besteht, sondern um Dollars vom Kongreß für die Rüstungsindustrie zu erhalten und dann den Politikern Gelder für deren Wiederwahl zu geben. Ihr seid also in absoluter Sicherheit."

Und das denkt René Tavernier, Kritiker, Publizist, Öffentlichkeitsarbeiter und Präsident des französischen PEN-Zentrums:

"Mir ist die These zuwider, das Schicksal der Welt hänge allein von Washington und Moskau ab. Das ist unter jedem Gesichtspunkt falsch. Besonders, was die Kultur angeht. Die geistigen Werte der Menschheit umfassen auch Werke tschechischer, ungarischer und polnischer Autoren, das, was alle kleinen Völker geschaffen haben, wenn auch deren Sprache nicht sehr verbreitet ist. Ich meine, das Hauptverdienst des Forums, und das habe ich in meiner Rede gesagt, ist, daß es verschiedene Vertreter unabhängig davon, wie groß ihr Land ist, in der gemeinsamen Diskussion zusammengeführt hat."

Politologen, Ökologen, Soziologen

Ihre Rundtischgespräche fanden im Zentralen Haus des Touristen am Lenin-Prospekt statt. Hier war Alexander Poljuchow unser Korrespondent.

Obwohl Politologen, Soziologen und Ökologen — es waren mehr als 170 — einzelne Rundtischgruppen bildeten, las-

sen sich doch einige allgemeine Probleme, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen, hervorheben.

Zweifelsohne sind die meisten Wissenschaftler ernstlich besorgt über die Lage bei der Abrüstung. Sie sind beunruhigt über die politischen und militärstrategischen Aspekte der jetzigen Situation, für die die paradoxe Verbindung eines weitverbreiteten Strebens nach tiefgreifenden Einschnitten bei den Nuklearwaffen und den konventionellen Rüstungen mit dem Fehlen spürbarer Ergebnisse charakteristisch ist. Über die Gründe der lang anhaltenden Stagnation und die Wege zu ihrer Oberwindung wurden die verschiedensten Meinungen geäußert. Einzelnen Äußerungen und Foyergesprächen zufolge äußerten sich viele Politologen positiv über die sowjetischen Vorschläge zur nuklearen Abrüstung und zum Abbau der anderen Waffenarten. Die "Sternenkriegs"-Pläne der US-Administration wurden kritisiert.

Wir sprachen in einer Tagungspause des Rundtischtreffens der Politologen mit Rolf Björnerstedt, dem Vorsitzenden des schwedischen Alva-und-Gunnar-Myrdal-Fonds und ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) in Stockholm.

Glauben Sie, daß eine kernwaffenfreie Welt geschaffen werden kann?

In längerer Sicht ist das möglich. Die nächste Alternative aber sind kernwaffenfreie Zonen in verschiedenen Teilen der Welt. Lateinamerika ist ein Beispiel dafür. Pläne für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa werden erörtert. Sie könnte zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen. Kürzlich konnte eine Vereinbarung über eine kernwaffenfreie Zone im Südpazifik erzielt werden. Es freut mich, daß solche Zonen von vielen Menschen begrüßt werden, denn sie verhindern, daß immer mehr Staaten zu Nuklearmächten werden.

Welche Voraussetzungen sind erforderlich, damit kernwaffenfreie Zonen zu einer kernwaffenfreien Welt führen?

Erstens sind Verhandlungen nötig, um die Positionen der UdSSR und der USA bei der nuklearen Abrüstung einander anzunähern. Dabei ist das Problem der Kontrolle zu lösen, das, wie mir scheint, nicht selten von Abrüstungsgegnern benutzt wird, um den Verhandlungsprozeß zu vereiteln.

Zweitens ist die Rolle der Nukleararsenale Frankreichs, Großbritanniens und der VR China zu erörtern, ist die Form ihrer Einbeziehung in den Prozeß des Abbaus und der Vernichtung der Nuklearwaffen festzulegen.

Drittens ist es, außer Verhandlungen zu führen, für den Abrüstungsprozeß erforderlich, eine starke öffentliche Meinung aufzubauen, die Druck auf die Politiker ausübt.

Stanley Resor, Rechtsanwalt und ehemaliger US-Arbeitsminister, äußerte uns gegenüber folgende Auffassung:

E. BAHR, Bundesabgeordneter und Experte der SPD-Fraktion für Sicherheitsfragen (BRD):

"Ich bin kein SDI-Fachmann, doch ich betrachte mich als Experten für Sicherheitsfragen. Es ist einfach dumm, in den Weltraum zu gehen, wenn wir nicht imstande sind, das Problem des Friedens auf Erden zu lösen. Ich bin prinzipiell gegen die Militarisierung des Weltraums. Es kann geschehen, daß das gesamte SDI-Programm mehr oder weniger eingestellt wird, wenn der jetzige Präsident das Weiße Haus verläßt.

Wenn aber der nächste Präsident die Arbeit an SDI fortführt, werden wir mit sehr ernsten Problemen der Stabilität konfrontiert, da die Verbindung von Offensiv- und sogenannten Defensivwaffen sehr gefährlich ist. Um so mehr, da niemand weiß, ob die Verteidigungsinitiative tatsächlich Verteidigungswecken dient: Niemand wird garantieren können, daß diese Waffenart nicht zu Angriffswecken benutzt werden kann."

"Ich meine, wir sollten unsere Aufmerksamkeit auf konkrete Fragen konzentrieren, die wir in den kommenden 5–10 Jahren lösen könnten — auf eine 50prozentige Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen und auf die Anwendung des ABM-Vertrages unter den Bedingungen der neuen Technologien. Das ist eine sachbezogene Position. Meiner Meinung nach muß eine echte Kontrolle über Rüstungen und Rüstungsabbau erreicht werden."

Die Diskussion der Soziologen konzentrierte sich auf die sozialen Folgen des Wettrüstens. Ein direkter Zusammenhang zwischen den enormen Rüstungsausgaben und den ungelösten sozialen Problemen in vielen Ländern wurde konstatiert. Auch der negative Einfluß der Militarisierung und der Nuklearkriegsgefahr auf die Psyche des Menschen und die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft wurde hervorgehoben.

Die Ökologen wandten sich gleichfalls den negativen Folgen der immer ausgedehnteren militärischen Tätigkeit für die Natur und die Umwelt des Menschen zu. Veranstalter dieses Treffens war der Vorstand der neuen Bewegung Ökoforum für den Frieden, die sich im August v. J. in Bulgarien auf einer internationalen Konferenz gebildet hatte. Die besondere Besorgnis der Umweltexperten gilt den möglichen ökologischen Folgen eines atomaren Konflikts auf unserem Planeten, die erstmal in der Menschheitsgeschichte die Frage des Überlebens der Gattung des "Homo sapiens" aufwerfen. Besondere Besorgnis wurde auch über die unvorhersehbaren Folgen eines Einsatzes chemischer Waffen geäußert. Die Aktualität dieser Fragestellung wurde von einigen Diskussionsteilnehmern mit den kürzlichen Chemiekatastrophen in Bhopal (Indien) und am Rhein verbunden.

Darüber sprachen wir mit einem Teilnehmer des Ökologentreffens, dem Präsidenten der indischen Sektion des World Wildlife Funds, Fatesinghrao P. Gaekwad.

Welche Probleme verdienen Ihrer Meinung nach die besondere Aufmerksamkeit der Ökologen?

"Wir sind sehr besorgt über die Kernwaffentests, die trotz des lange gültigen sowjetischen Moratoriums fortgesetzt werden. Die USA haben in diesem Jahr schon zwei Tests durchgeführt. Meiner Überzeugung nach ist die Kernenergie ausschließlich friedlich zu nutzen. Die indische Regierung verfolgt eine solche Politik mit Billigung der Bevölkerungsmehrheit.

Doch außer einem drohenden Nuklearkrieg gibt es noch andere Gefahren — so für die Natur und die Lebensbedingungen von Menschen und Tieren durch das oft unkontrollierte Wirtschaftswachstum. Die Tragödie von Bhopal macht das besonders deutlich. Diese Katastrophe wühlte die öffentliche Meinung in Indien auf, und die Regierungskontrolle über den Bau und den Betrieb von Industrieanlagen wurde spürbar verschärft. Viele Schwierigkeiten können wir jedoch einstweilen noch nicht überwinden. Ich nenne nur die Rodung von Wäldern, die die natürliche Verteilung der Niederschläge im Land veränderte. In vielen Regionen fällt viel zu wenig Regen, was zu Dürre führt. In anderen Regionen Indiens hingegen hat die Niederschlagsmenge deutlich zugenommen — Überschwemmungen sind die Folge. Natürlich muß hier auch etwas über die komplizierten demographischen Probleme einiger Entwicklungsländer gesagt werden. Das schnelle Bevölkerungswachstum bewirkt einen ständigen Druck auf die Wirtschaft."

Nach Einschätzung fast aller Teilnehmer der Rundtischgespräche im Zentralen Haus des Touristen erlaubten es die Begegnungen in Moskau, das vielfältige Bild der Welt objektiver zu sehen und neue Haltungen zur Lösung komplizierter Aufgaben zu erarbeiten.

Die Diagnose der Ärzte

Im Gebäude des Präsidiums der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR fand das Rundtischgespräch von Ärzten aus 25 Ländern statt, veranstaltet von einer Gruppe führender sowjetischer Mediziner. Von dort berichtet Jewgeni Andrianow.

Als "letzte Seuche" in der Geschichte der Zivilisation bezeichnen die Ärzte den Nuklearkrieg. Eben deshalb betrachten es viele namhafte Mediziner als ihre ärztliche Pflicht, die nukleare Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern. Als vordringlichste Prophylaxe bieten sie die unverzügliche Beendigung der Kernwaffentests an.

Unter den bei den Rundtischgesprächen erörterten Problemen waren die

medizinisch-psychologischen Aspekte der Nuklearkriegs- und der Atomgefahr sowie die Lehren der Havarie von Tschernobyl, die Feindbilder und die Angst als Triebkräfte des Wettrüstens.

Prof. Dr. med. habil. Karl Bonhoeffer aus der BRD meint dazu:

"Ich möchte mit allen nur möglichen Mitteln den neuen Kurs unterstützen, der von Ihrer Führung unter Michail Gorbatschow verfolgt wird. Natürlich brauchen die Initiatoren der Veränderungen sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik Ihres Landes ebenso wie alle Menschen positive Ergebnisse. Und sie sind bereits zu beobachten: In letzter Zeit begann das Feindbild von der Sowjetunion, das die westlichen Massenmedien aufgebaut hatten, in sich zusammenzubrechen."

Die Aufgabe der Ärzte ist es, wie beim Rundtischgespräch betont wurde, den Menschen wahrheitsgetreue Informationen über die tragischen Folgen des nuklearen Wettrüstens zu vermitteln. Die Ärzte, die unmittelbare und tägliche Kontakte mit ihren Patienten haben, können und müssen eine wichtige Rolle bei der Herausbildung eines neuen politischen Denkens im Nuklear- und Weltraumzeitalter spielen.

Nach Beendigung der Tagungen traf ich mit Dr. B. Lown (USA) zusammen und bat ihn, auf Fragen der NZ zu antworten.

Viel Zeit bei Ihrem Rundtischgespräch war dem Problem der Nuklearwaffen gewidmet. Das ist eine sehr wichtige Frage, doch was hat sie mit der medizinischen Wissenschaft zu tun?

Wenn das Wettrüsten weitergehen wird, wenn wir das Nuklearproblem nicht lösen werden, dann brauchen wir uns schon nicht mehr über andere Probleme den Kopf zu zerbrechen. Die Anhäufung der Nuklearwaffen kann zu einer globalen Katastrophe führen. Niemand wird mehr ärztliche Hilfe (und wem?) leisten können.

Was verstehen Sie unter dem heute so gern gebrauchten Begriff des "neuen Denkens"?

Für mich bedeutet es, daß wir die Probleme des 21. Jh. nicht mit überholteten Methoden lösen können. Und das, was mir in der Haltung Gorbatschows

gefiehl, ist das philosophische Herangehen an das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft. Es ist jetzt das Vordringlichste, das Wichtigste, das nukleare Wettrüsten zu stoppen. Die Havarrien in Tschernobyl, in Three Mile Island und in Bhopal können wir als Lehren bezeichnen, als Lehren für die Menschheit. Mehr solche Lehren brauchen wir nicht.

Geschäftswelt und Geistlichkeit

Ober das Geschehen im internationalen Handelszentrum berichtet **Wladimir Owsjannikow**:

Beim Gespräch im Hauptfoyer des Internationalen Handelszentrums mit dem Vizepräsidenten der kalifornischen Firma Litton Industries, Charles Bridge, mußte ich immer wieder unwillkürlich auf die vorbeigehenden Forumsteilnehmer schauen.

"Erinnern Sie sich, wie Christus die Geldwechsler aus dem Tempel vertrieben hat?", lächelte Mr. Bridge. Ja, daran hatten wir im gleichen Augenblick denken müssen. Religiöse Würdenträger und Geschäftsleute waren unter dem Dach des "Tempels des Handels" zusammengekommen, um Probleme, die alle Menschen in gleicher Weise angehen, zu erörtern.

"Ich als Geschäftsmann meine, daß der Weg zu Vertrauen und Verständigung über den Handel führt", sagte mein Gesprächspartner. "Wir haben schon lange Verbindungen zu Ihrem Land, unsere Werkzeugmaschinen arbeiten im Automobilwerk an der Kama. Weitere Kontrakte sind geplant."

Die Diskussion der Geschäftskreise unter der Devise "Probleme des Friedens und die geschäftliche Zusammenarbeit" konzentrierte sich vor allem auf die Aussichten der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West, auf Probleme der ökonomischen Sicherheit. An ihr nahmen 250 Vertreter der größten Konzerne, Firmen, Banken und Geschäftseinrichtungen aus 25 Ländern teil. Begegnungen mit Leitern sowjetischer Ministerien, Ämtern und Betriebe erfolgten. Das besondere Interesse der Teilnehmer fand alles, was mit dem Umbau der Leitung der außenwirtschaftlichen Kontakte in der UdSSR, mit der Bildung gemeinsamer Betriebe verbunden ist. Eero Rantala, Vorstandsvorsitzender des finnischen EKA-Konzerns, Vertreter eines Landes, das einmalige Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit uns besitzt, sagte:

"Es war eine überaus nützliche Diskussion, die eine Vielzahl von Aspekten umfaßte. Wir haben enge Verbindungen mit der UdSSR und unterstützen grundsätzlich die Bildung gemischter Betriebe. Viele Geschäftsleute aus anderen Ländern brachten Fragen, kritische Bemerkungen und Vorschläge vor. Eine sachliche, offene Diskussion wurde ge-

führt. Die Informationen, die die sowjetische Seite gab, waren sehr interessant."

Ryōichi Kawai, Vorsitzender des Direktorenrates der japanischen Firma Komatsu, sagte:

"Wir sehen, daß die sowjetische Gesellschaft infolge des Umbaus ihre Tore zur Welt immer weiter öffnet. In Japan wird das begrüßt und sorgfältig analysiert. Seit April v. J., als die 10. japanisch-sowjetische Wirtschaftskonferenz stattfand, gab es in unseren Beziehungen leider nicht so viele positive Veränderungen, wie wir gehofft hatten. Auch die starke Anhebung des Yen-Kurses machte sich bemerkbar. Tschernobyl wirkte sich ebenfalls aus,

N. MAILER, Prosaiker, Publizist, Pulitzer-Preisträger (USA):

"Ich liebe mein Land, doch ich kann nicht sagen, daß mich dessen hartnäckig wiederholte Behauptung glücklich mache, die UdSSR sei das 'Reich des Bösen'. Ich bin mit der Behauptung nicht einverstanden, daß sich in den letzten 35 Jahren hier nichts geändert habe. Wir sehen, daß die Veränderungen enorm sind. Die Offenheit. Sie wurde zu einer großen Überraschung für viele in Amerika. Die Rückkehr von Akademiemitglied Sacharow nach Moskau fügte den Kriegsbrandstiftern im Pentagon größeren Schaden zu als jedes andere Ereignis der letzten Jahre. Die amerikanischen Rechten tönen, die UdSSR sei ein Monolith, strebe nach der Unterwerfung der Welt, sei völlig unduldsam gegenüber Andersdenkenden. Jedes Zeichen der Offenheit in Ihrem Land nimmt einen Ziegelstein aus dieser Vorstellung Amerikas von der UdSSR. Die Offenheit ist ein starkes Argument gegen die nukleare Konfrontation."

einige Verbindungen wurden unterbrochen."

... Tschernobyl und Reykjavík. "Diese beiden Begriffe sind 1986, das zum Jahr des Friedens erklärt wurde, in die Sprache der ganzen Menschheit eingegangen", betonte Kenyon Wright, Generalsekretär des Schottischen Kirchenrates, auf einem Briefing zu den Ergebnissen des Rundtischgesprächs der religiösen Würdenträger. "Tschernobyl hat allen deutlich gezeigt, wie zerbrechlich die Gabe des menschlichen Lebens angesichts des außer Kontrolle geratenen Atoms ist. Reykjavík hat der Menschheit Hoffnung gegeben, die Hoffnung auf eine Welt, frei von der Nuklearkriegsgefahr."

215 religiöse Würdenträger aus 56 Ländern und aus Westberlin repräsentierten auf dem Forum sechs Religionen: Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Judentum, Islam und Schintoismus.

Der Erzbischof von Tokio, der Metropolit von ganz Japan, Theodosius (Nagashima), sprach mit mir über die Zukunft der Friedensbewegung. Ihn beunruhigen der Egoismus, die satte Selbstzufriedenheit, die die Menschen bedrohen. Doch am gefährlichsten ist,

In einer Konferenzpause



wie er meint, die mancherorts deutliche Kluft zwischen den Aktivisten der Friedensbewegung und der bislang noch großen Zahl von Menschen, die ihre Ideen und Ziele nur schwach aufnehmen. Als Geistlicher betrachtet er es als seine vordringliche Pflicht, ebenso wie andere kirchliche Würdenträger, mit seiner Friedenspredigt jeden einzelnen zu erreichen. Wie bewegend ein Aufruf auch sein mag, das Wichtigste ist die tagtägliche, selbstlose Arbeit für den Frieden.

Alles in der Welt ist heute interdependent, miteinander verbunden. Natürlich konnte Erzbischof Theodosius auch nicht über den Einfluß der Politik, besonders der der beiden Großmächte, auf die Stimmungen seiner Gemeindemitglieder schweigen.

"Wir besitzen eine entwickelte Wirtschaft", sagte er. "Doch wir sind auch sehr verwundbar. Bisweilen können die Völker, ja auch die Regierungen von Großmächten offenbar die Mentalität eines Volkes wie des unseren einfach nicht verstehen."



Teilnehmer des Forums aus der BRD: eine führende Politikerin der Grünen, Petra Kelly, und General a. D. Gert Bastian.

Ja, die nationale Mentalität muß bei der Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern nach neuen Prinzipien, den Prinzipien des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Güte, berücksichtigt werden. Wie ist das zu verwirklichen? Der Metropolit von Delhi, Paulos Mar Gregorios, antwortet:

"Die öffentliche Meinung ist eben die Grundlage, auf der heute alles ruhen muß. Wenn sich die Menschen nicht entschieden zum Kampf erheben, werden die Regierungen nicht die richtigen Entscheidungen treffen können. Deshalb ist es die Aufgabe aller Wissenden — der Gelehrten, der Fachleute, der Kulturschaffenden und der Politiker —, die Wahrheit über die Gefahr, die über der Welt schwebt, an jeden heranzutragen."

Das religiöse Rundtischgespräch verabschiedete als einziges einmütig ein Schlußdokument.

"Die Alternative Nuklearkrieg ist unmoralisch und menschlich unannehmbar",

heißt es im "Aufruf zum gemeinsamen Handeln". "Wir appellieren an alle Menschen, sich ganz der Aufgabe zu widmen, die Grundlagen allgemeiner Sicherheit heute zu schaffen. Die Zeit ist gekommen, sich die ewig gültigen Fragen zu stellen: Wenn nicht ich, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann?"

Was meinen die Generale

Parallel zum internationalen Forum fand im Sowjetischen Friedenskomitee eine Begegnung höchster Offiziere im Ruhestand aus Ländern Westeuropas und aus der Sowjetunion statt. Es berichtet Alexander Lebedew:

Der italienische General Nino Pasti hatte das höchste Amt in der NATO inne, das ein Nichtamerikaner erreichen konnte. Er war Stellvertreter des Oberbefehlshabers, verantwortlich für Nuklearfragen. Michael Harbottle leitete den Stab der UNO-Streitkräfte auf Zypern. Antoine Sanguinetti befehligte alle französischen Flugzeugträger, die Kriegsmarinestützpunkte und die Marinefliegerkräfte. Auch andere Offiziere bekleideten hohe Ämter.

Ihr Schicksal weist nicht wenig Gemeinsames auf. Ihre militärische Laufbahn verlief hervorragend. Doch in einem bestimmten Augenblick verspürte jeder den Widerspruch zwischen seinem militärischen Pflichtbewußtsein, dem berufsbedingten Glauben an die Kraft der Waffen und dem Bewußtsein einer völlig neuen Realität. Der Widerspruch war so groß, daß viele ihn nur auf eine Weise lösen konnten. Zu verschiedener Zeit, in verschiedener Situation gerieten Offiziere, die höchste Posten in der Armee einnahmen, in Konflikt mit der Politik des militärischen Establishments.

Bundeswehrgeneral Gert Bastian trat in den Ruhestand und bekundete so seine Ablehnung des Beschlusses, amerikanische Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren. Michael Harbottle, der sich bei seinem Dienst auf Zypern davon überzeugen konnte, daß ein Soldat nicht nur schießen, sondern auch eine wichtige Friedensmission erfüllen kann, verzichtete auf die Beförderung, die ihn in die Besatzertruppe nach Ulster hätte führen können.

Und so verlief der Weg von Costa Gomes: Der Stabschef der Streitkräfte Portugals wurde zum Präsidenten der Republik gewählt — seine Unterschrift steht unter der KSZE-Schlubakte. Heute setzt er sich ganz für die Abrüstung ein.

Die ehemaligen hohen Militärs aus neun NATO-Ländern, die die Organisation Generale für Frieden und Abrüstung bildeten, stimmen in einem überein. Sie erklären entschieden, daß die These von Clausewitz vom Krieg als der Fortführung der Politik mit anderen Mitteln im Nuklearzeitalter nicht mehr akzeptabel ist.

"Solange es Nuklearwaffen gibt, ist die Gefahr einer globalen Katastrophe über-

J. KAWALEROWICZ, Regisseur, Ehrenpräsident des Verbandes der polnischen Filmschaffenden:

"Ich bin nach Moskau gekommen, weil ich an eine einfache Wahrheit glaube: Jeder Mensch und die ganze Menschheit insgesamt wollen in Frieden leben. Dabei sind die Kulturschaffenden, soweit sie auch von der Politik entfernt scheinen, weitaus nicht die letzte Kraft. Wir leben in einer gefährlichen Zeit, da der Augenblick, in dem irgend jemand einen Nuklearkrieg auslöst, zugleich auch der Moment sein wird, da dieser Krieg verloren wird. In diesem Zusammenhang erhebt unser Forum mit Nachdruck seine Stimme für den Frieden."

aus groß", sage General Harbottle. "Die Nuklearwaffen und die jetzigen Spannungen müssen von einem System der gegenseitigen Beziehungen und der Interdependenz der Staaten abgelöst werden, das es erlauben würde, die verhängnisvollen Folgen für die Menschheit zu verhindern und die Konflikte politisch beizulegen. Waffen, erst recht Nuklearwaffen, können heute nicht zuverlässig die Sicherheit gewährleisten."

Die ehemaligen NATO-Generale haben Partner in den Ländern des Warschauer Vertrages. In der UdSSR bildeten höhere Offiziere im Ruhestand die Gruppe Sowjetische Generale und Admirale für Frieden und Abrüstung. Zwei Tage lang erörterten die einen wie die anderen gemeinsam das Hauptthema: Wie Militärs, die besser als andere die Vernichtungskraft der modernen Waffen kennen, dazu beitragen können, daß die gängigen, doch unter den heutigen Bedingungen veralteten militärpolitischen Doktrinen überwunden werden und zur Herausbildung einer grundlegend neuen Haltung zur Frage von Krieg und Frieden beitragen können...

* * *

Das Moskauer Forum ist nun vorüber. Der Tagungssaal und das Foyer des Pressezentrums am Subowski-Boulevard stehen leer. Die Fernschreiber haben die letzten Meldungen übermittelt. Drei Tage lang dauerte das Forum, drei Tage angespannter geistiger Arbeit, drei Tage kämpfte das Forum mit den Waffen des Geistes gegen den nuklearen Rüstungswahnsinn. Eine enorme Arbeit wurde geleistet. Doch nicht weniger steht noch bevor. Jetzt ist es wichtig, daß die auf dem Forum verkündeten Ideen, daß der Geist des Forums in weite Kreise der Öffentlichkeit und der Politik getragen werden. Noch wichtiger ist, daß diese Ideen in der Tätigkeit der verantwortlichen Politiker, von denen das Schicksal der Menschheit abhängt, ihren Ausdruck finden.

Die Arbeit der NZ-Pressegruppe wurde von Nikita SHOLKWER koordiniert.

Fotos: TASS und W. Galin
"NEUE ZEIT" 8.87

UdSSR--SÜDJEMEN

In guter
Freundschaft

• VOM 9. BIS ZUM 11. FEBRUAR WEILTE EINE PARTEI- UND REGIERUNGSDELEGATION DER VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK JEMEN UNTER ALI SALEM AL BEIDH, GENERALSEKRETÄR DES ZK DER JEMENITISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI, ZU EINEM OFFIZIELLEN FREUNDSSCHAFTSBESUCH IN DER UdSSR.

20 Jahre Unabhängigkeit Südjemens, 20 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der VDR Jemen: ein Jubiläum unserer beiden Länder in diesem Jahr.

Bei seinem Gespräch mit Michail Gorbatschow am 10. Februar im Kreml betonte Ali Salem al Beidh die Bedeutung der festen Freundschaft zwischen der VDR Jemen und der UdSSR und schätzte die Unterstützung hoch ein, die die Sowjetunion der JSP und dem Volk des demokratischen Jemen in ihrem Kampf für die Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit, bei der Entwicklung der Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit des sozialistisch orientierten Südjemen erweist.

Beredete Worte. Das demokratische Jemen hat es bei der unabhängigen, fortschrittlichen Entwicklung nicht leicht. Ich konnte das sehen, als ich dort nach der Ausrufung der Republik und dem Abzug der britischen Kolonialherren als Korrespondent tätig war. Damals herrschte in der südjemenitischen Gesellschaft Begeisterung für den Sieg der Revolution, gingen grundlegende Veränderungen vor sich. Manche Schritte waren verfrüht, wie z. B. „sowjetische Kolchose“ oder „chinesische Kommunen“ in einigen Provinzen - und dies in einem Land, in dem kurze Zeit zuvor Sklaverei und Sklavenhandel bestanden hatten! Einige Vertreter der Macht ließen sich linke Oberspitzen zuschulden kommen. Die Rechtskräfte kompli-



„Unser 'Amerika'-Film hat schon so viel Wirbel gemacht, daß dieser Bursche immerzu horcht, ob nicht die Russen kommen.“

Zeichnung: W. Arsenjew

tierten gegen die Revolution. Die früheren Emire der Duodezfürstentümer, aus denen sich Südjemen vor der Revolution zusammensetzte, zeigten sich aggressiv.

Im Januar v. J., als die Lage stabilisiert und die revolutionären Umgestaltungen gefestigt schienen, flammt ein brudermörderischer Konflikt auf. Wie al Beidh sagte, müssen Parteileitung und Regierung bis heute noch die Folgen beseitigen.

Beim Besuch wurden zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit dem weiteren

Ausbau der sowjetisch-südjemenitischen Zusammenarbeit und mit unserer Auffassung internationaler Probleme erörtert. Im Schlußkommuniqué ist die Obereinstimmung der Positionen unserer beiden Länder in fast allen Punkten festgehalten.

Nach seiner Rückkehr gab al Beidh in Aden eine Erklärung über die Bedeutung seiner Verhandlungen ab: Die in Moskau erzielten Vereinbarungen seien ein historischer Wendepunkt in der südjemenitisch-sowjetischen Freundschaft.

D. SGERSKI

ZAIRE

Waffen über
Kamina

• NOCH HAT SICH DER SKANDAL UM "IRANGATE" NICHT GELEGT, ABER SCHON HÖRT MAN VON EINER WEITEREN "STRENG GEHEIMEN OPERATION", DIE EBENFALLS MIT AMERIKANISCHEN

WAFFENLIEFERUNGEN
VERBUNDEN IST.

Der Ort der Handlung ist diesmal der noch von belgischen Kolonialherren gebaute, aber inzwischen verlassene Fliegerstützpunkt Kamina in Zaire. Im vorigen Jahr starteten dort wiederholt amerikanische Militärtransporter C-130 und Boeing-707 mit Waffen an Bord. Sie trugen die Kennzeichen einer offensichtlich nicht-existenten Fluggesellschaft "Santa Lucia Airways". Die Maschinen wurden von einem gemeinhin Colonel genannten Afroamerikaner in Empfang genommen.

Die Waffenladung war nicht für Zaire, sondern für ein anderes Land bestimmt und Kamina nur eine Transitstelle auf dem Weg nach Angola, zu den UNITA-Banden.

Ober all das schrieb der Korrespondent der „New York Times“ James Brooke aus Kamina. Seine Meldung trug Klarheit in eine Frage, die sich viele 1985 stellten, nachdem Präsident Reagan die Bereitstellung von 15 Mio Dollar für Waffenlieferungen an die regierungsfeindlichen UNITA-Banden in Angola bekanntgegeben hatte. Unter diesen Waffen befinden sich Stinger-Raketen, und die Frage war: Auf welchem Wege kommen diese Waffen in den Süden Angolas, nach Jamba, wo sich das Hauptquartier des UNITA-Chefs Jonas Savimbi befindet? Am günstigsten wäre der Weg über die RSA gewesen, von der bis Jamba nur ein Katzensprung ist. Diese Variante wurde jedoch von Anfang an verworfen, denn in den USA besteht ein Gesetz, das Waffenlieferungen an die RSA verbietet. Obwohl die heutige US-Administration es mit Gesetzen sonst nicht so genau nimmt, wollte sie diesmal anders sein, um nicht an die große Glocke zu hängen, daß sie mit dem rassistischen Südafrika bei der Bekämpfung Angolas konform geht. Washington zieht es vor, solche Schritte parallel mit der RSA zu unternehmen.

Trotzdem erhielt Savimbi seine Stinger-Raketen. Wie aus der Notiz in der „New York Times“ hervorgeht, kamen sie am ehesten über Zaire dorthin.

Ursprünglich gab es auch da eine Schwierigkeit. Zwischen Zaire und Angola besteht ein Abkommen, dem zufolge beide Staaten sich verpflichteten, ihr Territorium nicht für Handlungen bereitzustellen, die der anderen Seite zum Schaden gereichen könnten. Diese Erschwernis wurde offenbar überwunden. Manche Abkommen sind eben leichter zu schließen als zu erfüllen.

Jose Eduardo dos Santos, der Präsident Angolas, klagte Zaire wiederholt an, sein Territorium den UNITA-Banden für Angriffe auf Angola, insbesondere auf die Provinz Cabinda, zur Verfügung zu stellen. Mobutu Sese Seko, der Präsident von Zaire, antwortete darauf, das stimme nicht, und selbst wenn das geschehen sei, dann ohne sein Wissen. Landeten die Maschinen in Kamina womöglich ebenfalls ohne Wissen Kinshasas? Diese Frage gleichsam vorwegnehmend, schreibt Brooke: „Die Geheimdienste Mobutus selbst kontrollieren wachsam die Entwicklung im Lande und Beobachter versichern, daß Waffenlieferungen ohne sein Wissen kaum hätten erfolgen können.“

Im Jahre 1985 besuchte der General der US-Luftwaffe Richard Lawson den Stützpunkt, um zu sehen, in welcher Verfassung die Anlagen waren. Vor ihm hatten US-Ingenieure Kamina besucht.

Das Pentagon und das State Department befürworten die Modernisierung des Stützpunktes, weil er ihres Erachtens „raschen Zutritt zum Süden Afrikas sichern könnte“. Anders ausgedrückt wollen die USA Kamina als Aufmarschgebiet benutzen, um Angola und die anderen Frontstaaten unter stärkeren Druck zu setzen.

Bestätigungen dafür liegen vor. Wie France Presse meldet, sind für den April gemeinsame Übungen der Truppen der USA und Zaires in der an Angola grenzenden Provinz Shaba (Zaire) geplant. Das sind die ersten Manöver dieser Art in Tropisch-Afrika, und sie fügen sich in die neoglobalistische US-Politik nahtlos ein.

J. BOTSCHKARJOW

SÜDPAZIFIK

Ein neues
Nein aus
Washington

• DIE USA HABEN ES OFFIZIELL ABGELEHNT, GARANT DER KERNWAFFENFREIEN ZONE IM SÜDPAZIFIK ZU SEIN.

Diese Zone wurde von den 13 Ländern, Mitgliedern des Südpazifik-Forums (SPF), proklamiert, die den Vertrag von Rarotonga (so nach der Insel benannt, auf der er abgefaßt wurde) unterzeichneten. Er ist am 11. Dezember 1986 rechtskräftig geworden.

Die Signatäre des Vertrags haben in seiner Präambel erklärt, daß sie von der Notwendigkeit ausgegangen sind, mit regionalen Maßnahmen "zu den globalen Bemühungen beizusteuern, das nukleare Wettrüsten rückgängig zu machen". Weiter heißt es da, daß sie ihren Beschuß als einen Schritt zur Konkretisierung universaler Vereinbarungen ansehen: des Atomsperrvertrags (1968), des Vertrags über das Verbot der Stationierung von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen am und im Grunde der Meere und Ozeane (1971) und des Vertrags über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (1963).

Hätten die USA zum Vertrag von Rarotonga Stellung nehmen müssen? Ja. Erstens ist das ein Usus, der sich im Hinblick auf die kernwaffenfreien Zonen herausgebildet hat, weil sie nur dann real sein können, wenn die Nuklearstaaten sich verpflichten, den Status einer solchen Region zu respektieren. Zweitens sind dem Vertrag von Rarotonga drei Protokolle zur Unterzeichnung durch die Nuklearmächte beigelegt, das erste für Großbritannien, die USA und Frankreich, die für die Verwaltung einiger Gebiete in der Vertragszone verantwortlich sind, damit deren kernwaffenfreier Status auch auf diese

Gebiete ausgedehnt wird. Das zweite beinhaltet die Verpflichtung, keine Kernwaffen gegen die Vertragssignatäre zum Einsatz zu bringen. Das dritte die Verpflichtung, in der Vertragszone keine nuklearen Vorrichtungen zu testen. Das zweite und dritte Protokoll sind also von allen Nuklearmächten zu unterzeichnen.

Die UdSSR hat das am 15. Dezember 1986 als erster Staat getan. Am 10. Februar 1987 China. Großbritannien schweigt vorläufig. Frankreich hat sofort gegen die Zone Stellung genommen und erklärt, daß es die Tests auf Mururoa fortsetzen wird. Jetzt hat Washington es unverblümmt abgelehnt, die Protokolle zu unterzeichnen, weil das "den Begriffen der USA von ihren Sicherheitsinteressen in dieser Region zuwiderliefe".

Das Verhalten des Weißen Hauses hat in den Hauptstädten der SPF-Mitgliedstaaten scharfe Kritik ausgelöst. Das moderne Völkerrecht kennt keinen Grund, warum man Initiativen und Maßnahmen wie die im Vertrag dieser Länder dargelegten von der Hand weisen sollte. Ein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Imperativ ist beispielweise der Grundsatz der gemeinsamen Wahrung des Weltfriedens und der Sicherheit durch alle Staaten. Er ist in den Artikeln 1 und 2 der UNO-Charta verbrieft und in der 1970 einstimmig angenommenen UNO-Deklaration über die Völkerrechtsprinzipien speziell erläutert. Ein Beispiel solch gemeinsamer Bemühungen ist die Abfassung der drei Verträge, auf die sich die SPF-Mitglieder berufen. Alle drei kamen mit aktiver Beteiligung der USA zustande. Der Vertrag von Rarotonga stellt aber eine konkret auf ein Territorium bezügliche Anwendung des Sinns und Buchstaben aller drei Universalakte dar.

Folglich ist die provokante Ablehnung der USA, die Protokolle zum Vertrag von Rarotonga zu unterzeichnen, rechtswidrig und unvereinbar mit ihren Verpflichtungen nach allgemein anerkannten völkerrechtlichen Prinzipien.

Dr. sc. jur.
R. TUSMUCHAMEDOW
"NEUE ZEIT" 8.87

Grünes Licht für friedliches Atom

"Grüne" in Indien? Umweltschützer in einem Land ohne übermäßige Industriekonzentration und mit mehr als 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft?

"Ich verstehe Ihre Zweifel", bemerkt Prof. Dhirendra Sharma von der Nehru-Universität. "Aber schon das Bestehen unserer Organisation zeugt davon, daß Gründe für ihre Entstehung da sind."

Prof. Sharma steht einem vor fünf Jahren gegründeten "Komitee für eine vernünftige Nuklearpolitik" vor.

Diese öffentliche Organisation beobachtet aufmerksam, wie in Indien das Kernenergieprogramm verwirklicht wird. Ihre Mitglieder fordern, daß der Betrieb von KKW die Gesundheit der Menschen keiner Gefahr aussetze und daß alle Maßnahmen getroffen werden, um Havarrien zu vermeiden. Allerdings gibt es in der Organisation auch Menschen, die überhaupt gegen den Bau von Kernkraftwerken auftreten.

Länder, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben, gehen unterschiedliche Wege. Indien formulierte die Strategie der politischen Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Selbständigkeit, die der Republik die Manövriertfähigkeit im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem sichert. Indien nahm Kurs auf Industrialisierung durch Auswertung von Erkenntnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Jawaharlal Nehru sagte 1951, als er die Parlamentsdebatte über den ersten Fünfjahrplan eröffnete: "Damit Indien den Entwicklungsweg gehen kann, muß es einen Fortschritt in Wissenschaft und Technik anstreben und die neuesten Technologien anwenden. Unsere Armut ergibt sich aus der Rückständigkeit in Wissenschaft und Technologie, und mit der Oberwindung dieser Rückständigkeit werden wir es nicht nur zu Reichtum, sondern auch zur Vollbeschäftigung bringen."

In der Konsequenz rückte Indien auf den dritten Platz in der Welt (nach der UdSSR und den USA), was die Anzahl von Wissenschaftlern betrifft (2 Millionen). Das Land verausgabt für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mehr als 1 Prozent des Bruttonsozialprodukts. Der Staat über-

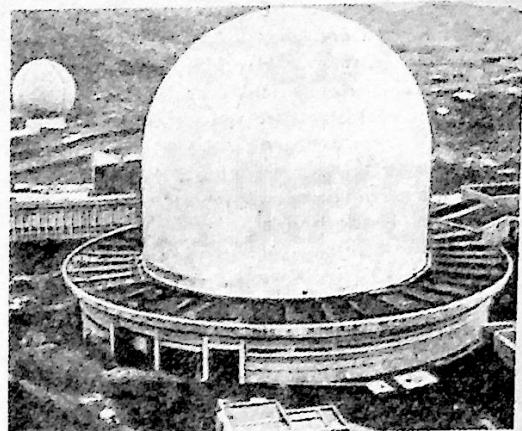
nimmt 90 Prozent dieser Ausgaben. Erfolge bei der Erschließung des Weltraums und des Meeresgrundes sowie bei der Erforschung der Antarktis zeugen von Indiens technologischem Vorstoß.

Das war keineswegs leicht, und es wurde viel über die Prioritäten der Entwicklung diskutiert. Besonders scharf war der Streit über die Energiewirtschaft, in der man praktisch beim Nullpunkt anfangen mußte. Ein Politiker mußte schon die Weitsicht eines Jawaharlal Nehru besitzen, um damals, Ende der 40er Jahre, den indischen Wissenschaftlern die Aufgabe zu stellen, die Atomenergie zur Verwirklichung des nationalen Energieprogramms zu nutzen.

Gab es eine Basis dafür? Weniger eine materielle als eine schöpferische Basis. Am Anfang des nationalen Kernforschungsprogramms stand Homi Bhabha, der "indische Kurtschatow", wie er hierzulande manchmal genannt wird. In den 50er Jahren leitete er die fundamentalen Forschungen in diesem Bereich. Bhabha sah schon damals voraus, daß seine Laborarbeiten von volkswirtschaftlicher Bedeutung sein könnten. Die Frage des Baus von Kernkraftwerken wurde auf die Tagesordnung gesetzt.

Heute spricht man in Indien bereits vom Abschluß der ersten Entwicklungsphase der Kernenergetik. Das Land zählt zehn Kernreaktoren mit einer Gesamtleistung von rund 2000 MW. Jetzt beginnt Indien mit der zweiten Phase dieses Programms. Die summarische Leistung von KKW soll bis Ende dieses Jahrhunderts auf 10 000 MW gebracht werden, d. h. ein Zehntel der gesamten im Lande erzeugten Energie ausmachen.

Indische Fachleute erarbeiteten ein Projekt für den Bau von 12 Atomreaktoren von je 235 MW. Danach wollen sie mit der Projektierung von 500-MW-Reaktoren beginnen. Bis Ende des laufenden Jahrhunderts sollen zehn solche Reaktoren montiert und in Betrieb genommen werden. Die Forschungen bei der Projektierung so komplizierter Aggregate, deren Entwicklung vorläufig nur ausgesprochene Industrieländer bewältigt haben, erfolgen im neuen Forschungszentrum Dhruba.



Das Riesenei des KKW Tarapur

Foto: "Patriot" (Indien)

Ebenfalls in Dhruba und im Kernforschungszentrum Bhabha arbeiten indische Wissenschaftler an einem Programm für die Produktion von Isotopen. Das Land hat über 150 Krankenhäuser und wissenschaftliche medizinische Einrichtungen, die erfolgreich Isotope bei der Frühdagnostik und Behandlung mehrerer Tropenkrankheiten anwenden. Es gibt Pläne, bis zum Ende unseres Jahrhunderts vier regionale Kernzentren anzulegen, die Bestandteil des Agrar-Industrie-Komplexes Indiens sein werden.

Was macht dem "Komitee für eine vernünftige Nuklearpolitik" Sorgen? Es erinnert an die Havarien in amerikanischen Kernkraftwerken, an die Tragödie von Tschernobyl und die Katastrophe von "Challenger". Diese traurigen Ereignisse hätten gezeigt, daß selbst die vollkommenste Technik nicht ohne Fehler ist. Leider stimmt das. Die "Konfrontation von Mensch und All", wie Indira Gandhi die Wissenschaft definierte, ist nicht schmerzlos. Der Weg zu den Sternen führt über Leiden. Aber wie schwer die einzelnen Störungen und Rückschläge auch sein mögen, sagt der namhafte indische Physiker M. R. Shrinivasan, darf man das Programm der Kernenergetik, das Indien so sehr braucht, nicht abbauen.

Ebenso wie in anderen Staaten behandelt man hier das Problem der Sicherheit von KKW jetzt noch sorgfältiger. D. Sharma stimmte mir zu, daß die erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu diesen Fragen sich nicht zu der Forderung nach dem Verzicht auf Kernkraftwerke auswachsen darf. Das wäre, sagt er, gleichsam rotes Licht auf dem Wege zum Fortschritt. Prof. Sharma ist für grünes Licht für das friedliche Atom und bestätigt, daß das von der UdSSR formulierte Programm der Vernichtung der Kernwaffen bis zum Jahr 2000 den Weg dahin eröffnet.

L. SHEGALOW
Eigenbericht

Delhi

Das Blockdenken überwinden



Unser Sonderkorrespondent Anatoli Kowrigin hat den Leiter der sowjetischen Delegation beim Wiener Treffen, den Sonderbotschafter Juri KASCHLEW, interviewt.

Das Wiener Treffen von Vertretern der KSZE-Teilnehmerstaaten ist in ein neues Stadium getreten: Nach der Generaldebatte hat die Diskussion über die Anträge begonnen, die die Delegierten zu allen Bereichen des KSZE-Prozesses gestellt haben. Bevor wir aber darauf eingehen, möchte ich wissen, wie das Treffen bisher verlaufen ist und welche Merkmale dafür besonders charakteristisch waren.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß die erste Phase des Wiener Treffens am 4. November 1986 auf der Ebene der Außenminister der 35 beteiligten Länder begann. Nachdem die Minister abgereist waren, ging das Treffen bis Ende Dezember weiter. Auf der Tagesordnung stand damals die Frage, wie die Vereinbarungen aus der Schlußakte von Helsinki und dem Schlußdokument des Madriter Nachfolgetreffens erfüllt werden. Der Meinungsaustausch verdeutlichte die entgegengesetzte Einstellung der Teilnehmer zu den Diskussionsthemen. Eine Ländergruppe versuchte, wie es souveränen Staaten gebührt, mit den anderen von gleich zu gleich zu sprechen. Sie informierten einander darüber, was bei ihnen schon getan ist und noch getan wird, um die Vereinbarung von Helsinki zu erfüllen. Auch machten sie konstruktive Vorschläge und, wenn angebracht, entsprechende Einwände. Andere verhielten sich wie Ankläger. Sie sprachen nur über andere, nie über sich selbst und hoben zweitrangige Fragen heraus, während sie die Kardinalfragen vermieden. Oberhaupt verhielten sie sich wie bei einer Konfrontation.

Wer hat sich so verhalten?

Die US-Delegation übernahm die Führung. Ihre nächsten NATO-Partner, vor allem die Kanadier und die Briten, wollten nicht hinter ihnen zurückstehen. Sie

griffen die sozialistischen Länder an und versuchten, ihre Politik im Bereich der Menschenrechte und Kontakte zwischen Menschen zu verunglimpfen.

Wie sah das aus?

Nehmen wir z. B. die Rede Mr. Zimmers, des Leiters der US-Delegation, in der ersten Plenarsitzung nach Fortsetzung des Treffens vom 27. Januar d. J. In seinen langatmigen Betrachtungen äußerte er sich wohl 20mal abfällig über die UdSSR, als hätte er vergessen, daß er aus einem Land gekommen ist, in dem Millionen entfremdet sind und in Gefängnissen sitzen.

Weder von den USA noch von anderen westlichen KSZE-Teilnehmern haben wir erfahren, was sie unternehmen, um das riesige Arbeitslosenheer von rund 30 Millionen Menschen zu reduzieren. Das sind nicht 30 Dissidenten in irgendeinem Land und nicht einmal 3000 Auswanderungsanwärter in einem anderen. Ich wiederhole: 30 Millionen! Wir erfuhren auch nicht, ob die Länder des Westens beabsichtigen, den Millionen Obdachlosen ihr Los zu erleichtern. Das hätten wir gern gewußt. Die UNO hat ja dieses Jahr zum Internationalen Jahr des Kampfes gegen die Obdachlosigkeit erklärt.

Arbeitslosigkeit, Not und Obdachlosigkeit sind im Westen die weitestverbreiteten Verstöße gegen die Menschenrechte, aber nicht die einzigen.

Richtig. Die Weltöffentlichkeit ist über Morde an Kämpfern für die Volksrechte informiert, über die Sprengung von Massendemonstrationen der Studenten und anderen jungen Menschen, auch über Verletzungen der Pressefreiheit. Voriges Jahr allein wurden bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strasbourg

über 700 Beschwerden gegen die Regierungen Großbritanniens, der BRD, Frankreichs und anderer Länder Westeuropas eingereicht. Viele dieser Eingaben wurden dem Internationalen Gerichtshof zugleitet. Man möchte gern wissen, was daraus geworden ist. Leider entzieht sich der Westen direkten Antworten.

Und wie verläuft hier in Wien die Debatte über Fragen, die das Schicksal nicht nur europäischer Völker, sondern der ganzen Menschheit betreffen? Ich meine die Erhöhung der Sicherheit und eine wirkliche Abrüstung.

Wie aus der Diskussion über militärische und politische Fragen erhellte, sind sich die meisten Teilnehmer des Treffens darüber einig, daß Wien Wesentliches zum Gesunden des politischen Klimas in Europa beitragen und den Weg zu Verhandlungen über eine starke Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen vom Atlantik bis zum Ural ebnen könnte. Zur Zeit liegt hier nur ein konkreter Vorschlag zur Erhöhung der europäischen Sicherheit vor. Es ist der Vorschlag Polens, das Mandat der Stockholmer Konferenz so zu ergänzen, daß in deren nächstem Stadium vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet und Maßnahmen zur wirklichen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen in Europa parallel erörtert werden. Das polnische Projekt, das als offizielles Dokument Nr. 1 des Wiener Treffens registriert worden ist, geht von dem in Budapest vereinbarten Standpunkt der Warschauer Vertragsstaaten aus. Darin ist auch dem Interesse der Länder Westeuropas an einer Lockerung der militärischen Konfrontation in Europa Rechnung getragen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sehen in dem Vorschlag eine wichtige, konstruktive Initiative zum Übergang von den einzelnen in Stockholm beschlossenen vertrauensbildenden Maßnahmen zu einem einheitlichen vertrauensbildenden System und zur wirklichen Abrüstung.

Könnten Sie mir bitte sagen, was mit wirklicher Abrüstung gemeint ist?

Der Budapester Appell der Warschauer Vertragsstaaten umfaßt ein ausführliches Programm zur stufenweisen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen in Europa. Ich erinnere Sie daran, daß als erster Schritt eine einmalige beiderseitige Reduzierung der Truppen der NATO und des Warschauer Vertrags um je 100 000-150 000 Mann im Laufe eines oder zweier Jahre vorgeschlagen wird. Zu Anfang der 90er Jahre sollen die Landstreitkräfte und die taktischen Fliegerkräfte beider Militärbündnisse um noch 25 Prozent gegenüber ihrem jetzigen Stand reduziert werden. Die sozialistischen Länder schlagen vor, neben diesen Reduzierungen Maßnahmen zu treffen, die Befürchtungen gegenstandslos machen werden, daß das Gleichgewicht gestört werden könnte. Man könnte sogar eine Vereinbarung planen, die Truppen an der Trennstelle zwischen den beiden militärisch-politischen Bündnissen in Europa zu reduzieren und großen Manövern Grenzen zu ziehen.

Und wie ist das mit der Kontrolle? Der Westen hat ja immer betont, daß er besonderen Wert darauf legt.

Die Reduzierung wird unter zuverlässiger und effektiver Kontrolle sowohl mit den technischen Mitteln einzelner Länder als auch international vorgenommen, inbegriffen eine Inspektion an Ort und Stelle. Ich wiederhole: Wir schlagen neben der Kontrolle über die eigentliche Reduzierung eine Beobachtung der militärischen Betätigung der nach der Reduzierung verbleibenden Truppen vor.

Das alles soll parallel mit den vertrauensbildenden Maßnahmen erörtert werden, über die schon im ersten Stadium der Stockholmer Konferenz Vereinbarungen getroffen wurden!

Sehr richtig. Auf dem Stockholm-I-Treffen wurde eine ganze Reihe vertrauensbildender Maßnahmen vereinbart. Das ist ungemein wichtig und ist von fast allen 35 KSZE-Ländern begrüßt worden. Die Debatte über solche Maßnahmen ist aber nicht abgeschlossen, sie muß nach unserem Dafürhalten auf dem Stockholm-II-Treffen fortgesetzt werden. Die UdSSR möchte namentlich eine Erörterung von Maßnahmen wie Ankündigung selbständiger Übungen der Luft- und Seestreitkräfte, die Einschränkung der Militärtübungen und die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf alle KSZE-Staaten vorschlagen. Wahrscheinlich wollen auch andere Länder neue vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet vorschlagen. Die Diskussion darf aber nicht Selbstzweck sein, sie darf die wirkliche Reduzierung der Streitkräfte in Europa nicht in den Hintergrund rücken. Der polnische Vorschlag bedeutet gerade, daß beides parallel erörtert werden soll.

Selbst ein Lale in militärischen Dingen erkennt, daß der Vorschlag Polens, dem alle sozialistischen Länder beipflichten, ein Auftakt zu Stockholm II ist. Wie haben die anderen beim Wiener Treffen vertretenen Länder darauf reagiert?

Die Vertreter mehrerer neutraler und nichtpaktgebundener Länder — insbesondere Jugoslawiens, Schwedens und Finnlands — vermerken, daß die polnische Einstellung flexibel ist. Die NATO-Staaten entziehen sich vorläufig einer direkten Antwort.

Wie verträgt sich die polnische Initiative mit den Pressemeldungen über mögliche Abrüstungsberatungen zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation?

Wir finden, die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in ganz Europa muß auf gesamteuropäischer Grundlage, unter Teilnahme sämtlicher 35 KSZE-Staaten, erörtert werden. Wir sind grundsätzlich dafür. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß wir uns, um den Übergang zur konkreten Erörterung der Abrüstungsfragen zu beschleunigen, zu beliebigen Arbeitsformen einschließlich bi- und multilateraler inoffizieller Kontakte bereit erklären werden.

Für die Stärkung des Vertrauens in Europa sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sehr wichtig. Sie sind ja eigentlich das Fundament der politischen Stabilität. Was ist für Wirtschaft, Wissenschaft und Technik vom Wiener Treffen zu erwarten?

Im großen und ganzen verläuft die Debatte über diesen Fragenkreis günstig. Abgesehen von der bewußten Konfrontationshaltung der US-Delegation kann man von der Diskussion über den "zweiten Korb" sagen, daß die Europäer an einem Fortdauern und einer Entwicklung der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft interessiert sind. Das bestätigt auch eine Reihe vorgebrachter Ideen und Vorschläge zu Schritten nach dem Wiener Treffen. Ich meine vor allem den Vorschlag der CSSR, dem sich Polen, Ungarn und die DDR angeschlossen haben, ein Wirtschaftsforum einzuberufen. Ebenso der Vorschlag Bulgariens, ein ökologisches Forum abzuhalten. Für das erstgenannte werden Fragen des Handels und der industriellen Zusammenarbeit, darunter auch solche vorgeschlagen, die auch von westlichen Delegierten vielfach erwähnt werden, so das Marketing und die Beteiligung an einer internationalen Kooperation kleiner und mittelgroßer Firmen. Das zweite Forum soll Maßnahmen zum Umweltschutz treffen. Dieses Thema interessiert alle Völker Europas immer lebhafter.

Auch andere gute Ideen wurden geäußert, z. B. der Vorschlag Rumäniens zu einer Konferenz über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, einige Vorschläge der nordischen Länder und Österreichs zu verschiedenen Problemen des Umweltschutzes, die Idee der BRD über eine Wirtschaftskonferenz, eine weitere Italiens über ein Treffen der Wissenschaftler der KSZE-Länder usw.

Sie haben mich auf den Gedanken gebracht, daß zum "zweiten Korb" mehr Verständigungsmöglichkeiten zu bestehen scheinen.

Um Erfolg zu haben, muß man tüchtig arbeiten. Dabei berücksichtigen wir, daß durchaus nicht alle Teilnehmer des Treffens zu großangelegten und neuartigen Entscheidungen im Bereich der geschäftlichen Zusammenarbeit bereit sind. Noch besteht die starke Tendenz, das Vorwärtskommen mit dem "zweiten Korb" künstlich vom Vorwärtskommen in anderen Bereichen, sagen wir, bei den Menschenrechten, abhängig zu machen. So etwas ist natürlich nicht dazu angefan, beiderseits annehmbare Vereinbarungen zustande kommen zu lassen.

Wir sind aber optimistisch und überzeugt, daß die gesamteuropäischen Interessen und die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und Ergänzbarkeit von Ost und West schließlich dominieren und helfen werden, die Gewohnheit des Blockdenkens abzulegen.

Eingangs erwähnten Sie das Problem der Menschenrechte. Wie verläuft die Debatte zu anderen völkerrechtlichen Aspekten der humanitären Zusammenarbeit? Wie denken die Delegierten z. B. über den Vorschlag der UdSSR, diese Fragen auf einer Internationalen Konferenz in Moskau zu erörtern?

Vor allem muß ich feststellen, daß dieser sowjetische Vorschlag sehr wichtig ist. Darin kommt die Umstellung bei uns im Land zum Ausdruck, ebenso unsere Bereitschaft zur Teilnahme an einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen auf humanitärem Gebiet. Bei Eröffnung des Treffens umriß der sowjetische Außenminister Eduard Schevardnadse klipp und klar den Plan für die Moskauer Konferenz, über den ganzen humanitären Fragenkomplex allseitig und auf das Endresultat orientiert zu debattieren, um auf diesem Gebiet eine Besserung herbeizuführen. Da haben sich sehr viele Probleme angesammelt, genug für das Wiener Treffen, für die Moskauer Konferenz und für noch andere KSZE-Gremien.

Was das Verhalten zu unserem Vorschlag betrifft, so waren manche Repräsentanten des Westens dadurch eine Weile wie gelähmt. Inzwischen scheinen sie sich erholt zu haben und versuchen, der Initiative der UdSSR Hindernisse zu bereiten und Vorbedingungen zu stellen. Verantwortungsbewußte Menschen erkennen aber, daß die Zeit für eine repräsentative Konferenz über den Ausbau der humanitären Zusammenarbeit reif ist. Die UdSSR erklärt: In Moskau wird man die denkbar günstigsten Bedingungen für die Konferenz schaffen. Wir fürchten Kritiken nicht, und erst recht werden wir über die Probleme, die uns beschäftigen, nicht schweigend hinweggehen. Jedenfalls ist unser Vorschlag in Form und Inhalt restlos klar, und wir hoffen, daß er bei allen Rückhalt finden wird, die am Ausbau der humanitären Zusammenarbeit interessiert sind.

Vielen Dank für Ihre Ausführungen.
Wien

SDI wertlos

Weltraumwaffen: Schild und Schwert

Dr. sc. Alexej ARBATOW

Viele Anhänger der SDI gehen gegenwärtig konkreten Fragen aus dem Weg: Was für ein Raketenabwehrsystem wollen sie entwickeln, mit welcher Effektivität rechnen sie? Welche Mittel und Entwicklungszeiten wird ein solches System erfordern, wie ist seine Unverwundbarkeit angesichts zu erwartender Gegenmaßnahmen des Opponenten zu sichern? Wie wollen sie die Forcierung ihres Programms mit dem ABM-Vertrag vereinbaren, und was wird geschehen, wenn SDI keine technische Basis für die Raketenabwehr schafft, der Vertrag wie auch der gesamte Dialog über die Rüstungsbegrenzung bis dahin aber bereits irreparabel untergraben sein wird?

Statt eine Antwort auf diese Fragen zu geben, ergehen sich die SDI-Verfechter immer häufiger in weitschweifigen historisch-philosophischen Betrachtungen. In der jahrhundertealten Geschichte von Krieg und Militärkunst sei der Weltstreit zwischen Schild und Schwert, Verteidigung und Angriff mit wechselndem Erfolg verlaufen. Die Vorherrschaft des Angriffs wurde mit der Entwicklung von Militärtechnik unvermeidlich durch die Vorherrschaft der Verteidigung abgelöst, und vice versa. Die Raketenkernwaffen könnten, behaupten die SDI-Anwälte, bei all ihrer ungeheuerlichen offensiven Zerstörungskraft keine Ausnahme aus diesem dialektischen Gesetz bilden.

Machtmonopole brechen zusammen

Offensive und Defensive waren in der Tat am häufigsten keine absoluten, sondern relative Kategorien. Ist der Schild ein klassisches Verteidigungsmittel? Zweifellos. Wenn wir jedoch von der Einschätzung der Technik zu deren Anwendungstaktik übergehen, sieht die Schlussfolgerung anders aus. Der Schild und Harnisch von Ritter und Roß waren ein unabdingbares Attribut dieses im frühen Mittelalter vorherrschenden offensiven Waffensystems. Noch weniger eindeutig ist die Rolle der Artillerie: Taktisch gesehen war sie bei der Verteidigung von Festungen defensiv, bei der Belagerung jedoch offensiv.

Die Geschichte ist reich an solchen Beispielen. Der dialektische Rollenwechsel dieser oder jener Waffensysteme je nach der Taktik und Strategie ihres

Einsatzes ist viel typischer als ihr eindeutiges „Rollenfach“. Friedrich Engels schrieb über einen „Wettstreit zwischen Panzer und Geschütz“, zwischen „bürgerlichen Handbüchsen“ und „ritterlichem Panzer“. Kernwaffen bilden keine Ausnahme aus den dialektischen Entwicklungsgesetzen der Militärtechnik. Nur daß der Weltstreit von Offensive und Defensive seit jeher konkrete Formen annahm.

Das Kräfteverhältnis UdSSR–USA veränderte und verändert sich fortwährend, wie das in der Geschichte auch sonst war. Technisch und taktisch wetteifern offensive und defensive heute in der Schlagkraft und Treffgenauigkeit der Kernwaffen einerseits und in der Steigerung ihrer Unzerstörbarkeit andererseits. Im letzteren Fall geht es darum, die Detonationssicherheit der Raketenilos zu steigern, die bodengestützten Raketen mit Hilfe mobiler Startrampen schwerer zerstörbar zu machen, die in den Weltmeeren kreuzenden Raketen-U-Schiffe zu tarnen sowie die Steigleistung der Bomber zu erhöhen.

Für zivile Objekte der einen Seite sind die Kernwaffen der anderen jedoch vor allem offensiv. Gerade die Möglichkeit, die lebenswichtigen Werte eines Staates – Bevölkerung, Wirtschaftspotential, Verwaltungsorgane – schon vor oder neben der Vernichtung seines Rüstungspotentials zu vernichten, führte, wie Militärtheoretiker schon vor langer Zeit feststellten, jene Wendung herbei, die die Raketenkernwaffen in der Militärwissenschaft und -kunst verursachten. Früher erhielt der Sieger erst nach Zerschlagung der gegnerischen Streitkräfte Zutritt zu solchen Werten. Auf diese Möglichkeit setzten die USA in den 40er-50er Jahren, als sie sich zuerst auf ihr nukleares Monopol und dann auf ihre Unerreichbarkeit für die sowjetischen Trägermittel verließen.

Die Negation der Negation ist als dialektisches Gesetz auch in der nuklearen Strategie wirksam. Sobald die UdSSR ebenfalls Kernwaffen und interkontinentale Träger hatte, erhielten ihre Streitkräfte die Möglichkeit, den lebenswichtigen Zentren des Gegners einen Vergeltungsschlag zu versetzen, ebenfalls ohne seine Truppen anzugreifen.

Die traditionelle Situation zwischen den Kernwaffenmächten war wiederhergestellt, aber in grundsätzlich neuer Form: Ohne die Streitkräfte, in erster Linie die Kernwaffen der anderen Seite zu besie-

gen, kann man deren Bevölkerung und Wirtschaft nicht unterwerfen oder vernichten. Aber nicht deshalb, weil sie unter dem Schutz der Truppen stehen, sondern weil der Gegner zu einem vernichtenden Gegenschlag auf den Aggressor fähig ist. Unter den Verhältnissen der nuklearen Balance wurden ein erfolgreicher Angriff und der Sieg unmöglich, wenn der Angreifer außerstande ist, die vernichtende Vergeltung abzuwenden oder zumindest ihre Stärke auf ein akzeptables Niveau zu senken. Mit anderen Worten erwies sich auch die strategische Überlegenheit als unmöglich.

Daraus folgt, daß die Wirksamkeit des Angriffs von nun an nach der Fähigkeit gemessen wird, die Kernwaffen der anderen Seite, ihr Gefechtsführungs- und Nachrichtensystem zu vernichten. Die Verteidigungsfähigkeit wird nach der Fähigkeit der strategischen Kräfte gemessen, bei einem Überraschungsangriff zu überleben und einen vernichtenden Gegenschlag zu führen. Das eben ist der wichtigste Verteidigungsfaktor im Verhältnis der Kernstreitkräfte der Seiten, einem Verhältnis, worin die Defensive vorwiegend als Potential zur Abschreckung des eventuellen Aggressors vor einem Angriff und nicht mehr in der traditionellen Form der Zurückslagung eines solchen Angriffs fungiert.

Von diesem Standpunkt aus überwog seit Ende der 40er bis Mitte der 60er Jahre, als die USA eine beträchtliche Überlegenheit über die UdSSR hatten, nicht die Defensive, sondern die strategische Offensive. Die USA rechneten damit, schon beim Erstschlag einen Großteil der sowjetischen Kernwaffen außer Gefecht zu setzen. Daher rührten die Unbeständigkeit des militärischen Kräfteverhältnisses und folglich auch die politischen Spannungen jener Jahre, die ernsthafte Gefahr der Entfesselung eines Nuklearkrieges.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre begann sich die militärische Situation dank Maßnahmen der UdSSR zur Stärkung ihres strategischen Potentials zu stabilisieren. In den 70er Jahren führte die Erhöhung der Überlebensfähigkeit der Kernwaffen unter den Bedingungen einer im SALT-I- und SALT-II-Vertrag fixierten annähernden quantitativen Kräftegleichheit dazu, daß beide Großmächte ihre Fähigkeit zu einem Gegenschlag stärkten und daß sich die gegenseitige Eindämmung festigte.

Selbstverständlich hatte auch das seine Schattenseiten. Immer mehr nukleare Gefechtsköpfe, die Entwicklung neuer Waffensysteme, die Formulierung gewisser destabilisierender Konzeptionen („begrenzter Nuklearkrieg“ u.ä.) brachten die nukleare Balance ins Schwanken. Alles in allem ergaben die Kernwaffen beider Großmächte von Ende der 60er bis Anfang der 80er Jahre, wobei sie technisch und

operativ ausgesprochene Offensivwaffen blieben, ein allgemeines strategisches Kräftegleichgewicht, in welchem die Verteidigung (d. h. die Zuverlässigkeit des Gegenschlagspotentials) den Angriff eindeutig überwog. Man konnte von einer weit größeren Stabilität des strategischen Gleichgewichts als Eindämmungsfaktor sprechen.

Anschlag auf die Parität

Seit Mitte der 80er Jahre tritt eine andersgeartete Tendenz zutage. Mit ihren neuen Systemen MX, Trident 2, Midgetman, B-1B und verschiedenartigen Flügelraketen werden die USA bis Mitte der 90er Jahre ihr Potential zur Vernichtung geschützter Bodenobjekte der anderen Seite gegenüber dem von Anfang der 80er Jahre auf das 3fache erhöhen können. Der Anteil dieser Mittel, die aus gedeckten Stellungen starten und Ziele rasch (in 30 und weniger Minuten) erreichen können, wird sich sogar auf das 20fache erhöhen.

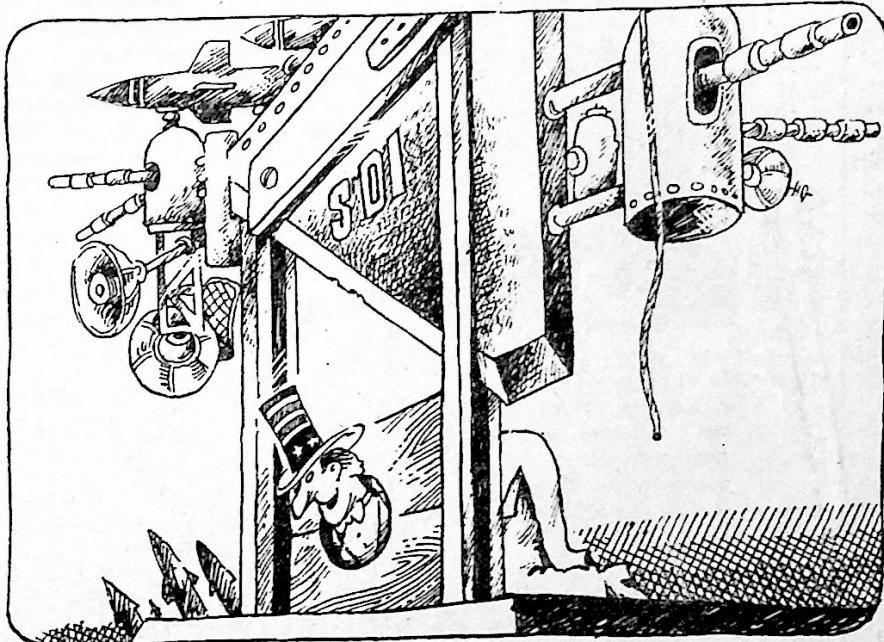
Bei dem heutigen strategischen Kräfteverhältnis werden diese Programme Washington zu keinem Entwaffnungserschlag befähigen. Die sowjetischen Ge- genmaßnahmen werden zweifellos eine erhöhte Kampfbereitschaft, Überlebensfähigkeit und Effektivität ihrer strategischen Kräfte sowie die Aufrechterhaltung der Verteidigungsmacht auf gebührendem Niveau vorsehen. Aber die absolute und die relative Vergrößerung des Anteils jener Kräfte, die für den Entwaffnungsschlag bestimmt sind und gegen einen solchen Schlag zunehmend empfindlicher werden, am allgemeinen militärischen Kräfteverhältnis ist eine zweifellos destabilisierende Tendenz. Sie bedeutet eine relative Verstärkung der Offensive zum Schaden der Defensive. So liegt der Akzent in der strategischen Doktrin der Regierung Reagan auf der Konzeption eines „begrenzten und langwierigen Nuklearkrieges“, einer „Vorbeugungs-“ und „Begegnungssalve“ (Warnstart) und eines „Enthauptungsschlages“. Wenn das so weitergeht, wird die strategische Parität ihre Wirksamkeit als Faktor der militärpolitischen Eindämmung allmählich einbüßen.

Was die Offensiv- und Defensivdynamik der militärischen Balance betrifft, so ist eine mechanische Übertragung der früheren Äußerungen dieses Prozesses (die übrigens auch früher niemals absolute oder andeutige Formen annahmen) auf eine grundsätzlich neue militärpolitische Situation unzulässig. In technischer und operativer Hinsicht defensive Waffen, z. B. viele Arten von Raketenabwehrsystemen, können in Kombination mit offensiven Kernstreitkräften viel eher eine Angriffs komponente werden als etwa Panzer.

Die Entwicklung absolut zuverlässiger Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Kernwaffen, besonders vor ballistischen Raketen, ist selbst theoretisch unwahrscheinlich. Kein Waffensystem, keine Technik kann 100prozentig zuverlässig und effektiv sein. Die zerstörende Wirkung selbst einiger weniger nuklearer Gefechtsköpfe, die die Raketenabwehr

raumgestützte Raketenabwehrsysteme vorsehen, damit die Fähigkeit zum Gegen schlag, die Stabilität und die Zuverlässigkeit der Eindämmung gefestigt werden.

Die Dialektik der nuklearen Balance zeigt demnach Offensiv- und Defensivwaffen in völlig neuem Licht und verändert ihre traditionelle Rolle im Verhältnis von



So sieht man unsere Unverwundbarkeit besonders deutlich

Zeichnung von N. Stcherbakow

unter allen Umständen zu durchbrechen imstande sind, demonstriert die Ohnmacht der Verteidigung beim Schutz der Bevölkerung wie noch nie in der Geschichte. Ein technisch kompliziertes und äußerst kostspieliges Raketenabwehrsystem mit raumgestützten Elementen zum Schutz von Verwaltungs- und Industriezentren wäre bei einer weniger als 100prozentigen Effektivität für die Abwehr eines vollwertigen nuklearen Erstschlags gegen diese Ziele absolut nutzlos.

Dabei kann ein selbst nur teilweise effektives Raketenabwehrsystem dieses Typs die strategische Balance sprunghaft destabilisieren und die höchst gefährliche Illusion wecken, daß man fähig sein werde, einen weniger starken Gegen schlag der anderen Seite zurückzuweisen, nachdem sie durch den nuklearen Überraschungsangriff auf die strategischen Kräfte geschwächt und desorganisiert sei worden. Das Potential der Offensive (des Erstschlags) wird gegenüber der Defensive (dem Gegen schlag) im Vorteil sein. Wenn die Potentiale auf beiden Seiten symmetrisch sind, ist vor allem eine asymmetrische Antwort auf SDI notwendig. Eine solche Antwort muß die Entwicklung von Gegenmitteln gegen das

Angriff und Verteidigung radikal. Gerade dieser Umstand wird von SDI-Anhängern bewußt oder aus Gedankenlosigkeit ignoriert.

Die Dialektik des nuklear kosmischen Zeitalters diktiert eine eigene Sicht auf das Problem der Verteidigungsfähigkeit und Stabilität. Sind umfassende Raketen abwehrsysteme nicht vorhanden, so ist die Balance der offensiven Kernstreitkräfte um so beständiger, je geringer die Fähigkeit, durch den Erstschlag die Vergeltungsmacht zu schwächen, und je überzeugender die den Angriff zurückhaltende Fähigkeit jeder Großmacht zu einem adäquaten Gegen schlag ist.

Da die Sicherheit der UdSSR und der USA im Nuklearzeitalter nur gegenseitig sein kann, setzt Stabilität ein allgemeines Kräftegleichgewicht der beiden Mächte und eine symmetrische, gegenseitige Gewißheit in der Zuverlässigkeit des eigenen Eindämmungspotentials voraus. Dies auf einem möglichst niedrigen Stand der tödbringenden Arsenale, bei ihrer Reduzierung auf ein vernünftiges Minimum und in der Endkonsequenz auf der Basis der völligen Beseitigung der strategischen Mittel und der Kernwaffen schlechthin.

**DISKUSSION
MIT DEM LESER**



Es diskutiert
Alexej WASSILJEW,
stellv. Direktor des
Afrika-Instituts
der AdW der UdSSR
und Dr. sc. phil., Historiker

Ich habe in der letzten Zeit den Eindruck, als vernachlässige die Sowjetunion, nicht nur in ihrer Diplomatie, die sogenannten regionalen Konflikte, weil weltweit bedeutsame Fragen wie Abrüstung und die sovietisch-amerikanischen Beziehungen sie gerade mehr in Anspruch nehmen. Wie sieht beispielsweise Ihre derzeitige Einstellung zum Nahen Osten aus?

Jean-Marie SALVANT
Marseille, Frankreich

Die sowjetische Diplomatie stellte immer wieder gemeinsame Anstrengungen und die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz in den Vordergrund. Sie ist dringend notwendig, wenn man die aktuelle Entwicklung der Ereignisse in Rechnung stellt. Heute gibt es einfach keine Alternative mehr zu einer internationalen Nahostkonferenz. Selbst diejenigen, die nicht an ihr teilzunehmen gedenken, sprechen von der Möglichkeit einer solchen Konferenz. Sie lassen sich dabei keineswegs von Friedensmotiven leiten, sondern beabsichtigen eher, unter dem Deckmantel dieses Forums Separatabkommen zu ihren Konditionen zu schließen, im Interesse des Aggressors und seines mächtigen Beschützers.

Die UNO-Vollversammlung billigte die Resolution 41/43 D, in der die Notwendigkeit hervorgehoben wird, unverzüglich eine internationale Friedenskon-

gefährlicher wird. In den letzten Wochen brach die Krise wieder aus, als friedliche Demonstrationen palästinensischer Araber auf dem Westjordanufer beschossen wurden, als Kriegshandlungen im Libanon zunahmen und als die israelische Luftwaffe erneut palästinensische Flüchtlingslager, libanesische Städte und Dörfer bombardierte. Und natürlich durch neue Operationen der USA, die ihre militärischen Kräfte in eindeutig aggressiver Absicht vor der nahöstlichen Mittelmeerküste konzentrierten.

Das Hauptübel besteht in der Zersplitterung der arabischen Welt, darin, daß sie nicht Kraft und Mut findet, mit inneren Fehden aufzuräumen, mit Widersprüchen, die natürlich verblassen vor dem gemeinsamen Hauptproblem, sich der amerikanisch-israelischen Verschwörung solidarisch zu erwehren und sich

Naher Osten: Es gibt einen Ausweg

Ich glaube, ich weiß, wie Ihre Zweifel zustande kommen, Herr Salvant. Man muß schon seit längerer Zeit feststellen, wie jahrelange Konflikte, die Hunderttausende Menschen das Leben kosten, zu einer alltäglichen Angelegenheit und einem festen, keineswegs zentralen, sondern eher marginalen Bestandteil der Presse- und Fernsehnachrichten werden. Der arabisch-israelische Konflikt wurde durch den blutigen und langwierigen iranisch-irakischen Krieg in den Schatten gestellt und wurde zu eben einer solchen Alltagserscheinung. Er bleibt jedoch gefährlich, nicht nur, weil er jeden Moment eskalieren kann, sondern weil er die Lösung wichtiger grundsätzlicher internationaler Fragen behindert. Ohne deren Lösung wiederum gibt es keine Garantie dafür, daß die Menschheit vor Vernichtung sicher ist.

Es gab schon mehrere Pläne, die einen Ausweg aus der Krise aufzeigen sollten. Wenn man sich die Regulierungsvorschläge der USA, Israels und mehrerer Länder Westeuropas vornimmt, laufen sie alle auf den Versuch hinaus, Separatabkommen zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten zu schließen. Diese Regelung ist auf jeden Fall dazu angetan, die Palästinenser zu benachteiligen. Es gibt allerdings noch einen Weg.

ferenz einzuberufen, auf der umfassende und für alle akzeptable Lösungen der Nahostfrage gefunden werden sollen. Der erste praktische Schritt ist getan, nämlich es wurde beschlossen, ein Vorbereitungskomitee unter Beteiligung aller ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates zu gründen. Das Dokument wurde mit 123 Stimmen angenommen. Damit hat die UNO einen sowjetischen Vorschlag gebilligt. Es geht also heute schon nicht mehr darum, ob man zu einer internationalen Konferenz zusammenkommen soll oder nicht, sondern wie man sie am besten einberuft und erfolgreich durchführt.

Die Sowjetunion will mit ihren Vorschlägen weder dem künftigen Verlauf der Konferenz noch ihrer Vorbereitung vorgreifen. Wir zwingen niemandem unseren Standpunkt auf. Einer Nahostkonferenz sollten die Anstrengungen von vielen vorausgehen. Darunter sind unter anderem auch Kompromisse und diplomatische Absprachen zu verstehen.

Die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz findet auch in arabischen Ländern und vielen Hauptstädten Westeuropas Unterstützung. Man kann die entstandene Lage als Flaute kennzeichnen. Inzwischen beginnt man jedoch einzusehen, daß diese Flaute für die in den Konflikt verwickelten Seiten wie für die Region insgesamt immer

geschlossen für eine politische Regelung einzusetzen. Auch um die Palästinenserfrage in koordinierten Aktionen zu lösen, brauchen die Araber Entschlußkraft und Konsequenz. Das Eine ist untrennbar mit dem anderen verbunden. Jede Nahostregelung muß einen unabhängigen palästinensischen Staat einkalkulieren. Wollte man dieses Problem umgehen, würde man auf halbem Wege stehenbleiben und ständiges neues Blutvergießen riskieren. Die Gewöhnung einiger sogenannter gemäßigter arabischer Staaten an im Konflikt herdglühende Kohlen, die die Gefahr eines neuen Kriegsbrands in sich bergen, ist zwar erklärlich, aber keineswegs gerechtfertigt.

Zur Position Israels: Früher hatte Israel im Verein mit Washington jede Idee schlichtweg zurückgewiesen, die auf eine nahöstliche Friedenskonferenz hinauslief, und berief sich auf seine militärische Überlegenheit, darauf, daß auch in Zukunft Tel Aviv die Bedingungen diktieren werde. Am 1. Februar d. J. jedoch wurde auf einer Regierungstagung die Frage beraten, "ob Israel an einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz teilnehmen solle". Wie es laut Reuter heißt, sollen Premierminister Shamir und Außenminister Peres lange darüber gestritten haben, ob sich die Teilnahme an einer solchen Konferenz lohne oder

nicht. Peres sagte, daß "Israel den Vorschlag, diese Konferenz durchzuführen, nicht kategorisch ablehnen sollte", weil auch Ägypten und Jordanien sich dafür aussprechen, also Länder, mit denen Israel verbesserte Beziehungen anstrebt. Selbstverständlich zum Nachteil der übrigen arabischen Welt. Shamir drohte damit, daß Israel auf dieser Konferenz "möglicherweise unter Druck gesetzt wird, um uns Zugeständnisse abzuringen". Er habe natürlich vor, in keiner einzigen Frage nachzugeben.

Diese Auseinandersetzung war weiter nichts als Augenwischerei. Peres brachte seinen ultimativen Plan vor. Das Ultimatum besteht darin, daß die Araber die Palästinensische Befreiungsorganisation auf keinen Fall zur Konferenz zulassen dürfen. Statt dessen könnte man allenfalls den "echten Palästinensern", also jenen, die auf dem von Israel okkupierten Territorium leben und mit den Okkupanten zusammenarbeiten, die Rolle des Feigenblatts zugestehen. Damit hätte man diejenigen ihres Stimmrechts beraubt, die schon seit Jahrzehnten in der Verbannung leben. Das Ultimatum war auch für die Weltöffentlichkeit bestimmt. Eine einmalige Konferenz von kurzer Dauer, ohne Folgekonferenzen! Also ein formaler Akt, denn auf einer einzigen Sitzung sind diese Fragen nicht zu entscheiden. Peres verlangte gar: "Die Konferenz darf keine wie auch immer gearbeitete Entscheidung des arabisch-israelischen Konflikts herbeizwingen." Wozu dann überhaupt noch eine Konferenz, wenn sie nicht zu konkreten Ergebnissen führen soll?

Wie Sie sehen, geht Israels Position nach wie vor in die Richtung, jede mögliche politische Regelung im Nahen Osten zu sabotieren. Ich meine, man sollte sie trotzdem aufmerksam auf ihren rationalen Gehalt hin überprüfen, falls es einen solchen gibt.

Nur unter einer Bedingung hat die Konferenz Erfolg, und zwar wenn die Bedürfnisse aller Staaten berücksichtigt werden, der arabischen und Israels. Und nicht, um sie auf die Schnelle zu befriedigen, so daß eine halbe Stunde später wieder die Waffen sprechen, sondern um im Nahen Osten ein System zu schaffen, das einen stabilen Frieden sichert und die souveränen Rechte aller Völker der Region garantiert. Das würde übrigens auch den Lebensinteressen der USA entsprechen, die bislang nur Öl ins Feuer der militärischen Konfrontation gießen. Ebenso den nicht weniger wichtigen Lebensinteressen der UdSSR, die mit dieser uns so nahen Region verbunden sind.

FORTSETZUNG DES THEMAS

Meldet sich der Major?

In NZ-Heft 18/86 war ein Artikel von A. Tschlenow, "Kurz ist die Erinnerung" über die Befreiung von 33 belgischen Generalen aus einem deutschen Internierungslager bei Prenzlau abgedruckt. Der Autor schickte uns ein Foto aus jenen Kriegsjahren. Er schreibt dazu:



Ein einmaliger Vorgang: Die Sowjetarmee befreite die belgischen Generale aus faschistischer Gefangenschaft. 40 Jahre nach jenem bemerkenswerten Ereignis, an dem auch ich teilnahm, schickte ich allen 33 Generalen einen Brief an ihre Privatadressen. Diese hatten sie mir damals selbst gegeben und mich eingeladen, Belgien nach

dem Krieg einmal zu besuchen. Ich mußte lange auf Antwort warten. Leider war kein einziger Adressat mehr am Leben, und die Familien waren längst umgezogen. Dann erhielt ich doch noch einen Brief von den Töchtern Generalleutnant Lesaffres, des Kommandeurs der 8. Infanteriedivision.

Dann kam noch ein Brief an. Die Kinder des Kommandeurs des 3. Armeecorps Generalleutnant Josef-Hubert de Krahe, er starb 1946, schreiben: "Glauben Sie uns, daß die Belgier, die unter dem Krieg gelitten haben, den wichtigen Beitrag Ihrer Armee und Ihres Volkes zum Kampf gegen die Nazis nicht vergessen."

Dem Brief lag eine Fotografie bei, aufgenommen bei der Befreiung der Kriegsgefangenen. Zwischen den belgischen Generalen steht ein sowjetischer Offizier im Rang eines Majors. Den Familiennamen dieses Mannes kennen weder ich noch die Absender des Briefes. Vielleicht erkennt ihn einer unserer Leser und gibt der 'Neuen Zeit' einen Hinweis?"

Foto: Vorne links steht Generalleutnant de Krahe, der sowjetische Offizier steht vorne in der Mitte.

MEINUNGEN

Speaker's Corner in Rußland?

Neulich war ich in Großbritannien. Ich bin überhaupt nicht einverstanden damit, was mit den Malwinen passiert ist, denn ich meine, daß sie argentinisches Eigentum sind. Meinem entsprechenden Protest habe ich in der Presse und mündlich Ausdruck verliehen. Stellen Sie sich vor, kein Mensch hat mich deswegen festgenommen. Könnte ich eigentlich auch in Rußland eine von der offiziellen abweichende Meinung äußern?

Alfredo LUJAN MARTINEZ, Caracas, Venezuela

Breites Spektrum

Ich kann ein wenig Russisch und versuche mich darin zu üben, indem ich die sowjetische Presse verfolge. Ich lese die Artikel in letzter Zeit mit großem Interesse. Viele Veröffentlichungen zeichnet aus, daß Standpunkte hart aufeinandertreffen und daß verschiedene Seiten des Lebens scharf kritisiert werden.

John GOULD, New York, USA

Bereits jetzt, im Februar 1987, ist die Wahl eines Werkdirektors nichts Neues für unser Land. So ist das Tempo der Demokratisierung.

RAF, das Rigaer Autowerk, ist ein in der UdSSR und in anderen Ländern, in die Kleinbusse exportiert werden, bekanntes Unternehmen. Die Kleinbusse werden in vielen Bereichen eingesetzt. Die Nachfrage ist groß, die Produktion aber bislang gering. Auch die Qualität läßt zu wünschen übrig. Erst im vergan-



Ein Werk wählt seinen Direktor

Alexander RADOW

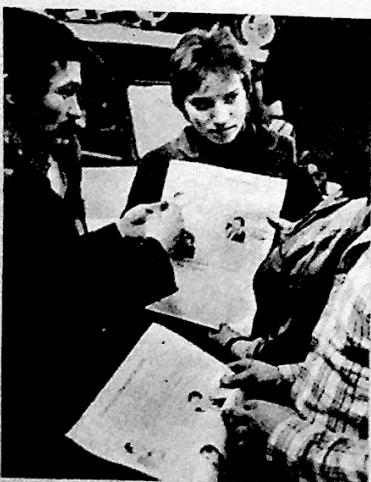
genen Sommer besuchten Wissenschaftler das Werk und zeigten Möglichkeiten für dynamische Fortschritte auf. Viele begannen damals von entscheidenden, ja revolutionären Umgestaltungen zu sprechen. Doch damit diese Wirklichkeit wurden, brauchte das Werk nicht einfach einen Direktor, sondern einen wahren Produktionsführer. Den aber gab es im Betrieb nicht. Und ebenda entstand der Gedanke, einen unionsweiten Wettbewerb auszurufen. Der erste, der das Vorhaben unterstützte, war Boris Pugo, der erste Sekretär des ZK der KP Lettlands. Er sagte: Wenn der Minister nicht dagegen

ist. Der Minister für Automobilindustrie der UdSSR, Nikolai Pugin, selbst kürzlich erst ernannt, war ganz dafür. Als Vermittler betätigte sich die "Komso-molskaja Prawda", die die Bedingungen des Wettbewerbs veröffentlichte. Telegramme und Telefonanrufe aus allen Teilen des Landes, Tausende von Briefen gingen ein!

Aus Telegrammen und Briefen ging hervor, daß viele ihr Können zeigen wollen und Selbständigkeit brauchen. Indem sie ihr Interesse an dem Wettbewerb bekundeten, obwohl sie sich dessen bewußt waren, daß sie fast keine Chancen hatten, Direktor zu werden,

hofften sie nichtsdestoweniger, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken — eine Folge davon, daß es viele Jahrzehnte bei uns eigentlich unüblich war, sich selbst anzubieten — und erst recht für leitende, hochbezahlte Funktionen. Man hatte eben abzuwarten, bis man bemerkt und gerufen wurde.

Viele Hunderte Gesuche gingen ein, und fast jeder Absender schien für den Posten des Direktors geeignet zu sein. Doch wie sollte man die Anwärter vergleichen, nach welchen Kriterien den Besten auswählen? Hier kam man ohne Wissenschaft nicht weiter. Psychologen und Leitungsspezialisten kamen ins Werk. Doch auch sie hatten keine fertigen Rezepte. Es ging nicht darum, frühere Leistungen der Betreffenden zu vergleichen, sondern deren Möglichkeiten in der Zukunft. So beschloß man, weniger einen Wettbewerb der Kandidaten, als vielmehr einen der Programme durchzuführen. Eben danach sollte dann das Kollektiv entscheiden, wen es bevorzugt. Dabei wollte man 20 Anwärter in das Werk einladen und dann eine engere Auswahl vornehmen...



18



Wer macht das Rennen? Sergej Gorbutow oder Viktor Bossert?

Das RAF-Werk befindet sich in der kleinen alten Stadt Jelgava, 40 km von der lettischen Hauptstadt Riga entfernt. Die Bekanntgabe des Wettbewerbs kam für viele im Werk überraschend, wurde von manchen als Eingeständnis größter wirtschaftlicher Probleme angesehen. Verschiedene Gerüchte liefen um, einige behaupteten, kein geeigneter Anwärter werde erscheinen, und wenn käme, dann seien das Leute, die vor allem in die eigene Tasche wirtschaften wollten, denen gegenüber aber sei Vorsicht angebracht.

Und da kamen sie: Von den 20 Eingeladenen erschienen 15. Was führte sie in das ferne Jelgava? Sie schienen ja eine gute Stellung zu haben — Generaldirektoren und Direktoren, Cheingenieure... Was fehlte ihnen? Haften sie vielleicht Unannehmlichkeiten? Oder waren sie unverträglich, und das würde sich schon bald in der Arbeit zeigen? Die Aufregung war groß — und der Argwohn auch. Und so wurden die Direktorenanwärter gedämpft aufgenommen, ja fast feindselig, besonders von den Betriebsleitern. Bei dem ersten öffentlichen Zusammentreffen hieß es ungeniert, sie seien "Fremde" und könnten mit der Kandidatur der Betriebsleitung nicht konkurrieren. Als die genannt wurde, brach Beifall im Saal aus.

Die Anwärter aber gingen nichtsdestoweniger ins Werk und wunderten sich: Wie sich herausstellte, war es kein hoffnungsloser Betrieb, wie sie gemeint hatten. Doch zugleich war zu sehen, daß dort keine besondere Ordnung herrschte. Nichts hatte sich in vielen Jahren im Werk geändert, obwohl es mehr als genug große Worte gegeben hatte. Die Betriebsleiter hatten kein Ansehen, interessierten sich wenig für die Anliegen der Werktätigen. Das ließ die Anwärter verstehen, was für einen Direktor man hier nicht akzeptieren würde — einen, der seinem Vorgänger ähnlich wäre.

Die Werksangehörigen, die sich die Bewerber etwas näher ansahen, bemerkten erstaunt: Die können sicher etwas — und solche Leute werden bei uns dringend gebraucht. Und sie irren sich nicht. Diese Vermutung bestätigte sich bereits bei dem ersten Planspiel. Die Leitungsspezialisten hatten eine Spielsituation gewählt, die jedem Direktorenanwärter erlaubte, starke wie schwache Seiten zu demonstrieren. Als Experten aber wurden Mitarbeiter des Ministeriums und Werksspezialisten geladen.

Die Werksangehörigen verhehlten ihre Skepsis nicht. Sie konnten einfach nicht glauben, daß sich Leute aus anderen Landesteilen, die zudem früher nicht in der Automobilindustrie tätig gewesen waren, in wenigen Tagen in einer für sie neuen Produktion zurechtfinden und eine effektive Strategie für deren Weiterentwicklung vorschlagen könnten. Chefkonstrukteur Artis Bergs, zweifelsohne ein Werkspatriot, sagte im Namen aller Kollegen zu den Anwärtern: "Uns erinnert all das an eine Lotterie, ihr wißt ja nicht, was das RAF ist und was es braucht." Und er warnte: "Vielleicht werden wir schon in einem Jahr wieder einen Direktor wählen müssen."

Warum wurde diese Frage akut? Es bestand die Befürchtung, einer der 15 "Fremden" würde als der geeignete gewählt, dann aber käme es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Kollektiv, wie das früher oft mit neuernannten Chefs zu passieren pflegte. Diesmal sollte etwas Derartiges verhindert werden. Der neue Direktor sollte gleich im Werk heimisch werden und

Die Wahl eines neuen Betriebsleiters will gut vorbereitet sein

Fotos: J. Feklistow



unverzüglich die Arbeit voranbringen. Würde das möglich sein? Wie sich herausstellte, ja! Nur drei Tage später sagte Bergs bereits, er habe erstmals das Glück kollektiven Schöpfertums empfunden. Wir finden, betonte er, ganz sicher unter den "Fremden" einen neuen RAF-Direktor. Was hatte sich nun in diesen drei Tagen ereignet? Eine jähre Wende. Und das nicht von ungefähr, sondern genau, wie es die Leitungsspezialisten geplant hatten. Ihr Führer, der 30jährige Sergej Popow, orientierte die Kandidaten so: "Wenn wir schon wagen, den Direktor zu wählen, dann müssen wir noch weiter gehen — wir müssen uns um eine entscheidende Veränderung der Betriebssituation bemühen."

Die Erfahrungen Popows, der Dutzende derartiger Betriebsspiele durchgeführt hatte, sagten ihm, daß alles klappen würde. Er war wohl der einzige, der sich keine Sorgen um den Ausgang des Planspiels machte. Popow teilte die 18 Kandidaten (15 angereiste und 3 hiesige) in drei Gruppen und forderte anfangs jede Gruppe auf, eine Werksstrategie zu erarbeiten. Dieses Experiment sollte sogleich zeigen, wer gern im Team arbeitet und wer nicht. Es demonstrierte: Die einen denken ergebnisbunden, brauchen unbedingt Zahlen und statistische Hilfsangaben, die anderen aber verstehen es, abstrakt zu denken, bieten kühne Gedanken, die sich aber später als durchaus praktikabel erweisen.

Die Werksspezialisten und -leiter schätzten die effektiven Ideen, an denen kein Mangel bestand, wohlwollend ein. Die Bewerber, die im Grunde Erfahrungen aus dem ganzen Land mitbrachten, sahen sich die Produktion des RAF an, wobei sie diese mit den entwickelteren Zweigen verglichen, in denen sie arbeiteten. Die gemeinsame Suche trug dazu bei, daß die "Fremden" und die Werksexperten schon zwei Tage später ein geschlossenes Team bildeten. Trotz des konkreten Ziels — der erste zu werden — wuchs den Anwärtern das Schicksal des RAF wie auch das des ersten landesweiten Direktorenwettbewerbs so ans Herz, daß sich die meisten vor allem nicht um sich selbst kümmerten, sondern darum, daß das RAF den besten von ihnen erhielt. Und das war aufrichtig gemeint. Dann stellte sich heraus, daß sie selbst lange vor der letzten Abstimmung den künftigen Sieger ermittelt hatten. Und doch wollte jeder siegen. Lange Zeit meinte fast jeder, er sei der beste. Die Psychologen halfen, viele wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Manche waren über ihre objektiven Beurteilungen so betrübt, daß sie psychotherapeutischer Behandlung bedurften, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, warum andere bessere Noten bekommen hatten.

Als sich die Kandidaten hinreichend gezeigt hatten, wurde es möglich, ein Zwischenfinale zu veranstalten: von den 18 fünf zu belassen — nur jene mit den

meisten Punkten. Andere Erwägungen wurden dabei nicht berücksichtigt. Als Nr. 1 wurde der 38jährige Juri Kalushny genannt, stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaftsfragen der Orenburger Produktionsvereinigung Elektropreobrasowat, als fünfter der Direktor eines Großbetriebs in Omsk, der ebenfalls 38jährige Viktor Bossert. Das Interessanteste begann nun...

Die Werksangehörigen konnten es gar nicht abwarten, die Arbeiter befürchten, daß ohne sie jemand gewählt werden könnte, der den Chefs genehm sei — ein Kompromißler, nicht aber ein Kämpfer.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadtzeitung auf ihrer ersten Seite bereits fünf Fotos der jetzigen Hauptanwärter, deren Kurzbiographien und Wahlplattformen veröffentlicht. Nicht nur das Werk, die ganze Stadt verfolgte die Wahl mit wachsendem Interesse. Die ganze Sowjetunion wurde Zeuge: Fast jeden Tag berichtete die "Komsomolskaja Prawda" ihren Millionen Lesern davon.

Hier sollte davon gesprochen werden, worauf das Januar-Plenum des ZK der KPdSU die besondere Aufmerksamkeit lenkte. In der Kaderarbeit findet man hierzulande leider nicht selten noch enge Amts- und lokale Interessen — jenen Egoismus, bei dem die Interessen einer Stadt oder Region vor den gesamtstaatlichen Interessen rangieren. Haben es nicht deshalb geeignete Leiter oft schwer, ihre Fähigkeiten zu entfalten und eine interessantere und verantwortungsvollere Arbeit woanders zu finden? Der Wettbewerb im RAF half vielen dabei: Fast jeder der Anwärter, der aus dem Wettstreit ausschied, erhielt zwei, drei überaus vorteilhafte Angebote für Direktorenstellen.

Ferner zeigte der Wettbewerb, daß die Nachfrage nach Leitern heute größer ist als das Angebot. Nicht deshalb, weil es im Lande keine jungen Talente gibt, sondern weil sie lange Zeit im Hintergrund standen. Die Leiter der älteren Generation förderten aus Angst vor Konkurrenz den Nachwuchs nicht sonderlich, und die frühere Ernennungspraxis legitimierte diese anomale Situation.

Das RAF war vor allem für junge Leiter attraktiv und demonstrierte, daß wir Leute haben, die schlechte Leiter ablösen können. Davon überzeugte man sich auch im Werk selbst.

Vor dem Hintergrund der früheren Leiter hoben sich die fünf Bewerber deutlich ab — vor allem durch ihre demokratische Haltung. War ja der frühere Direktor, wie die RAF-Alteingesessenen zu berichten wissen, nicht allzu häufig im Betrieb zu sehen — seine Aufmerksamkeit galt anderem, und die Anliegen der Arbeiter interessierten ihn herzlich wenig. Die fünf Anwärter aber gingen anders als er gleich durch die Abteilungen und fragten nach Einzelheiten, machten sich Notizen und boten Lösungsvarianten für akute Fragen

an. Bereits am ersten Tag dieser Begegnungen konnten sich die Arbeiter davon überzeugen, wie gut es ist, den Direktor wählen zu können. So sagte es der Maler Guntis Vilums, und Obergütekontrolleurin Ludmila Winogradowa konstatierte befriedigt: "All das, wovon die Arbeiter nur unter sich sprachen, kann man heute dem künftigen Direktor sagen. Ist das nicht großartig?"

Jeder Bewerber erhielt ein Arbeitszimmer, wo er Leute empfangen konnte, er selbst suchte sich die Werksabschnitte heraus, die er betreute. Die einen zog es, um das Wohlwollen der Arbeiter zu erringen, vor allem in die Werkhallen, die anderen in die Abteilungen. Die einen setzten auf die Jugend, die anderen auf die Veteranen. Störte das nicht die Arbeit, die Erfüllung der täglichen Aufgaben? Überraschenderweise begann das Werk gerade in den Tagen des Wettbewerbs erstmals seit vielen Monaten den Plan zu erfüllen. Natürlich spielte dabei die allgemeine Begeisterung eine gewisse Rolle. Doch auch andere Faktoren. Die Tage des Wahlkampfes halfen dem Kollektiv, erstmals offen und ehrlich von den wunden Punkten im Betrieb zu sprechen.

Bald schon stellte sich heraus, daß obwohl alle Kandidaten auf ihre Art sympathisch sind und jeder sogar seine "Lobby" fand, doch die überwiegende Mehrheit den 36jährigen stellvertretenen Generaldirektor der Produktionsvereinigung aus Pskow, Sergej Gorbunow, und besagten Viktor Bossert bevorzugte. Sergej Gorbunow ist mobil und polemisch, versteht es, Eindruck zu machen — am meisten imponierte er der Jugend und den Frauen des Werkes. Viktor Bossert aber, gleich beschlagen in der Technik wie in der Wirtschaft, sagte vor allem den Männern, in erster Linie den Spezialisten und der Werksleitung, zu. Er verkörperte sozusagen Zuverlässigkeit, Stärke und Ordnung.

Und diese beiden blieben in der Endauswahl nach einer weiteren Runde, an der außer Wissenschaftlern die 100 aktivsten Belegschaftsmitglieder teilnahmen. Gorbunow und Bossert kamen in die Endauswahl. In diesem Augenblick hatten die Leidenschaften im Werk ihren Höhepunkt erreicht. Dutzende Freiwillige gingen durch das Werk, agitierten für den einen oder anderen Kandidaten. Jene aber hatten es zu der Zeit eilig. Sie wollten nicht nur schnellstmöglich alle im Werk kennenlernen, sondern auch ein Programm erarbeiten, das das Kollektiv begeistern würde.

Wie sollte sich in dieser Situation die Betriebsleitung verhalten, der Bossert sehr gefiel, Gorbunow aber zu leichtsinnig schien, zu sehr geneigt, Versprechungen abzugeben? Ich meine, sie hätte für den eigenen Kandidaten werben, doch dabei die Möglichkeit offenlassen sollen, anderer Meinung zu sein, mit Argumenten zu reagieren. Doch nicht.

alle führenden Mitarbeiter des Werkes, besonders auf Abteilungsleiterebene, waren demokratisch genug eingestellt. Sie zogen Druck vor. Und da häuften sich die Beschwerden — die Menschen werden daran gehindert, sich für Gorbunow auszusprechen. Das war vor allem ein Bärendienst für Bossert selbst, der offensichtlich vorn im Rennen lag. Das wurde am Schlußtag des Wettbewerbs deutlich. Zur Abstimmung wurde jeder zehnte Werksangehörige delegiert. Mehr Betriebsangehörige hatten teilnehmen sollen, doch der Saal reichte nicht. So viele aber waren gekommen, daß die Veranstalter befürchten mußten, der Balkon könne herunterstürzen. In der gesamten Geschichte des Werks hatte noch nie ein Ereignis solches Interesse gefunden.

Das Los gab Bossert das erste Wort — und er legte die Prinzipien der künftigen Arbeit dar. Er sprach von vielen Dingen — von der wissenschaftlichen Basis und der Selbstverwaltung, einer aktiven Sozialpolitik und Beharrlichkeit in den Beziehungen zum Ministerium, vom anzierenden Stolz auf das eigene Werk und dem Durchbruch mit einem konkurrenzfähigen Modell auf den kapitalistischen Markt.

Seine Rede war so überzeugend, daß Sergej Gorbunow, der nach ihm das Wort ergriff, wie es schien, nichts mehr zu sagen hatte. Er war spürbar verlegen und beschloß, Ergänzungen anzubringen: Er ergänzte Bosserts Vorschläge, doch ein umfassendes Bild wie bei seinem Vorgänger sollte sich nicht ergeben. Am stärksten machte Gorbunow ein von ihm unberücksichtigt gebliebener Umstand zu schaffen: Selbst seine Gesten erinnerten an den früheren Direktor, den man im Werk lieber vergessen möchte.

Bei der Abstimmung erhielt Bossert 387 Stimmen, Gorbunow 57. Als das bekanntgegeben wurde, brach ein Beifallssturm los: Erstmals hatte das Werk aus einer großen und realen Auswahl selbst den Direktor erkoren.

Der stellvertretende Chefkonstrukteur Iwan Danilkow brachte die Meinung der Werksangehörigen auf einen Nenner: "Zunächst betrachteten wir den Wettbewerb als etwas Unseriöses, dann aber wurden alle im Werk von der Begeisterung angesteckt... Bossert ist der geeignete Kandidat. Und sein Programm war viel umfassender. Ein echter Direktor!"

Bekanntlich ist aller Anfang schwer, doch dieser sollte ein Erfolg sein. Die — direkte, unmittelbare — Demokratie ist eine gute, wenn auch, wie sich herausstellte, nicht einfache Sache. Man muß sie lernen, muß die Menschen darauf vorbereiten. Sie braucht, wie man jetzt erkennt, ein wissenschaftliches ebenso wie ein organisatorisches Fundament und natürlich auch juristische Garantien.

All das wird kommen. Einstweilen aber vollzieht sich eine reale Bewegung — von Demokratie zu mehr Demokratie, im Volk selbst. Und das ist das Wichtigste.

Am 23. Februar jährt sich die Gründung der Sowjetarmee und Kriegsmarine zum 69. Male. Mit ihnen entstanden unsere Pioniertruppen, die Verteidigungsobjekte wie auch Zivilanlagen bauen.

Soldaten bauen für den Frieden

Nikolai SCHESTOPALOW

stellvertretender

Verteidigungsminister der UdSSR,

Marschall der Pioniertruppen

Heutzutage haben die sowjetischen Soldaten des Militärbaus auch mit Flügen von Überschallflugzeugen, mit Fernfahrten atomgetriebener U-Boote und mit dem Start einer Gefechts- oder Forschungsrakete etwas zu tun. Ihr Beruf liegt an der Nahtstelle soldatischer und friedlicher Arbeit.

Die heutige Militärotechnik und die modernen Waffen bedürfen einer immer komplizierteren technischen Wartung. Diese obliegt den Pioniertruppen. Sie sind unmittelbar an der Schaffung der materiell-technischen Basis der Armee und Marine beteiligt und tragen viel zur Erhöhung ihrer Gefechtsbereitschaft bei.

Die ersten Bestimmungen für den Militär- und den Frontbau wurden von Lenin bestätigt. Im Bürgerkrieg leisteten die Pioniertruppen umfangreiche Befestigungsarbeiten und legten Verteidigungsobjekte wie z. B. den Petrograder befestigten Raum an, der bei der Abwehr der Banden Judenitschs und der weißgardistischen Finnen zwischen 1919 und 1921 die entscheidende Rolle spielte.

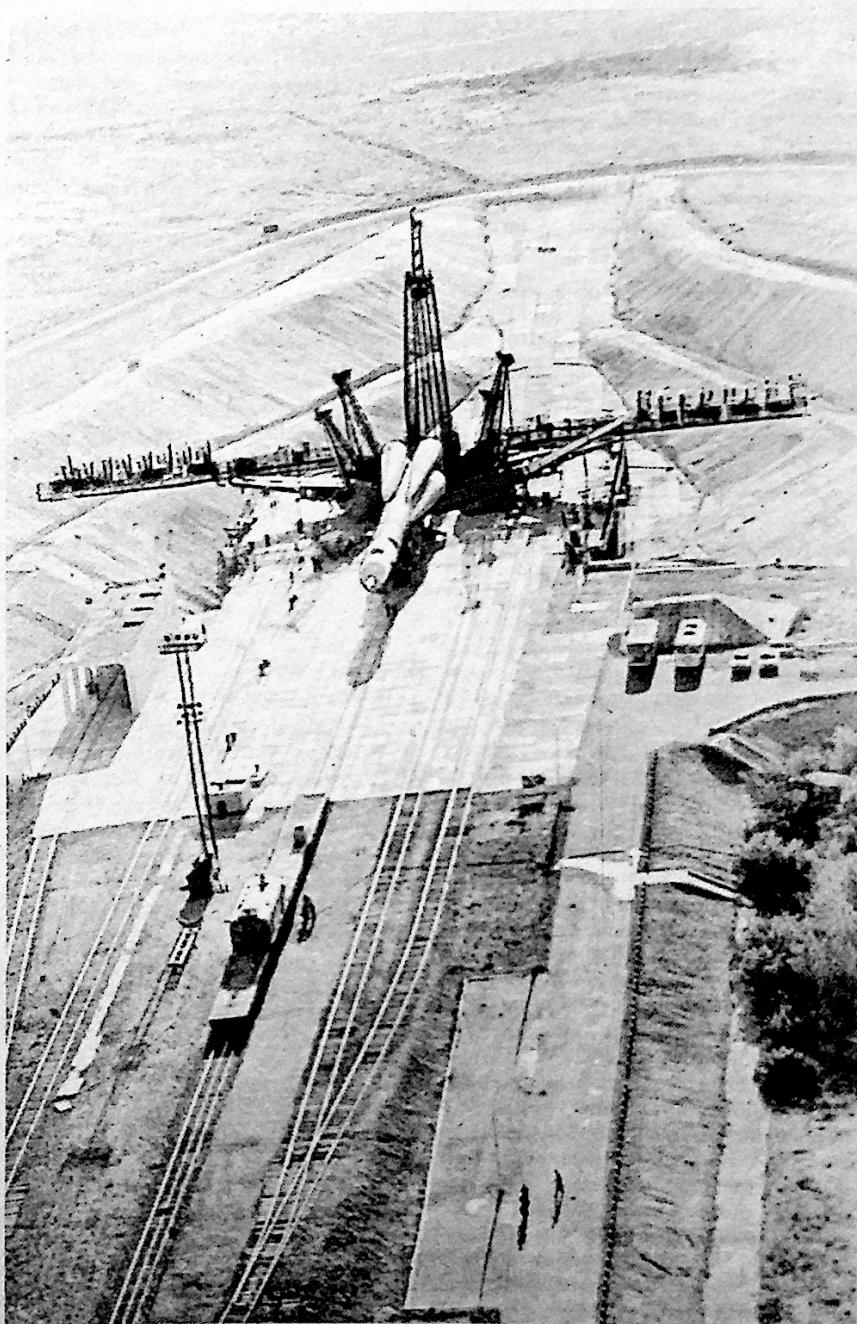
Ein starker Impuls für den Militärbau war die Industrialisierung des Landes in den ersten Planjahrzehnten. Damals wurde das materiell-technische Fundament für die Rote Armee und die Rote Flotte gelegt. Es bestand aus den Marinestützpunkten der Nord- und der Pazifikflotte, aus Komsomolsk am Amur, diesem vorgeschobenen Industriegiganten im Landesosten, ferner aus Feld- und aus ständigen Flugplätzen sowie befestigten Räumen an der Westgrenze.

Schon in den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges, als der Sowjetstaat zur strategischen Verteidigung übergehen mußte, waren die Pioniertruppen für die Vorbereitung der Kriegsschauplätze und die Verlegung von Betrieben in den Osten ungemein wichtig. Eine der vielen großartigen Leistungen der Pioniere war die Anlegung der legendären "Lebensstraße" über den

Ladoga-See. Wenn nötig, griff der Pionier zur Waffe und ging zum Angriff über.

In den Ländern, die die Sowjetarmee vom Faschismus befreite, hat man die sowjetischen Pioniere in guter Erinnerung. Sie halfen dort Brücken, Chausseen, Kraftwerke, Fabriken und Wohnhäuser instand setzen und bauen und standen den neuen Behörden mit Material, Baumaschinen und Werkzeug zur Seite.

Bis April 1945 hatten rumänische Erdölarbeiter gemeinsam mit sowjetischen Pionieren über 1200 Ölsonden, 16 Tunnels, 120 Wasserversorgungsanlagen und andere lebenswichtige Objekte wiederhergestellt. Unsere Pioniertruppen führten in Sofia, das unter Bombenabwürfen gelitten hatte, gemeinsam mit bulga-



Das Kosmodrom Baikonur. Hier wurde der erste künstliche Satellit aufgelassen und startete Juri Gagarin in den erdnahen Raum.

Foto: TASS

rischen umfangreiche Aufbaurbeiten aus. In Ungarn halfen sie Donaubrücken und die Budapest Untergrundbahn instand setzen.

Jugoslawien fügten die Nazis enormen Schaden zu. Zwei Fünftel der Industriekapazitäten lagen still, ein Fünftel aller Wohnhäuser war zerstört, 3,5 Millionen Menschen waren obdachlos. Josip Broz Tito schrieb an die Sowjetregierung: "Ich möchte nochmals hervorheben, wie dankbar wir Ihnen, der unbesiegbaren Roten Armee und dem Sowjetvolk, für die Hilfe sind, die Sie unserem Volk leisten."

Jetzt haben die sowjetischen Pioniere viel mehr Fertigkeiten, Kenntnisse und Ausrüstungen als damals. Ihnen steht eine eigene hochleistungsfähige Industrie für Baustoffe, Konstruktionen, Baumaschinen und -vorrichtungen sowie Werkzeug zur Verfügung.

In den Nachkriegsjahren haben sie eine Anzahl wichtiger Partei- und Regierungsaufträge ausgeführt. Sie haben im Krieg zerstörte Betriebe instand gesetzt, dem von einem Erdbeben heimgesuchten Taschkent geholfen und sich an Erntearbeiten beteiligt.

Die Pioniere sind stolz darauf, daß ihnen der Bau von Startrampen für unsere Raketen und Raumschiffe anvertraut wurde. Auf dem ersten sowjetischen Kosmodrom, Kapustin Jar, in einer von der Sonne ausgedörrten Steppe wurde am 18. Oktober 1947 erstmalig in unserem Land eine ballistische Rakete gestartet.

Später entstand Baikonur, eine technische Großanlage in der kasachischen Steppe. Dort startete am 21. August 1957 die unter Leitung des Konstrukteurs Sergej Koroljow entwickelte mehrstufige interkontinentale ballistische Rakete R7, die erste der Welt, legte 8000 km zurück und traf genau ins vorgeschobene Planquadrat. Am 4. Oktober desselben Jahres startete in Baikonur die Rakete mit dem ersten künstlichen Erdtrabanten, und von hier aus flog Juri Gagarin, der erste Kosmonaut, in den erdnahen Raum.

Vielelleicht haben nicht alle von dem Kosmodrom Plessezk gehört. Die Pioniere werden noch lange an den schwierigen Bau denken. Das Kosmodrom entstand inmitten von Sümpfen in der Taiga. Es wurde 1960 in Betrieb genommen und hat mit Hilfe künstlicher Erdtrabanten viel zur Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben beigesteuert. Die dort startenden Nachrichtensatelliten ermöglichen den Empfang von Fernsehprogrammen in abgelegenen Gebieten der UdSSR und erhalten die Telefon- und Telegraphenverbindung des Landeswestens mit Ostsibirien und dem Fernen Osten aufrecht. Plessezk ist am Interkosmos-Programm beteiligt, das von Wissenschaftlern und Fachkräften der RGW-Länder ausgeführt wird. Dort wurden die ersten französischen MAS-Satelliten aufgelassen.

Viel Können und große Tapferkeit haben Pioniere bei der Behebung der Katastrophenfolgen im Atomkraftwerk Tschernobyl bewiesen. Sie haben zügig eine spezielle Entaktivierungsstelle gebaut, die die Umgegend sicher gegen die Strahlung abschirmt. Auch haben sie an der Isolierung des 4. Kraftwerkblocks tüchtig mitgearbeitet. Viele Pioniere sind für diese Arbeit und für die dabei bewiesene Tapferkeit vom Staat ausgezeichnet worden.

Pioniere waren an der Schaffung des Nuklearraketschildes, dieses wichtigen Bestandteils der militärstrategischen Parität, beteiligt. Komplizierte technische Anlagen wie geschützte Startschächte, Steuerpulse usw. sind gebaut worden.

Der einzige Zweck unserer Nuklearraketen ist die Verteidigung. Wissenschaftler, Konstrukteure und Militärbauingenieure arbeiten jetzt daran, die Lebensdauer dieser Waffen und der Gefechtsführungssysteme zu verlängern. Die Pioniere haben modernste Objekte geschaffen, die den Raketenrappen, den See-, Land- und Luftstreitkräften sowie den Luftverteidigungstruppen manchmal unter schwierigen klimatischen und geologischen Verhältnissen die tägliche Arbeit ermöglichen.

Die aggressiven US-Kreise wollen sich durch Reagans SDI die militärische Überlegenheit über die UdSSR verschaffen. Wir werden für das "Sternenkriegs"-Programm Gegenmaßnahmen finden, und sie werden SDI nicht gleichen. Wie Michail Gorbatschow sagte, werden wir imstande sein, mit weniger Aufwand das Gleichgewicht zu erzielen. Die sowjetischen Pioniere werden die technische Basis dafür schaffen.

Die Militäraueinheiten haben die immer rascher vor sich gehende Umstellung auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiet, der die vom XXVII. Parteitag der KPdSU festgelegte Beschleunigungsstrategie zugrunde gelegt ist, als ihre ureigene Angelegenheit aufgefaßt. Schon werden Maßnahmen zur Intensivierung des Militärbaus getroffen.

Auf die Pioniere entfällt ein ansehnlicher Teil des umfangreichen Sozial- und Kulturbauprogramms. Im 11. Planjahr fünf haben sie außer Verteidigungsobjekten über 5000 Wohnhäuser und um 50 Prozent mehr Schulen, Kindergärten und -krippen, medizinische Einrichtungen und Kantine als in den Jahren 1976–1980 gebaut. Im 12. Planjahr fünf haben wir doppelt so viele Schulen, um 70 Prozent mehr Kindertagesstätten als 1981–1985 zu bauen.

Das Land benötigt die Leistungen der Pioniere ebenso wie die der Raketenrappen, der Flieger, Panzerschützen und Mariner. Je mehr sie leisten, desto gesicherter ist die Verteidigung der UdSSR.

Am 2. Februar, als die Philippiner ihre Einstellung zum neuen Verfassungsentwurf äußern sollten, über den die Regierung Corazon Aquinos ein Referendum angesetzt hatte, standen vor den Abstimmungslokalen von morgens bis abends lange Schlangen. Die Abstimmungsfreudigkeit der dort erschienenen, von denen die meisten das neue Grundgesetz ihrer Republik — es umfaßt gut 100 Seiten — nicht einmal lesen konnten, versetzte sogar die an vieles gewohnten Manilaer Reporter in Erstaunen. Über 20 Millionen Menschen (von den 55 Millionen Landesbewohnern), d. h. etwa vier Fünftel aller Stimmrechtligen, hatten sich eingestellt. Die Abstimmung verlief für die Philippinen ungewohnt friedlich — es gab nur wenige Zwischenfälle —, namentlich, wenn man bedenkt, daß es bei den vorjährigen Präsidentschaftswahlen zu heftigen Zusammenstößen kam und den Wahlen turbulente Geschehnisse folgten, die mit dem Sturz von Präsident Marcos endeten, der das Land rund 20 Jahre autokratisch beherrschte.

Frau Aquino machte kein Hehl daraus, daß sie die Abstimmung als Ausdruck der Einstellung zu ihr persönlich und zu ihrer Regierung wertet. In der Tat, über 76 Prozent der Teilnehmer gaben ihre Stimmen nicht so sehr für die Verfassung wie für die Präsidentin ab. Dieses Ergebnis ist ein eindeutiger Vertrauensbeweis, ein Mandat für Frau Aquino, die von ihr angekündigte Politik, deren Ziele die Wiederherstellung der Demokratie, die Sanierung der Wirtschaft und eine nationale Aussöhnung sind, zu betreiben. Die Stimmabgabe für die Verfassung legitimiert rechtlich Frau Aquinos Machtantritt und berechtigt sie, bis zum Ablauf der sechsjährigen Amtszeit — bis Juni 1992 — Präsidentin zu bleiben.

Und das, obwohl die jetzt Loyalisten genannten bürgerlichen Rechtskräfte und die noch immer zahlreichen Anhänger von Marcos eine große Kampagne gegen die Anerkennung der neuen Verfassung und die Erhöhung der Macht Frau Aquinos durchführen. Sie haben im Norden des Insellandes beim Militär noch ziemlich starke Positionen inne. Sie werben Frau Aquino vor, daß sie "nach links abgleitet" und "mit dem Kommunismus sympathisiert", weil ihre Regierung im Frühjahr 1986 die politischen Häftlinge amnestierte und am Jahresende einen zweimonatigen Waffenstillstand mit den Aufrührern von der "Neuen Volksarmee" schloß.

Die "Loyalisten" gruppieren sich um Juan Ponce Enrile, der Marcos am nächsten stand und jahrelang dessen Minister für Landesverteidigung war. Im Februar v. J. stellte er sich gemeinsam mit einigen anderen hohen Militärs um, verhalf Frau Aquino zur Macht und

Nach dem Referendum

bekam infolgedessen denselben Posten in ihrem Kabinett. Als aber im November hartenäckige Gerüchte über einen nahen Militärputsch unter Führung Enriles in Umlauf kamen, setzte ihn die Präsidentin wie übrigens auch einige andere Minister ab. Doch der Druck von rechts, insbesondere aus Armeekreisen, auf Frau Aquino ließ keineswegs nach und nahm, je näher das Referendum rückte, rapide zu. Es hatte den Anschein, als wollten ihre Gegner das Referendum vereiteln.

Der Umsturz

lag in der Luft

Am 22. Januar zogen Bauern in Manila zum Präsidentenschloß. Sie wollten die schriftliche Forderung nach einer möglichst baldigen Bodenreform einreichen. Der größte Teil des urbaren Bodens gehört auf den Philippinen Großgrundbesitzern. Als die Demonstranten die schmale Mendiola-Brücke passierten, die sich ganz nahe beim Schloßkomplex befindet, wurden

sie durch Polizeiketten und Stacheldrahtverhau zum Stehen gebracht. Hinter ihnen tauchte Marineinfanterie von der Schloßwache auf. Die Spitze des Zuges kam zum Stehen. Die hinteren Reihen, die nicht sehen konnten, was sich vorn abspielte, marschierten weiter. Darauf eröffnete die Marineinfanterie ohne Warnung das Feuer und schoß hinter den Fliehenden her. 15 Demonstranten wurden getötet und etwa 100 verwundet. Den Befehl zum Schießen hatten unverkennbar Personen erteilt, die die demokratischen Kräfte einschüchtern, die Empörung der Massen gegen die Präsidentin kehren, Unruhen stifteten und in einer solchen Situation mit eiserner Faust unter den fortschrittlichen Organisationen aufräumen wollten.

Im ganzen Land herrschte Empörung über den Beschuß dieses friedlichen Marsches der Bauern. Ebenso über den zwei Monate vorher begangenen Mord an einem bekannten Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaften und andere

Massenorganisationen, ebenso wie die Bauernverbände verurteilten kategorisch das Blutvergießen und forderten die Absetzung von General Fidel Ramos, dem Generalstabschef der Streitkräfte. Einige Tage später wurde ein großangelegter "Entrüstungsmarsch" vorbereitet. Und wieder wurden beim Schloß Truppen zusammengezogen. Ein explosiver Konflikt schien unvermeidlich zu sein. Im letzten Augenblick verfügte die Präsidentin, die Sperren um das Schloß zurückzunehmen, den Stacheldrahtverhau abzubauen und die Demonstranten nicht aufzuhalten. Auch forderte sie ihr Kabinett auf, sich der Demonstration anzuschließen. Die Bauern konnten ihre schriftliche Forderung in Ruhe einreichen.

Es folgten eine neuerliche akute Krise und neue Gewaltakte. Am 27. Januar verübten Militäreinheiten bewaffnete Oberfälle auf viele Militär- und Zivilobjekte im Umkreis Manilas und in einigen anderen Kreisen. Die Putschisten wurden durch die regierungstreuen Truppen unschädlich gemacht. Eine Gruppe konnte aber das TV-Studio "Siebenter Kanal" in einer belebten Hauptstraße Manilas besetzen und sich zwei Tage darin halten. Die Spannung in Manila vor dem Referendum nahm erst recht durch Gerüchte zu, daß Präsident Marcos, der auf Hawaii politisches Asyl gefunden hatte, auf die Philippinen zurückkehre.

Die beim TV-Studio zusammengezogenen Truppen rüsteten zum Sturmangriff. General Ramos erklärte, die für Marcos eingenommenen Putschisten hätten einen Militärumsturz versucht, seien jedoch niedergeschlagen worden, und die Streitkräfte stünden unverbrüchlich auf Seiten der Präsidentin. Solche Erklärungen gab der Generalstabschef letzthin mehrmals ab. Alles lief wie nach einem Szenario ab. Zuerst wurde mit Gerüchten die Stimmung geweckt, daß ein Umsturz unausbleiblich sei, und auf den Straßen erschienen Truppen. Dann hieß es, eine Verschwörung sei aufgedeckt worden, und General Ramos, den die US-Presse als "Schützer der Demokratie" und "unversöhnlichen Antikommunisten" pries, trat ins Rampenlicht. Die Beobachter in Manila gewannen den Eindruck, daß die Besetzung des Siebenten Kanals Teil eines umfangreichen Plans für die Schaffung von Spannungen gewesen war, daß damit der Einfluß der Generalität auf die Politik der Regierung Aquino verstärkt werden und die Unzufriedenheit mit ihrer "Milde" den Linken gegenüber bekundet werden sollte. Diese einander jagenden Krisensituations und Gewaltausbrüche beeinflußten zwar das Abstimmungsergebnis, aber anders, als es Frau Aquinos Gegner erwartet hatten. Sie veranlaßten Unschlüssige, für die Verfassung, d. h.

Stimmzählung nach dem Referendum

Foto: AP-TASS



vor allem für Stabilität und Ruhe im Land zu stimmen. Zugleich zeigte sich eine für die Regierung alarmierende Tendenz: Etwa die Hälfte der Militärs stimmten gegen das neue Grundgesetz, also auch gegen Frau Aquino.

Was die Verfassung festlegt

Was ist für diese Verfassung charakteristisch, wodurch unterscheidet sie sich von der 1973 unter Marcos eingeführten?

Sie wurde von einer Sonderkommission entworfen, die aus 48 von Frau Aquino bestimmten Personen bestand. Die meisten waren ihre Anhänger, aber politisch verschieden orientiert. Natürlich stellen die von ihnen formulierten Verfassungspunkte Kompromisse dar. Alles in allem aber können sie einen Weg zu weiterer Demokratisierung und zu den spruchreichen sozialen und wirtschaftlichen Reformen bahnen.

Nach der neuen Verfassung wird der Kongress — das Zweikammernparlament — wiedereingeführt. Die Wahlen dazu finden im Mai statt. Im August sollen die Leiter der lokalen Machtorgane einschließlich der Provinzgouverneure und städtischen Bürgermeister gewählt werden.

Das neue Grundgesetz schränkt die Befugnisse des Staatsoberhauptes zugunsten des Parlaments etwas ein. Es verbietet die Besetzung wichtiger Regierungsposten mit dessen nahen Verwandten, was unter Marcos gang und gäbe war. Die Verfassung enthält ein Kapitel über "soziale Gerechtigkeit", das namentlich das Koalitionsrecht der Werktaftigen garantiert und dem Militär jede politische Befähigung außer der Teilnahme an Wahlen untersagt. Auch enthält sie gewisse Garantien gegen Verletzungen der Bürgerrechte.

Weiter sieht die Verfassung grundsätzlich eine Bodenreform vor, jedoch mit dem Vorbehalt: "nach Dafürhalten des Kongresses".

Der heftigste Kampf entspann sich in der Verfassungskommission und nicht nur dort wegen der fremden (praktisch der amerikanischen) Militärstützpunkte auf den Philippinen und über die dortige Stationierung von Kernwaffen. Die ursprünglichen eindeutigen Verbotssformulierungen wurden, unverkennbar unter Druck von außen, gegen verschwommene ausgetauscht. Obrigens wohnte den Kommissionssitzungen ständig ein Vertreter der US-Botschaft bei.

Die "Korrektur" des Verfassungsentwurfs hinsichtlich der amerikanischen Militärpräsenz und der Kernwaffenfreiheit der Philippinen fiel zeitlich mit Frau Aquinos Besuch in den USA zusammen. Das war im September

v. J. In Washington gab man ihr zu verstehen, daß Manila die versprochene zusätzliche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe nicht bekäme, falls den USA die Wahrung ihrer Interessen, in erster Linie der militärstrategischen, nicht garantiert werde. Anfänglich lehnte der US-Senat die beantragten 200 Mio Dollar für die Philippinen ab. Später bewilligte er sie, weil Washington von dem Kompromiß in der Verfassungskommission anscheinend halbwegs zufriedengestellt war.

Das Abkommen über die US-Stützpunkte auf den Philippinen, darunter die beiden größten außerhalb der USA — den Marinestützpunkt Subic Bay und den Fliegerhorst Clark Field — läuft 1991 ab. Die Regierung Corazon Aquinos hat wiederholt versichert, daß sie es bis dahin befolgen wird, sich jedoch auf eine Verlängerung nicht festlegen möchte. Die Verfassung sieht jetzt vor, daß ein bilateraler Vertrag über die Einräumung von Stützpunkten von einer Zweidrittelmehrheit des philippinischen Senats bestätigt werden muß. Zugleich wird darin erklärt, daß "die Philippinen im eigenen Interesse mit ihrer Politik darauf bedacht sind, ihr Territorium zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen". Das ist zweifellos auf das Pentagon gemünzt.

Die Feuerpause ist abgelaufen

Am 10. Dezember v. J. füllten jubelnde Menschenmassen die Straßen Bacolods, der Hauptstadt des "Zuckerlandes" auf Negros. Bei Glockengeläut und Hochrufen kamen einige hundert Partisanen von der Neuen Volksarmee auf den Platz im Stadtzentrum marschiert und mischten sich unter die bunte, fröhliche Menge, die mit einer Fiesta den Waffenstillstand zwischen der Regierung und den Aufständischen begrüßte. Zum ersten Mal seit 18 Jahren feierten die Philippiner Weihnachten und Neujahr in Frieden. War er auch nicht fest, so war er doch in Leiden errungen und besonders kostbar.

Im Abkommen über den Waffenstillstand war dieser mit 60 Tagen, bis zum 8. Februar, befristet. Das ermöglichte die Vorbereitungen zum Referendum in einer friedlichen Atmosphäre, und das verstärkte zweifelsohne die Position der Regierung im Kampf um das "Vertrauensvotum". Vertretern der Aufständischen, deren bewaffnete Einheiten nach Schätzung der philippinischen Presse über 20 000 Mann stark und in vielen Provinzen eingesetzt sind, wurde erstmalig die Eröffnung eines Hauptquartiers in Manila gestattet.

Die Verhandlungen mit der Regierungsdelegation führten Vertreter der

National-Demokratischen Front (NDF), die ein gutes Dutzend linksnationalistischer Organisationen und Gruppen in sich vereint. Das Programm, das sie vorlegte, enthielt radikale Aktionen wie die Verteilung der Gutsländereien unter die landlosen Bauern, die Schließung der US-Stützpunkte auf den Philippinen, eine Revision der Abkommen mit internationalen Finanzinstituten, die Nichtzahlung der bereits auf 28 Md. Dollar gestiegenen Auslandsschulden und die Bildung einer "Übergangscoalitionsregierung" unter Beteiligung der Linken.

Die meisten waren inakzeptabel. Die Regierung war nur zur Debatte über die Bodenreform bereit und bot den Anführern eine ehrenvolle Amnestie an. Die Verhandlungen stockten. Der Waffenstillstand wurde bis zum Ablauf seines Termins eingehalten.

Kurz nach dem Referendum, am 11. Februar, erhielten die Truppen Befehl, wieder gegen die Neue Volksarmee vorzugehen. Nach Ansicht der "Manila Times" sind die "Falken" an der Armeespitze und die Extremisten in der NDF-Leitung schuld daran, daß die Maßnahmen zur Herstellung des Friedens und zum Abbruch des bewaffneten innenpolitischen Kampfes ins Stocken geraten sind.

Indessen begannen schon nach dem Referendum Verhandlungen einer Regierungsdelegation mit Vertretern einer moslemischen aufständischen Bewegung, die sich im Süden der Philippinen unter Führung der Nationalen Befreiungsfront der Moros (MNLF) betätigt. Es geht darum, daß den Moslems in der Republik weitgehende Autonomie eingeräumt werden soll, wie es in der neuen Verfassung verbrieft ist. Die Führung der MNLF hat, wie mitgeteilt wird, ihre früheren Forderungen nach Lostrennung der "Moslemgebiete" und Bildung eines selbständigen Staates fallengelassen. Von der südlichen Insel Mindanao werden aber sporadische Zusammenstöße gemeldet.

Die neue Verfassung ist natürlich kein Allheilmittel. Sie bildet nur die Rechtsgrundlage für die Lösung der vielen akuten Probleme. Indessen hat die Präsidentin in ihrer ersten Ansprache nach dem Referendum erklärt, wegen der unzureichenden Potenzen "können wir nicht alles auf einmal: die Bodenreform durchführen, die Agrarproduktion und die Industrie fördern, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Infrastruktur ausbauen oder uns auf die Landesverteidigung konzentrieren. Ebenso wie können wir so schnell und erfolgreich vorrücken, wie das Volk es haben möchte." Doch betonte sie, daß ihre Regierung zentralistisch sei und jeden Extremismus unterbinden werde.

A. PETROW

"NEUE ZEIT" 8.87

Neuer Abschnitt, neue Formen

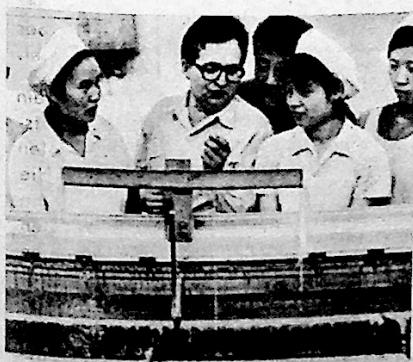
Viktor SENIN, stellvertretender Leiter der Verwaltung für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern Asiens im Außenhandelsministerium der UdSSR, erzählte in einem Gespräch mit dem Journalisten Leonid Pleschakow über diese Beziehungen zwischen der UdSSR und China.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde mit Genugtuung eine gewisse Verbesserung der Beziehungen der UdSSR zu ihrem großen Nachbarn, dem sozialistischen China, vermerkt. Zwar gehen beide Staaten an mehrere internationale Probleme unterschiedlich heran, doch wurde etwas anderes hervorgehoben: die Möglichkeit, vielfach gemeinsam zu arbeiten, auf gleichberechtigter und prinzipieller Basis, ohne Nachteil für Drittländer zusammenzuwirken. Die Reserven für eine Kooperation zwischen der UdSSR und China sind enorm.

Wie gestalten sich die Außenhandelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern jetzt, nach fast einem Jahr?

China. In der Leineweberie Charbin sind sowjetische Ausrüstungen montiert. Unser Bild: Sowjetischer Fachmann führt chinesischen Arbeitern die Produktionstechnologie vor.

Foto: Xinhua - TASS



Um sich ein klareres Bild vom gegenwärtigen Stand und den Aussichten solcher Kontakte zu machen, lohnt sich ein Exkurs in die Vergangenheit.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und China kennen Perioden von Hoch und Tief. Nach der Gründung der Volksrepublik entwickelten sich unsere Beziehungen allseitig und erreichten 1959 ihren Höchststand: Der Warenumsatz belief sich auf beinahe 2 Md. Rubel. Damals bestand neben dem Handel eine umfassende wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Ihre Objekte waren über 200 Betriebe in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft Chinas.

Die UdSSR lieferte viele Maschinen und Ausrüstungen; über 75% waren für die genannten Betriebe bestimmt, Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie, des Automobil- und des Traktorenbau, Kraft-, Bergwerke, Industriewerke zur Produktion von Grubenausrüstungen, Hebezeugen und Fördertechnik, von Ausrüstungen für die Metallurgie und Erdölverarbeitung.

Außerdem lieferte unser Land der VR China große Mengen von Erdöl und Erdölprodukten, Eisenwalzgut, Rohre und Chemikalien.

China seinerseits lieferte uns Buntmetalle, Baumwolle, Wolle, Sojabohnen, Tee u. a.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurden die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie die wissenschaftlich-technischen Kontakte auf ein Minimum reduziert. Der Warenumsatz belief sich 1970 auf 42 Mio Rubel. In den nachfolgenden Jahren stieg er etwas und stabilisierte sich 1983 um die 200–300 Mio Rubel. Selbstverständlich entsprach das nicht den Wirtschaftspotenzen beider Länder.

Wie entwickelte sich der Handel UdSSR-China in den letzten Jahren?

1983/84 begann er sich zu beleben, 1984 und 1985 wurden wichtige mehrere Abkommen unterzeichnet. Am 10. Juli

1985 kam das erste langfristige Handels- und Zahlungsabkommen in der Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zustande. Gemäß diesem Dokument soll sich der Warenumsatz 1986–1990 auf 12 Md. Rubel belaufen und 1990 über 3 Md. Rubel erreichen. Die Dynamik des Warenumsatzes ist deutlich: 1983 betrug er rd. 490 Mio Rubel, 1984 beinahe eine Milliarde, 1985 schon 1,6 Md. Rubel, und 1986 war er um ca. 13,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Wird der Handel zwischen unseren beiden Ländern in Zukunft nur im Rahmen des langfristigen Abkommens erfolgen, oder kann er auch andere Formen annehmen?

Seit 1983 besteht wieder ein Grenzhandel, was zusätzliche Möglichkeiten für die Erweiterung unseres gegenseitigen Warenumsatzes bietet. Zunächst wurde ein solcher Handel zwischen den Regionen Chabarowsk und Primorje, den Gebieten Amurskaja und Tschita einerseits und der Provinz Heilongjiang und dem Autonomen Gebiet Innere Mongolei andererseits aufgenommen. Der Warenumsatz erreichte dort 1986 schon 30 Mio Rubel. Seit 1986 besteht Grenzhandel auch zwischen den mittelasiatischen Sowjetrepubliken, Kasachstan und einigen Regionen und Gebieten der RSFSR auf der einen Seite und Xinjiang, dem Autonomen Gebiet der Uiguren, auf der anderen Seite.

Aber 30 Mio Rubel im Jahr sind nicht gerade viel.

Gewiß. Man darf jedoch nicht vergessen: Das ist der Anfang eines neuen Abschnitts, und was ins Gewicht fällt, ist die Tendenz.

Ein sehr überzeugendes Argument zugunsten des Handels zwischen der UdSSR und China ist der Umstand, daß die Naturressourcen beider Länder einander gleichsam ergänzen. Wir haben viel von dem, was China braucht, und China besitzt, was auch wir brauchen. Unsere Ressourcen und die Reserven für den Ausbau eines für beide Seiten nützlichen Handels sind wirklich kolossal.

China bekommt Maschinen, Industrieausstattungen und Transportmittel aus der UdSSR; 1981–1986 importierte die VR China 56 zivile Flugzeuge, rd. 80 000 Last- und Personenkarren, verschiedene Ausrüstungen für Kohlebergwerke, Textilindustrie und Energiewirtschaft aus der UdSSR. Außerdem lieferten wir Eisen, Stahl und NE-Metalle, Nutzholz, Erzeugnisse der Chemieindustrie u. a..

Wir importierten aus China Wolframkonzentrat, Flußspat, Fleisch und Fleischprodukte, Sojabohnen, Baumwollstoffe, Konfektion, Trikotagen, Obst und andere Industrie- und Agrarerzeugnisse.

Gegenwärtig suchen beide Länder nach neuen Wegen der Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft. Vor kurzem unterzeichneten sowjetische und chinesische Außenhandelsstellen einen großen Kontrakt. Darin ist vorgesehen, daß die UdSSR China 1987–1990 7500 Eisenbahnwaggons liefern und aus China Komplettierungsteile für solche Waggons beziehen wird.

1985 kam in Moskau ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zustande; es beinhaltet den Bau von 7 Betrieben und die Modernisierung von 17 mit sowjetischer Hilfe in den 50er Jahren gebauten Objekten (Betriebe der Eisen- und Stahl- sowie der NE-Metallurgie, der Kohle-, der Chemieindustrie usw.).

Als im September 1986 eine sowjetische Delegation unter Nikolai Talyzin, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, China besuchte, wurde es als zweckmäßig erachtet, in Zukunft die industrielle Kooperation und Kompensationsgeschäfte zu nutzen und gemeinsame Betriebe zu gründen. Eine qualitativ neue Form in unseren Beziehungen wird ferner die Verarbeitung von Rohstoffen auf der sogenannten Veredlungsgrundlage sein.

Beispielsweise wird die UdSSR China Wolle liefern. Dort wird man daraus Filzstiefel für die Einwohner Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens herstellen. Oder man wird in China aus unseren Halbfabrikaten Pelzkleidung für die Ostgebiete der UdSSR anfertigen. Ein weiteres Beispiel: Wir liefern Seidenraupenkokons und bekommen die berühmte chinesische Seide.

Seit dem 1. Januar d. J. haben 22 Ministerien und 70 Produktionsvereinigungen der UdSSR das Recht, selbständige Geschäfte mit dem Ausland zu tätigen. Kann sich das auch auf unseren Handel mit China auswirken?

Wahrscheinlich insofern, als man die Kontrakte sorgfältiger durcharbeiten und die Verantwortung der Lieferanten sowohl für zeitgerechte Lieferungen als auch für die Warenqualität erhöhen wird. Bei vielen Erzeugnissen wird jetzt nicht mehr das Außenhandelsministerium der UdSSR, sondern unmittelbar der Produzent und Lieferer verantwortlich sein. Man kann erwarten, daß dies unsere Betriebe dazu veranlassen wird, flexibler auf die Weltkonjunktur zu reagieren und nach Mitteln und Wegen zur Vergrößerung des sowjetischen Exports in verschiedene Länder, auch nach China, zu finden.

Abschließend möchte ich betonen: Der Ausbau der sowjetisch-chinesischen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft ist ein wichtiger Beitrag unserer beiden Länder zur Sache des Friedens und des Sozialismus.

NZ-RECHERCHE

Auf der „bulgarischen Spur“?

Von unserem Sonderkorrespondenten Boris KOSLOW

Am 17. September 1986 explodierten auf den Champs-Elysées in Paris Bombe. Die französische Fernsehgesellschaft "France Regions 3" zeigte erstaunlicherweise schon am Tag darauf einen Film über den Ursprung des Terrorismus, der das Land aufgewühlt hatte. Aus den Worten des Sprechers ging hervor, daß die Wurzeln des Terrorismus im Osten zu suchen seien. Man sehe sich die bulgarischen Lastzüge, die internationale Frachten befördern, genauer an: Sie seien es, die Waffen für die französischen Terroristen lieferten. Am Sonntag hätten sich in Frankreich etwa 40 Lastzüge der bulgarischen Wirtschaftsvereinigung "Mezdunaroden automobilien Transport" (MAT) befunden, die Hälfte davon sei "der französischen Polizei entkommen". Ein Reporter, der sich während der Sendung in Marseille aufhielt, bestätigte: Bulgarische Lkw hätten die Fähre „Zarevez“ der bulgarischen Reederei „Medlink“ verlassen, das Hafengelände ohne jede Kontrolle passiert und „rollen nun auf Frankreichs Straßen“.

Sofort ging die französische Polizei daran, die bulgarischen Lastwagen zu stoppen. Sie wurden eingeholt, zu Polizeirevieren gefahren und aufs genaueste durchsucht. Nicht einmal privates Gepäck der Fahrer wurde verschont.

Waffen

Bulgarien, sprich „Terrorismus“: Seit einiger Zeit ist das eine fixe Idee der westlichen Massenmedien. Zwar hat die langjährige Suche nach der „bulgarischen Spur Nr. 1“ auf den Straßen Roms keine Beweise für eine Beteiligung des sozialistischen Landes an terroristischen Aktivitäten erbracht. Aber jetzt konnten Millionen Fernsehzuschauer sich aus eigener Anschauung von einer „bulgarischen Spur Nr. 2“ überzeugen. Freilich lösten sich die verbalen Bezüglichkeiten hier, ebenso wie im ersten Fall, bei der Berührung mit Tatsachen in nichts auf. Sowohl die Dokumente als auch die Lkw waren, wie sich erwies, doch vom Zoll kontrolliert worden, und mit eben seiner

Genehmigung „rollten die Autos auf Frankreichs Straßen“.

"Bevor wir den Hafen von Marseille verließen, waren alle Dokumentationen, internationale Kraftfahrzeugbriefe, Liefer scheine und Personalausweise von der Grenzpolizei und den Zollbehörden kontrolliert worden. Der Zoll kontrollierte und verplombte auch das Frachtgut. Erst danach erhielten wir die Genehmigung zur Güterbeförderung", sagte Josef Todorow, der Fahrer des TIR-Lastzuges mit dem Kennzeichen AM 0067, in Sofia vor ausländischen Journalisten. Er befährt die Straßen von Europa, Asien und Afrika seit mehr als 11 Jahren.

Die Journalisten stellten Todorow mehrere Fragen.

„Können Sie sich an einen Fall erinnern, da ein bulgarischer Fahrer wegen Nichtübereinstimmung von Frachtgut und dessen Beschreibung in den Begleitpapieren aufgehalten worden wäre?“

„Ich fahre internationale Lastzüge seit meinem 19. Lebensjahr, kenne aber keinen einzigen Fall dieser Art.“

„Ist eine Abweichung von der Route auf fremdem Territorium möglich?“

„Nein. Der Transportweg wird im internationalen Fahrschein registriert und an der entsprechenden Grenzüber-

Die Meinung des ersten stellvertretenden Leiters der Hauptverwaltung für staatliche Zollkontrolle beim Ministerrat der UdSSR, Vitali Bojarow:

In letzter Zeit beschuldigen diverse westliche Propagandaorgane immer häufiger die Länder der sozialistischen Gemeinschaft des internationalen Terrorismus, behaupten, diese versuchten die Stabilität der "freien Welt" durch Schmuggel von Waffen und Rauschgift zu zerstören. Bezeichnenderweise werden solche Vorwürfe gerade dann erhoben, wenn wir die energischsten Anstrengun-



Der bulgarische Zoll entdeckte in der Zugstange des Anhängers eines Lastwagens, den Hasan Özsoy steuerte, einen Behälter für den Drogenschmuggel nach Europa.

Die Fahrerlaubnis bestätigt: Die Schmuggelware stammt aus der Türkei.

gangsstelle des Aufenthaltslandes vermerkt. Später wird die Einreiseerlaubnis am Zoll gegen die Ausreiseerlaubnis ausgetauscht. Außerdem ist der Transportweg genau nach Zeitplan eingeteilt. Nach Ankunft am Bestimmungsort wird das Frachtgut erneut von Zollbeamten kontrolliert."

Merkwürdig. Wenn die Fernsehreportage eine gewöhnliche Fälschung war — warum hat dann die französische Polizei denn darauf angebissen? Die Fahndung nach den bulgarischen Lastzügen wurde ja gleichzeitig mit der Sendung durchgeführt.

Was die „France-Regions-3“ da ausgestrahlt hatte, war wirklich unter aller Kritik. Ein Mann, mit dunkler Sonnenbrille und Maske unkenntlich gemacht, erscheint als „bulgarischer Fahrer“ auf dem Bildschirm. Auf bulgarisch, aber mit starkem fremden Akzent sagt der „Fahrer“, er habe in seinem Kühlwa-

gen Waffen aus Frankreich nach Irak befördert, obwohl im Frachtbrief Hähnchen gestanden hätten. Dann verbessert er sich: Aus Frankreich habe er Hähnchen befördert, die von bulgarischen Grenzern auf dem Weg nach Irak durch Waffen ersetzt worden seien.

Das bedeutet aber zumindest, daß Waffen immerhin nicht nach Frankreich, sondern nach Irak transportiert wurden? Lassen wir das für einen Augenblick zu. Demnach werden Waffen durch mehrere Länder gefahren, und keine einzige Grenzkontrolle sieht das? Ab und zu tauchen die Lkw auf dem Bildschirm auf, damit der Sprecher z. B. folgende Perle an den Mann bringen kann: „Daß sie Waffen in den Nahen Osten transportieren, ist wichtig, aber nicht so essentiell...“

Wohl doch essentiell. Waffen wurden tatsächlich in diese Region verfrachtet, aber woher und von wem, erfuhren wir

erst nach „Irangle“¹, d. h. im Oktober. Die Pariser „FR-3“ aber „griff“ bereits im Mai „zu den Waffen“, offensichtlich bemüht, mit Hilfe einer neuen konstruierten „bulgarischen Spur“ die richtigen, auch französische, Spuren zu verwischen.

Man kann nicht behaupten, daß die französische Öffentlichkeit die FR-3-Sendung vorbehaltlos glaubte. Auch Experten zweifelten, so z. B. Pascal Cropp, Experte für Waffenhandel: Sei die „bulgarische Spur“ wirklich so eindeutig? Frankreich habe sich, meint Cropp, in ein gefährliches Spiel einbeziehen lassen, das mit dem iranisch-irakischen Konflikt verbunden sei. Frankreich verkauft den kriegsführenden Seiten Waffen.

Es heißt, die kriegsführenden Seiten könnten ohne Waffen nicht kämpfen. Wie „Le Figaro“ (Paris) zugibt, sei die

gen zur praktischen Zusammenarbeit mit staatlichen und kommerziellen Organisationen jener Länder unternehmen, in denen Rauschgift illegal erzeugt oder verbreitet wird. Barrieren gegen die Sucht können errichtet werden. Dafür setzt sich nun schon fast 40 Jahre der Rat für die Zollzusammenarbeit ein, eine internationale Organisation, der mehr als 100 Länder angehören. Im Rat wurden wichtigste völkerrechtliche Dokumente erarbeitet, die den Mechanismus der gemeinsamen Regelung von Zollhandlungen bestimmen und Probleme der Nutzung der Zolltechnik behandeln.

Im August v. J. meldete die sowjetische und die ausländische Presse, daß der

bundesdeutsche Zoll eine große Menge Heroin, die aus Ländern des Mittleren Ostens transit durch die UdSSR nach Westeuropa gelangt war, konfisziert hatte. Warum sollten nicht andere Länder über die Methoden, die zur Beschlagnahme dieses Schmuggelguts führten, informiert werden? Wir wollen mit den Zollbehörden Hollands, Pakistans, der Länder Indochinas, Frankreichs und anderer Staaten, die sich auf der Schmuggelroute befinden, zusammenarbeiten. Ich muß sagen, daß viele unserer ausländischen Kollegen großes Interesse an einer solchen Zusammenarbeit zeigen. Doch, um eine zuverlässige internationale Barriere gegen den Schmuggel aufzubauen,

sind nicht geringe Mittel erforderlich. Und häufig genug wird anderes bezweckt — unsere gemeinsamen Aufgaben sollen diskreditiert und die sozialistischen Länder beschuldigt werden, „Helfershelfer des internationalen Terrorismus“ zu sein, ja die ganze sozialistische Gemeinschaft soll verleumdet werden.

1986 wurde allein vom Zoll des internationalen Moskauer Flughafens Scheremetjewo 25 mal Rauschgift im Transitverkehr beschlagnahmt. Die Adressen? Großbritannien, Pakistan, Indien, Senegal, die Schweiz, Syrien und die USA... Beachtliches Schmuggelgut. Ein Behälter, gefüllt mit 2 kg Heroin, Kisten, in denen fast 5 kg Heroin versteckt waren... Für wen

Belieferung dieser Länder mit Waffen offenbar nicht komplizierter als der Transport großer Rauschgiftpartien aus dem Nahen Osten nach Italien, Frankreich und in die skandinavischen Länder. Möglicherweise werden dazu die gleichen Kanäle benutzt.

Das stört die Urheber der Theorie von der „bulgarischen Spur“ jedoch nicht im mindesten. Ohne auf die zahlreichen „Mißstimmigkeiten“ zu achten, stellen sie hartnäckig den bulgarischen Kraftverkehr als Instrument des Terrorismus hin, dessen Fäden selbsttredend nach Moskau führen. Und so legte der US-Senat im Juli 1986 eine Resolution über wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Bulgarien zur Erörterung vor. Allerdings kam es anders: Die Gesetzgeber mußten sich eiligst mit dem „Irangate“ beschäftigen.

Rauschgift

Bulgarien liegt hinter uns, rechts dehnen sich die herbstlich schwarzen Felder Griechenlands, vorne hebt ein türkischer Grenzer den Schlagbaum, um einen starken Mercedes-Lkw mit Anhänger nach Bulgarien durchzulassen. Was befördert er?

Gleich werden wir es aus den Dokumenten erfahren. Inzwischen hören Millionen Europäer, die eine solche Möglichkeit nicht haben, wieder einmal, daß die sozialistischen Länder, auch Bulgarien, den Rauschgiftransfer nach Westeuropa und in die USA begünstigen, wozu sie an den eigenen Grenzen „Fenster“ für diese Ware geöffnet hätten. Selbstverständlich nicht zufällig. Selbstverständlich dazu, um das Wohlergehen der „freien Welt“ wenigstens auf diese Weise zu unterminieren.

In diesem Sinne sprach sich z. B. der Sender „Free Europe“ im Herbst 1986 aus. Er bezichtigte Bulgarien des internationalen Terrorismus, diesmal in Form von Drogentransit.

Bulgarien ist ein europäischer und

interkontinentaler Schnittpunkt. Ein endloser Strom von Lkw ergießt sich aus dem Osten in das Land und quert es in ostwestlicher Richtung oder fließt in umgekehrter Richtung, in die Türkei und die Nah- und Mittelostländer. Auf diesen internationalen Strecken sind auch bulgarische Lastzüge der erwähnten MAT-Firma (mit Sitz in Sofia) eingesetzt. Sie fahren in die Türkei, nach Syrien, Iran, Irak und aus diesen Ländern nach Westeuropa. Beinahe 2000 bulgarische Lastzüge passieren monatlich die bulgarisch-türkische Grenze. Was transportieren sie? Drogen?

Die Grenzer berätigen: Ja, Drogen werden über die bulgarische Grenze befördert. Nur daß die Bulgaren damit nichts zu tun haben. Ein Beispiel: In einem türkischen Lastzug, der über Bulgarien in die BRD fuhr, entdeckte der Zoll eben 19,8 kg Heroin, zwölf Pakete mit einem Gesamtgewicht von 12,1 kg in der Auflaufbremse des Zugwagens und noch 14 Pakete von insgesamt 7,7 kg im Luftbehälter der Bremsvorrichtung. Ein ansehnlicher Posten. Wem gehört er?

Ich lese das Stenogramm des Verhörs. Der Fahrer, Hasan Özsoy, 27, Türke, Wohnsitz BRD, gab zu, das Heroin geschmuggelt zu haben. In Istanbul habe ein gewisser Muhammed (ein in der Türkei lebender Iraner) die Heroin-pakete in seinem Lkw versteckt. Die Fracht sei auf einen Verkehrshof in Graz zu bringen gewesen, wo „Muhammed“ die Ware abholen und Hassan 50 000 DM kassieren sollte. Den Lkw habe er in einer westdeutschen Firma gemietet.

Im Mai 1984 versuchte der Österreicher A. Voigt, 29 kg Heroin aus Istanbul nach Wien zu verfrachten. Gegenwärtig verbüßt er seine Strafe in einem Gefängnis in Sofia. Das blüht auch Hassan. Nach den bulgarischen Gesetzen steht auf das Verbrechen, das der Fahrer des türkischen Lastzuges begangen hat, Freiheitszug bis zu 15 Jahren und eine Geldstrafe von 20 000 Lewa. Das für den Schmuggel benutzte Kraftfahrzeug wird unabhängig von seiner Zugehörigkeit

keit beschlagnahmt. Über alle Fälle der Konfiszierung solcher Schmuggelware informieren die bulgarischen Behörden gemäß einer UNO-Konvention unverzüglich die interessierten Staaten.

„Das dürfte klar sein“, erläutert Todor Zwetkow,stellvertretender Leiter der Hauptzollverwaltung der VR Bulgarien, als ich mich mit ihm in seinem Arbeitszimmer in Sofia unterhalte. „Keine Regierung, ganz gleich, ob die französische, die bundesdeutsche oder die amerikanische, ist imstande, mit dem Drogenschmuggel allein fertig zu werden. Hier sind vereinte Anstrengungen mehrerer Länder nötig. Schon Jahrzehntelang beteiligen wir uns energisch an der Bekämpfung dieses Übels und werden der Mittäterschaft am Rauschgiftschmuggel bezichtigt. Die US-Administration hat sogar die genauen Mengen von Drogen angegeben, die wir an der Grenze an uns bringen und die wir angeblich die Grenze passieren lassen. Eine bemerkenswerte Informiertheit. Leider wissen wir eben nicht, welche Drogemengen durch Bulgarien geschmuggelt werden! Über solche Angaben verfügen nur jene, die die Drogen erhalten. Dafür können wir genau sagen, wieviel Drogen wir konfisziert haben: über 1000 kg in 18 Jahren.“

„In welche Länder wird geschmuggelt?“

„Die internationalen illegalen Drogenrouten führen in letzter Instanz in die USA. Dort sind die Preise am höchsten. Wir haben recht klare Vorstellungen davon, wer die Rauschgifte an wen verkauft und auf welchen Wegen sie geliefert werden, sowohl in Europa als auch in den USA.“

* * *

Es handelt sich also um einen weiteren Versuch, die sozialistischen Länder als Anführer des internationalen Terrorismus hinzustellen, als Länder, die die „freie Welt“, nunmehr mit Hilfe von Rauschgiften und Waffenschmuggel, kaputt machen wollen. Die „Washington Post“ erläutert: Der Ostblock verfolge das Ziel, die NATO zu destabilisieren.

Im Januar-Bericht des US-Verteidigungsministers galt ein großer Abschnitt dem Thema „roter Terrorismus“. Weinberger zählte selbst alle nationalen Befreiungsbewegungen dazu, für die „Terrorismus und illegaler Drogenhandel ein unabdingbares Attribut“ seien.

Der Minister versucht eine List. Er will die Öffentlichkeit wieder einmal auf die „komunistische Spur“ ansetzen. „In beiden Fällen“, versichert er, „gibt es ein Element der Ausnutzung dieses Phänomens durch die Russen und ihre Schützengehilfen. Das ist keine private Meinung mehr. Die antikommunistischen Machwerke der westlichen Massenmedien werden vom amtlichen Antikommunismus ermutigt.“

Sofia-Moskau

waren sie bestimmt? Wer war der Absender? Möglicherweise jene, die uns verleumden, die uns völkerrechtliche Verbrechen vorwerfen...

Im November v. J. wurde der Versuch unternommen, transit durch die UdSSR eine Haschischladung aus Pakistan nach Holland zu transportieren. Das Schmuggelgut wurde vom Moskauer Zoll beschlagnahmt, der die Kollegen in Amsterdam informierte. Solange in diesem Fall die Untersuchung läuft, können wir die Schuldigen natürlich nicht nennen. Doch es fanden sich Politiker in den Niederlanden, die versuchten, die Sowjetunion zu kompromittieren, indem sie uns des geheimen Rauschgiffhandels bezichtigten.

Wir aber mußten einen überaus komplizierten Mechanismus aufbauen, um dieses Schmuggelgut unter Millionen Containern, die über sowjetisches Territorium gehen, zu entdecken! Wir sind bereit, unsere Methoden zur Kontrolle solcher Frachten auf deren gesamtem Weg anderen mitzuteilen und einen gemeinsamen Mechanismus zum Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel aufzubauen. Das wird eine sehr schwere gemeinsame Aufgabe sein. Doch offenbar sind gewisse Kreise im Westen mehr daran interessiert, die Situation für ihre eigenen politischen Zielen zu nutzen, als an dem tatsächlichen Schutz der Interessen ihrer Bürger und der gesamten Weltgemeinschaft.

Musik im Fluß

Der Dichter Janis Peters

über den Komponisten Raimonds Pauls

Aus der Personalakte des Studenten Raimonds Pauls geht hervor, daß er 1953 seine Ausbildung am Konservatorium antritt, sie im Juni 1958 abschließt und daß der Bewerber zu den Aufnahmeprüfungen ein Präludium und eine Fuge von Bach spielt, den ersten Teil der B-dur Sonate von Beethoven, das Julia-Thema von Prokofjew und ein Präludium von Rachmaninow. Er erhält die Gesamtnote "Gut" mit dem Kommentar Professor Zosts: "Die Ausführung zeugt zweifellos von Talent. In Zukunft ist Fragen der Interpretation große Aufmerksamkeit zu schenken." Es folgen Bewertungen in den Pflichtfächern: Sologesang 1, unterschrieben von M. Goldins, Musiktheorie 1, unterschrieben von L. Garuta, Harmonielehre 1, unterschrieben von M. Goldins, Musikliteratur 2, unterschrieben von J. Vitolins.

Pauls hat das Konservatorium absolviert. Sein Vater kam nicht zum Staatsexamen und fehlte beim Konzert des Sohnes. Es hatte Meinungsverschiedenheiten gegeben. Statt dessen erschienen die Kollegen des Vaters, Textilarbeiter wie er. Später sagten sie: "Als Ihr Sohn gespielt hat, standen uns die Tränen in den Augen."

Schon am Konservatorium verspürte Raimonds Pauls einen elementaren Hang zur leichten Muse. Allerdings wollte er sich nicht in gemachte Nester setzen, sondern selbst dieses in Lettland noch unerprobte Genre hervorbringen. Eine Vorahnung dessen ist aus seinen Jazz-improvisationen herauszuhören, seinen Interpretationen klassischer Musik, und wenn er eigene Arrangements spielt. Auch seine frühen lyrischen Lieder, in denen er das Seelenleben von Menschen elf Jahre nach dem letzten entsetzlichen Krieg bloßlegt, das Elend und die emotionale Verkümmерung, die er hervorgerufen hatte, zeigen schon Ansätze einer schöpferischen sich immer weiter fortsetzenden Artikulierfähigkeit. Dergleichen würde Raimonds Pauls sicherlich selbst nie behaupten. Er realisiert diese Artikulierfähigkeit nicht zuletzt auch in seinen Volksliedadaptionen, in Chormusik und Theatersongs, mit denen er die Tradition Adolfs Alunans, des Vaters des lettischen Theaters, fortsetzt.

Der Konservatoriumsabsolvent Rai-

monds Pauls war schon 1958 durchaus auf dem Weg zu ernsthafter Arbeit. Belinski schrieb über Pierre Beranger: "In den Liedern Berangers kommt der französische Nationalcharakter zum Ausdruck."

Das Belinski-Zitat soll nicht dazu verleiten, es mechanisch auf Raimonds Pauls und Lettland zu übertragen. Die Zeiten haben sich geändert, und im Unterschied zu Beranger ist Pauls kein Dichter. Eine Analogie gibt es trotzdem. Raimonds Pauls hat den guten Ruf des Liedes für weite Bevölkerungsschichten wiederhergestellt. Er tat das, weil er, wie er offen erklärte, keinen Nerv für das monumentale Genre hat. Da möchte man ihm entgegnen: "Immer mit der Ruhel Noch ist nämlich gar nicht raus, was Pauls sich zumufen kann und was er noch alles hervorbringt. Er weiß es nur noch nicht." Was er mit dem Lied erreicht hat, ist nur einem Mann mit klaren Vorstellungen möglich, der mit gründlicher Kenntnis aller wichtigen musikalischen Genres Musik macht. Man kann es so ausdrücken: Akademisches Niveau, Geschmack und technische Grundlagen erwarb er sich an der Musikschule und am Konservatorium, das heißt im Himmel, während er seine entspannte Virtuosität am Konzertflügel bezahlten Tanzabenden verdankt, der Hölle also. Beschimpft und hochqualifiziert, provokant und talentiert, konnte er nicht mehr vor noch zurück und knallte 1958 die Türen des von Prof. Jazeps Vitols gegründeten Konservatoriums hinter sich zu. Hätte man ihm damals prophezeit, er würde 22 Jahre später als strenger und anspruchsvoller Lehrmeister in das selbe Haus an der Krisjanis-Barons-Straße zurückkehren, dann hätte er das auf einen psychischen Defekt zurückgeführt und einem nahegelegt, sich kurieren zu lassen. Er hätte noch mehr gestaunt, wenn er gehört hätte, daß Direktor Imants Kokars ihn anstellen sollte, mit dem er während seines Studiums zusammen in einer Band gespielt hatte. Trotzdem sollte ihn dieses Haus wieder aufnehmen.

In der Kunst entscheidet Persönlichkeit. Das Publikum will nicht Jazz, sondern Raimonds Pauls, den berühmten, beeindruckenden Schlagerkomponisten. Über ihn geraten die Leute in ein Jazzkonzert, hören hin und entdecken vielleicht sogar etwas Neues.

Ich glaube, daß der Einfluß, den das Werk von Raimonds Pauls auf die Entwicklung unserer Musik hat, von Musikwissenschaftlern und Berufskünstlern noch nicht gebührend gewürdigt wurde. Ich kenne Raimonds Pauls, kenne seine musikalischen Wurzeln, seine Herausbildung, sein Werden, den Geschmack des Komponisten Pauls, seine Einstellung zur Kunst, zum Leben, ich kenne seinen gefühlsmäßigen Wellengang, seine Vorlieben, sein Temperament, und erkühne mich, hier darzutun, was ihn, wie mir scheint, herausformte.

Auf kargem Boden wächst nichts. Atmen kann nur, was lebt. Das gilt für jede Kunst, für jede Musik, ob ernst oder unterhaltsam. Im Genie, ganz oben, erklingt ein Ton, der Leben gibt und jeden wärmt, Glückliche und Pechvögel, Jugendliche und Greise, Schönheiten und häßliche Entlein, Draufgänger und Pantoffelhelden, Genies und Holzköpfe. Der Ton erwärmt uns, Menschen, Untertanen der Sonne und Sänger dieses hohen, alles übertönen Liedes. Ave sol! Immer wieder finden Liederfeste statt, auch an grauen, bedrückenden Alltagen. Unter Nordwind und Schneesturm singen wir von der Sonne. Auf den Lippen flammt das Lied. Es fliegt von Mund zu Mund. Die Jungen hören es von den Alten. Einmal wird Pauls die Musik für einen riesigen vereinigten Chor schreiben. Daß sich der Schlagerkomponist Raimonds Pauls der Chormusik zuwendet, nennt man ein Phänomen in der lettischen Musik der 70er Jahre.

Zu den Komponisten, die Raimonds Pauls verehrt, gehört George Gershwin. Ich meine, es ist der Demokratismus in Gershwins Musik. Seine Fähigkeit, immer neu zu sein und sich organisch mit den lebendigen Quellen im Volk zu verbinden, haben unseren Komponisten in seiner Überzeugung bestärkt, daß er auf dem richtigen Weg ist.

"Schwester Carrie" ist Raimonds Pauls erstes Musical. Der Musikwissenschaftler Olgerts Gravitis schreibt dazu: "Mit dem ihm eigenen maximalistischen Anspruch schlägt der Komponist ohne jede Vorbereitung die verantwortungsvollste und modernste Richtung seines Genres ein, das Musical. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß er mit "Schwester Carrie" auf dem Niveau von Komponisten des 20. Jahrhunderts, wie etwa Bernstein und Loewe steht, die musikalische Bühnenwerke von Welfrang schufen."

Wie arbeiten Texter und Musiker zusammen? Jedesmal anders, scheint mir. Dichter und Komponisten unterscheiden sich nun einmal nach Talent und Persönlichkeit, und so entstehen auch die Songs ganz unterschiedlich.

Wenn ich mit Raimonds Pauls ein neues Lied schreibe, kommen wir mindestens auf zwei Wegen voran, entweder vom Text oder von der Melodie. Offen gesagt glaube ich nicht, daß allzu viele von



British Museum. Melina Mercouri vor einem seinerzeit aus Griechenland gestohlenen Relieffragment

Foto: TASS

Verbindungen", sagte Melina. „Diese Verbindungen entstanden vor Jahrhunderten. Wir vergossen Blut im Kampf gegen die faschistische Barbarei.“

Melina Mercouri filmt nicht mehr, tritt auch nicht mehr auf der Bühne auf. (Wie schade, daß sie die von ihr erträumte Gestalt Rosa Luxemburgs nicht verkörpert hat!) Aber sie gehört nach wie vor der Kunst, schon deshalb, weil sie die Kunst gegen Krieg, Kommerzialisierung und Banausentum in Schutz nimmt. Sie läßt ihre Muse nicht stumm werden, weil sie will, daß die Kanonen, erst recht nukleare Kanonen nicht sprechen. Gernade in jenen Tagen, da in Moskau die Ausstellung „Wiederherstellung der Akropolis“ eröffnet wurde, begann in Athen ein Kunstfestival der westeuropäischen Länder. An seiner Wiege stand Melina Mercouri. Über den politischen Gehalt des Festivals sagte sie:

„Wir glauben, daß diese Länder nicht nur Kartoffeln und Tomaten austauschen könnten, sondern auch geistige Werte...“

Es ist vielleicht eine Illusion von mir, aber mir scheint, daß das Athener Festival ein erster praktischer Schritt auf dem Wege zum Hauptziel werden könnte: zu jenem Tag, an dem wir, Vertreter der Kultur Europas und der ganzen Welt, zusammenkommen und uns für die Verbesserung der heute äußerst gespannten Weltlage aussprechen. Die Kunst bietet meiner Meinung nach ein weites Wirkungsfeld, um die Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker zu festigen. Die Menschen müssen nicht in der Sprache der Waffen, sondern in der Sprache der Kunst miteinander sprechen!“

Die italienische Zeitung „Il Messaggero“ nannte Melina Mercouris heutige Tätigkeit den „dritten Akt im Drama ihres Lebens“ nach Theater und Film. Ein schönes Wort, wenn auch kein richtiges. Melina Mercouri ist eine ganze Natur. Ihr Leben läßt sich nicht in einzelne Akte teilen, schon deshalb nicht, weil es darin keine Pausen gibt.

Gegenwärtig kämpft sie zornig und selbstvergessen dafür, daß Griechenland alle Kulturschätze zurückerhält, wie sie einst für Griechenlands Freiheit kämpfte. Melina Mercouri greift den Louvre an und fordert die Rückgabe der Nike von Samothrake. Melina Mercouri greift das Britische Museum an und fordert die Rückgabe der Schätze aus dem Parthenon, die Lord Elgin einst gestohlen hatte.

Im Londoner Hyde Park steht ein Byrondenkmal. Am 19. April 1968, zum 144. Todestag des großen englischen Dichters und leidenschaftlichen, in Misolunghi gefallenen Verfechters der nationalen Befreiung Griechenlands, legte Melina Mercouri einen Kranz am Denkmal nieder. An der Schleife waren Byrons Worte zu lesen: „Ich träumte von der Freiheit Griechenlands.“ Melina versank im Gebet.

„Wofür haben Sie gebetet?“, fragte ich sie nach der Zeremonie.

„Ich habe wie er an die Freiheit Griechenlands gedacht.“

Griechenlands Freiheit. Dazu gehören die Unabhängigkeit, die Kultur, der Frieden. Einst, in den düsteren Tagen der Hitlerokkupation, riß Manolis Glezos die Faschistenfahne von der Akropolis herunter. Am 22. März 1984 weihte Melina Mercouri eine Gedenktafel an der Akropolis ein. Darauf steht: „Akropolis - Frieden - Zivilisation“. An jenem Tag nahm die Bewegung „Akropolis-Appell für Frieden, Leben und Ab- rüstung“ ihre Tätigkeit auf. An den Säulen des Parthenon fand eine tau- sendköpfige Kundgebung statt. Nach einer Schweigeminute nahm Melina Mercouri das Wort:

„In einer Minute kann viel geschehen. In dieser Zeit kann die Welt ausgelöscht werden...“

„Sie glauben, meine Berufung Schauspielerei ist? Nein, meine Berufung ist, Griechin zu sein, und ich kenne keine schönere. Ich gehöre zu Griechenland wie sein Boden und seine Steine, wie Meer und Himmel“, sagte Melina mir.

Sie wurde in Athen geboren. Ihr Großvater war fast ein Vierteljahrhundert Bürgermeister der Hauptstadt, der Vater vertrat Athen im Parlament. Melina ist ebenfalls Parlamentsabgeordnete. Die Werktaugen des Athener Hafens Piräus haben sie dorthin entsandt.

Zuerst wurde sie als Filmschauspielerin beliebt. Der Film „Sonntags nie“, den ihr Mann und Gesinnungsgegenosse, der amerikanische Regisseur Jules Dassin, ge- dreht hatte, machte sie weltberühmt. Dann vergötterte man sie als Athene, die Kämpferin, die exilierte Botschafterin des versklavten Griechenland. Heute spricht das neue Griechenland mit Melina Mercouris Stimme.

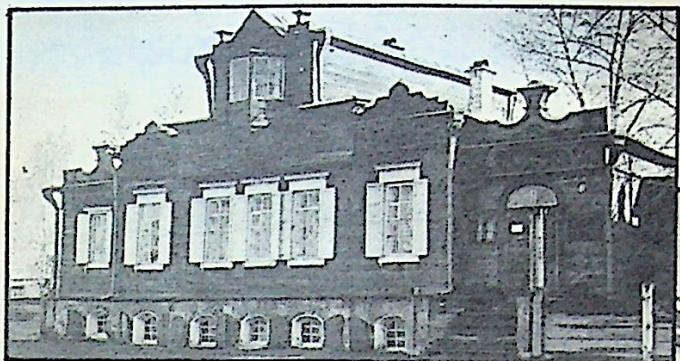
Mejlor STURUA

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

Dekabristen in Irkutsk



Die Dekabristen Bestushev und Rylejew gaben in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts einen Literaturalmanach mit dem Titel „Polarstern“ heraus. Er enthielt freiheitliche Verse Puschkins, beißende Satiren Gribojedows und Krylows und Werke von Baratynski und Wjasemski. Später nahm Herzen die Herausgabe wieder auf.

Jetzt erscheint in Irkutsk unter diesem Titel schon das zehnte Jahr eine Bücherreihe mit literarischen Werken, Aufsätzen und Briefen der Dekabristen. Es ist durchaus erklärlich, daß die Sibirier das geistige Erbe der ersten russischen Revolutionäre ganz besonders in Ehren halten. Ins Gouvernement Irkutsk waren viele Dekabristen verbannt worden, und dort trugen sie viel zur Entwicklung der Kultur und des Bildungswesens Sibiriens bei. Trotz Verbannung und Halt und trotz ihres tragischen Schicksals waren sie ungebrochen. Sie gründeten Schulen und Büchereien, leisteten der Bevölkerung ärztliche Hilfe und setzten sich für eine menschliche Behandlung der Verbannten und Häftlinge ein. Bei den Trubeskis und anderen Dekabristen wurden Vortragsabende, Kinderfeste und Laienvorstellungen veranstaltet.

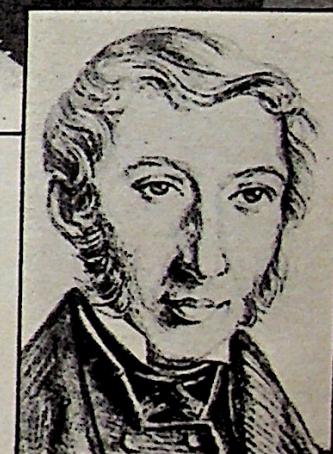
Heute bildet das damalige Haus der Trubeskis den Mittelpunkt einer Gedenkstätte. Dort sind Gegenstände aus dem persönlichen Besitz der Dekabristen, Möbel und allerlei Hausrat aus jener fernen Zeit ausgestellt. Da werden Musik- und Literaturabende veranstaltet und Mitteilungen über die Tätigkeit der Dekabristen gemacht.

Mit der Herausgabe von Schriften über deren Bewegung ist Irkutsk in der UdSSR führend. Die Ausgaben reichen nie aus. In Moskau, Leningrad und Kiew wollen viele die Sammelbände der „Polarstern“-Reihe kaufen. Wissenschaftliche Bibliotheken in Paris, New York, Tokio usw. sind ebenfalls interessiert.



● Das Haus der Trubeskis, Mittelpunkt einer Gedenkstätte.

● Der Salon der Trubeskis, in dem verbannte Dekabristen zusammenkommen pflegten.

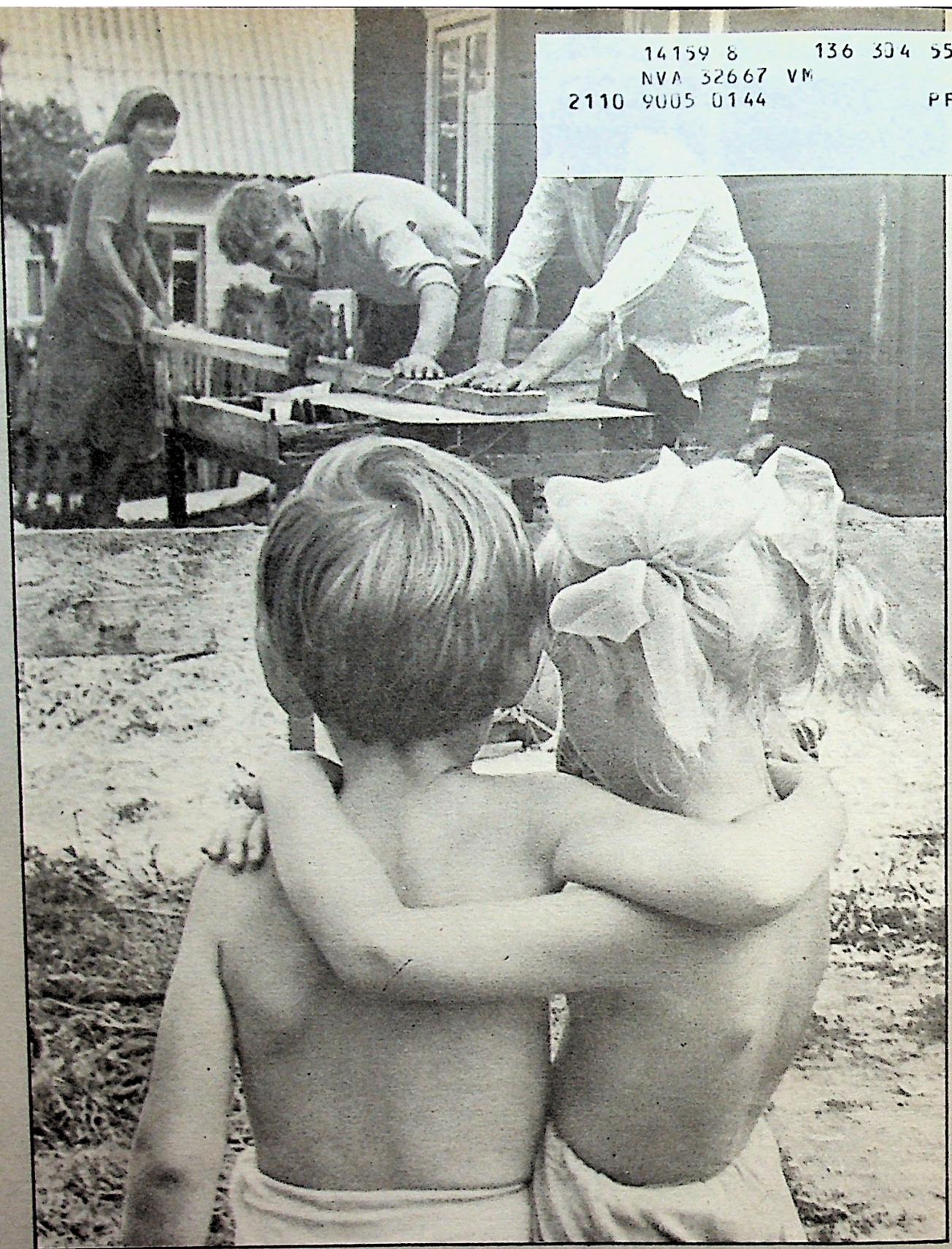


● Porträts der Dekabristen Wolkonski und Trubetskoi



● Im Museum befindet sich dieses Necessaire von Jekaterina Trubetskaja

Fotos: K. Kokoschkin



"Liebespaar"

Martin Prokopowitsch (UdSSR)



INTERNATIONALER WETTBEWERB

„MENSCH, MENSCHLICHKEIT, MENSCHHEIT“

Индекс 70624 на немецком языке